

-  Soziales, Kinder und Jugend, Kultur und Sport
-  Umwelt, Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
-  Arbeit, Wirtschaft, Finanzen
-  Demokratisches Dortmund
-  Bezirksverband Ruhr – Positionspapier: Umbau 2010
-  Unser Team für den Rat der Stadt Dortmund



KOMMUNALWAHLPROGRAMM DO 2009



Kommunalwahlprogramm 2009

Kommunalwahlprogramm 2009

www.gruene-dortmund.de

ZEIT FÜR GRÜN.



ZEIT FÜR VERÄNDERUNG:

Kommunalwahlprogramm 2009

Bündnis 90/DIE GRÜNEN.Dortmund

ZEIT FÜR GRÜN.



Das Wahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Dortmund am 1. April 2009 beschlossen.

Herausgeber:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund
Ruhrallee 44
44139 Dortmund
Fon 0231 121171
Fax 0231 121164
info@gruene-dortmund.de
www.gruene-dortmund.de

Grafik, Fotos: Rita-Maria Schwalgin

Foto Team: Benito Barajas

Druck: R+K Rixe GmbH, Dortmund

Juni 2009



INHALT

2 Beschluss / Impressum

8 DORTMUND BRAUCHT MEHR GRÜN

10 **SOZIALES, KINDER UND JUGEND, KULTUR UND SPORT**

10 **1 Agenda für soziale Gerechtigkeit und mehr Solidarität**

10 Was haben wir erreicht?

12 Armut und nicht die Armen bekämpfen

13 Sozialticket

14 Kosten der Unterkunft

14 Wohnungslosigkeit

15 Dortmund-Pass

15 Freie Träger – vernetzte Sozialarbeit

15 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – Menschen mit Behinderung

17 Niemand wird jünger – Lebensraum für und mit älteren Menschen gestalten

19 Ein besonderer gesellschaftlicher Auftrag – Suchtkranke ernst nehmen

19 Straßenprostitution – nicht wegschauen, sondern Betreuung verbessern

20 **2 Kinder- und Jugendpolitik**

20 Was haben wir erreicht?

21 Kinderarmut bekämpfen – Gelder gezielt einsetzen

22 Betreuung ausbauen – Qualität sichern

23 Kinder zuerst – Ausbau der Spielplatzplanung

24 Spiel- und Bolzplätze erhalten – generationenübergreifende Spielplätze entwickeln

24 Kinderschutz ausbauen und vernetzen

25 Mobile Angebote für Jugendliche ausweiten

26 Jugendfreizeitstätten und Jugendkultur

26 Perspektiven für unbegleitete Jugendliche

27 DO-Forum – Kinder und Jugendliche gestalten mit



27 3 Schulpolitik

- 27 Was haben wir erreicht?
- 29 Kommunalen Bildungsbericht umsetzen und fortschreiben
- 29 Eine Schule für alle
- 30 Ganztagschule ausweiten – qualitativ und bedarfsgerecht
- 31 Bei weniger SchülerInnen bessere Schulen für alle
- 31 Schulsanierung
- 33 Neue Konzepte für die Sekundarstufe II und die Berufskollegs
- 33 Gemeinsamer Unterricht
- 34 Kinder und Familien mit Migrationshintergrund fördern

34 4 Kulturpolitik

- 34 Was haben wir erreicht?
- 35 Kultur für alle – überall
- 36 Freie Szene fördern – kreative Freiräume schaffen
- 36 Kulturhauptstadt 2010 und Dortmund 2015
- 37 Museen vernetzen – Museums- und Ausstellungsmeile „Wallring“
- 37 Kinder- und Jugendtheater
- 38 Migrationskultur – Projekte aus unterschiedlichen Herkunftsländern
- 38 Erinnerungskultur
- 38 Stadtteilbibliotheken
- 39 Kulturwirtschaft und Popakademie

39 5 Sportpolitik

- 39 Was haben wir erreicht?
- 40 Breitensport fördern
- 40 Vereine stärken
- 41 Integration durch Sport – Förderung von Stützpunktvereinen
- 41 Sport braucht Räume



43 UMWELT, STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND VERKEHR

43 1 Natur, Gesundheit und Klimaschutz

- 43 Was haben wir erreicht?
- 43 Naturschutz – ökologische Aufwertung statt Zersiedelung
- 45 Luftkurort Dortmund?
- 46 Schlafen ohne Ohrstöpsel
- 48 Bestrahltes Dortmund
- 50 Dortmund im Klimabündnis
- 52 Klimaschutz ist machbar – kommunales Handlungsprogramm
- 54 Sündenfall GEKKO

55 2 Stadtentwicklung

- 55 Was haben wir erreicht?
- 55 Demografischer Wandel – älter, bunter und weniger
- 57 Nachhaltig statt kurzlebig
- 59 Mehr Leben in die Innenstadt
- 60 Stadtteile stärken
- 60 Wirtschaftsflächen ökologisch verträglich entwickeln
- 61 Kommunal gleich regional

62 3 Wohnen

- 62 Was haben wir erreicht?
- 63 Trends auf dem Wohnungsmarkt
- 64 Sicherung preiswerten Wohnraums
- 64 Stärkung von Wohnquartieren
- 64 Unterstützung überforderter EigentümerInnen
- 65 Bauland satt
- 66 Vielfalt der Wohnformen
- 66 Altbausanierung und Sicherung des Bestands

67 4 Verkehr

- 67 Was haben wir erreicht?
- 67 Mobilität sicherstellen – Umweltbelastungen reduzieren
- 68 Mobil mit Bus und Bahn
- 69 Straßen sind für alle da



71 ARBEIT, WIRTSCHAFT, FINANZEN

71 1 Klima- Wirtschafts- und Finanzkrise gemeinsam angehen – für einen GRÜNEN New Deal in Dortmund

73 2 GRÜNE Wirtschaftsförderungsstrategien 2009–2014

- 73 Was haben wir erreicht?
- 75 Beschäftigung fördern
- 75 Regionale Potenziale nutzen
- 76 Konjunkturprogramm für kleinere und mittlere Handwerksunternehmen
- 76 Von der „Hauptstadt der Minijobs“ zur „Hauptstadt für faire Beschäftigung“
- 77 Mit Qualifizierungsoffensive fehlende Fachkräfte (re)aktivieren
- 78 Die Märkte der Zukunft sind GRÜN
- 78 Wirtschaftliche Potenziale von Unternehmen mit Migrationshintergrund

79 3 Städtische Haushaltspolitik

- 79 Was haben wir erreicht?
- 79 Gemeindefinanzreform gescheitert
- 80 CDU/FDP-Landespolitik auf Kosten der Kommunen
- 80 Eigene Sparanstrengungen
- 81 Städtische Einnahmen steigern

82 4 Personalentwicklung bei der Stadt Dortmund

83 5 Kommunale Unternehmen

- 83 „Privat vor Staat“ beschränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen
- 84 Aufträge für die regionale Wirtschaft
- 84 DSW – für den ÖPNV stärken
- 85 DOGEWO – mehr Wohnungsbestände in kommunale Trägerschaft
- 86 DEW – kommunaler Energiedienstleister
- 87 Sparkasse als kommunales Unternehmen erhalten
- 88 Patient Klinikum
- 90 Flughafen: Keinen Meter mehr – keine Minute länger



93 DEMOKRATISCHES DORTMUND

93 1 Emanzipation, Mit- und Selbstbestimmung

- 93 Was haben wir erreicht?
- 93 Gleichstellung von Frauen und Männern
- 95 Integration statt Ausgrenzung
- 97 Homosexuelle Menschen in Dortmund

98 2 Für Menschenrechte und Gewaltfreiheit

- 89 Was haben wir erreicht?
- 99 Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

101 BEZIRKSVERBAND RUHR – POSITIONSPAPIER: UMBAU 2010

- 101 Wirtschaftsstandort Ruhr: Ökonomische Stärke in Arbeitsplätze umwandeln. Soziale Spaltung verhindern
- 104 Wissensregion Ruhr: Mehr Bildung ist der Schlüssel. Chancen von MigrantInnen verbessern
- 105 Wohnstandort Metropole Ruhr: Urbane Kulturlandschaften aufbauen. Gesunde Umweltbedingungen schaffen
- 107 Umweltfreundlich mobil in der Metropole Ruhr: Öffentlichen Nahverkehr stärken. Verkehrskollaps beseitigen
- 109 Nach dem Kulturhauptstadtjahr: Schwung der RUHR.2010 erhalten. Junge und freie Szene stärken
- 110 Solidarische Metropolregion Ruhrgebiet: Wider das Kirchturmdenken. Krise gemeinsam überwinden

112 UNSER TEAM FÜR DEN RAT DER STADT DORTMUND

114 SO KÖNNEN SIE UNS ERREICHEN

116 STICHWORTREGISTER

119 BEITRITTSERKLÄRUNG



DORTMUND BRAUCHT MEHR GRÜN

Wir GRÜNE in Dortmund haben ein Ziel: Wir wollen nach den Kommunalwahlen 2009 unsere Politik gestärkt fortsetzen. Wir wollen eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, die für alle Menschen eine lebenswerte Perspektive in Dortmund schafft.

2004 haben wir es in erfolgreichen Verhandlungen mit der SPD erreicht, mehr GRÜN in die Dortmunder Politik zu bringen. Uns ist es in den letzten Jahren gelungen, viele kleine und große Schritte auf dem GRÜNEN Weg zu gehen. Wir haben unsere Stadt lebenswerter gemacht, auch wenn wir in der Ratsarbeit mit der SPD Kompromisse finden mussten.

Es bleibt noch viel zu tun: Deshalb brauchen wir eine noch stärkere GRÜNE Verankerung im Rat und in den Bezirksvertretungen. Hierfür wollen wir streiten und dabei viele Menschen auf unserem Weg mitnehmen.

Am 30. August 2009 wird sich entscheiden, ob sich in unserer Stadt eine Politik durchsetzt, die für soziale Kälte steht, die die Ideologie „Privat vor Staat“ vertritt und die den Prozess des ungezügelten Landschaftsverbrauchs mit einer Plünderung unserer Ressourcen vorantreibt. Wir GRÜNE wollen dagegen unsere ökologische und sozial gerechte Politik fortsetzen.

Wir GRÜNE vertreten eine bürgerInnennahe und zukunftsorientierte Politik für Dortmund. Wir wollen:

- ▶ Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen
- ▶ Sozialen Zusammenhalt stärken
- ▶ Kinder fördern
- ▶ Klimaschutz vor Ort beginnen
- ▶ Flughafenausbau stoppen

Wir wollen unser Wahlergebnis von 2004 deutlich steigern, um im Rat und in den Bezirksvertretungen fest verankert zu sein. Mit einem breiten Votum der WählerInnen sind wir gut gerüstet, eine stabile Arbeitsbeziehung mit den Kräften im Rat einzugehen, die bereit sind, eine nachhaltige und soziale Politik in Dortmund mit uns zu gestalten.





MARIO KRÜGER

**unser Oberbürgermeister-
kandidat für Dortmund**

www.mario-krueger.com

Mit der Nominierung von Mario Krüger haben wir einen engagierten Menschen mit Weitblick gewonnen, der zum Wohl der EinwohnerInnen in dieser Stadt handelt. Mit seiner Kompetenz, seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung und seinen zukunftsorientierten Ideen hat er vielfach Impulse gegeben und GRÜNE Projekte gestaltet.

Mit Ihren drei Stimmen – für unseren OB-Kandidaten Mario Krüger und für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat und in den Bezirksvertretungen – unterstützen Sie GRÜNE Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen aller DortmunderInnen orientiert.

Zeit für Veränderung. Zeit für GRÜN.
Eine lebens- und lebenswerte Stadt braucht mehr GRÜN!

Wer mehr GRÜN will, muss GRÜN wählen!





SOZIALES, KINDER UND JUGEND, KULTUR UND SPORT

1 AGENDA FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND MEHR SOLIDARITÄT

Was haben wir erreicht?

- Das Dortmunder Sozialticket zur verbilligten Nutzung von Bus und Bahn geht auf unsere Initiative zurück und wurde bundesweit zum Vorbild. Mit dem Sozialticket sichern wir die Mobilität für derzeit 23.500 Menschen, die an der Armutsgrenze leben.
- Mit unseren kommunalen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft haben wir dafür gesorgt, dass mehrere 1000 BezieherInnen von Arbeitslosengeld II in ihren bisherigen Wohnungen bleiben können.
- Mit der Einrichtung der Stelle für eine Behindertenbeauftragte und des Behindertenpolitischen Netzwerks haben wir erreicht, dass Menschen mit Behinderung eine stärkere Stimme in Verwaltung und Politik haben.
- Zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit sowie zur Verbesserung der Situation obdachloser Menschen haben wir das Dortmunder Konzept durch einen mobilen medizinischen Dienst, wohnungsintegrierte Hilfen und weitere Maßnahmen verstärkt.
- Wir haben den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarkts für schwer vermittelbare Menschen initiiert. Ein Resultat ist die Dortmunder Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit (DOGELA).
- Die Zukunft des Arbeitslosenzentrums sowie der Arbeitslosenberatungsstelle „Wendepunkt“ des Frauenzentrums Huckarde ist durch Zuschüsse der Stadt und der ARGE trotz der Streichung der Landesmittel für die nächsten zwei Jahre gesichert.

- Durch den kommunalen Lernmittelfonds, die finanzielle Beteiligung am Mittagessen in den Schulen und die Übernahme der Kosten für Schulbücher haben wir einkommensschwache Familien und ihre Kinder spürbar entlastet.

Der „Bericht zur sozialen Lage“ hat die Situation schonungslos dargelegt: Fast 90.000 Menschen in Dortmund leben an der Armutsgrenze, drei von zehn Kindern leben in Familien ohne ausreichendes Erwerbseinkommen. Staatliche Hilfsleistungen reichen vielfach nicht aus, um ein selbstbestimmtes Leben, gesunde Ernährung und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

Wir GRÜNE wollen eine soziale Stadtentwicklung, um dem Zerfall der Stadt in eine arme und eine reiche Hälfte entgegenzutreten. Deshalb stehen wir an der Seite der Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen, die für eine schnelle und massive Erhöhung von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung streiten. Das grundsätzliche Problem von Armut ist damit aber nicht gelöst. Deshalb müssen Erwerbsarbeit und Einkommen gerechter verteilt und die verschiedenen staatlichen Hilfsleistungen langfristig durch eine einheitliche soziale Grundsicherung abgelöst werden.

Die Bewegungsspielräume für Sozialpolitik sind durch die schwierige finanzielle Situation der Kommunen sowie durch die verfehlte Politik von Land und Bund auch in Dortmund enger geworden, während gleichzeitig die sozialen Aufgaben, die zu bewältigen sind, wachsen. Wir GRÜNE sind dagegen, dass die Stadt nur dort aktiv ist, wo sie durch Gesetze dazu gezwungen wird. Soziale Verantwortung setzt nicht erst bei Pflichtleistungen an – kommunale Sozialpolitik muss freiwillige Leistungen umfassen, die dazu beitragen, ein soziales Netz in der Stadt zu erhalten, von dem alle BürgerInnen profitieren. Die Stadt hat den Auftrag, sich um die Menschen zu kümmern, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und ihnen gezielte Hilfestellung zu geben. Der Stellenwert kommunaler Sozialpolitik darf nicht allein finanzwirtschaftlich, sondern muss politisch bestimmt werden. Diesen Anspruch haben wir u. a. mit der Einführung des Sozialtickets, den Regelungen für die Wohnungskosten für Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen und auch dem kommunalen Lernmittelfonds umgesetzt. Und dies bleibt auch in den nächsten Jahren das Ziel GRÜNER Politik.

Armut und nicht die Armen bekämpfen

In Dortmund sind ca. 40.000 Menschen arbeitslos, mehr als 32.000 von ihnen bereits länger als ein Jahr. Dazu kommen ca. 10.000 sog. AufstockerInnen, die vom Lohn ihrer Erwerbsarbeit nicht leben können und deshalb zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn ein. Auf kommunaler Ebene haben wir festgeschrieben, dass Unternehmen, die nicht tarifgebunden entlohnen, bei der Vergabe städtischer Aufträge nicht berücksichtigt werden (siehe auch „Von der Hauptstadt der Minijobs“ zur „Hauptstadt für faire Beschäftigung“, S. 76).

Viele Langzeitarbeitslose haben ohne gezielte Unterstützung keine realistische Chance auf eine Integration in den sog. ersten Arbeitsmarkt. Durch den Ausbau eines geförderten sozialen Arbeitsmarkts wollen wir sinnvolle Perspektiven schaffen. Handlungsfelder sind:

- ▶ Stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte wie QuartiershausmeisterInnen und SpielplatzkümmerInnen
- ▶ Unterstützung der QuartiersmanagerInnen in Bezug auf besondere Zielgruppen wie z. B. alte Menschen, Migranteneltern usw. (siehe auch Stärkung von Wohnquartieren, S. 64)
- ▶ Unterstützung von Schulen und Kindergärten im Ganztagsbetrieb durch Vernetzung u. a. mit Sportvereinen, Handwerksbetrieben, Freizeiteinrichtungen
- ▶ Verbesserung der sozialen und ökologischen Infrastruktur

Die bereits eingeleiteten Schritte müssen konsequent weitergegangen werden. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal für erfolgreiche Maßnahmen im sozialen Arbeitsmarkt ist die Integration von Beschäftigung, Qualifikation und Beratung. Dazu sollen Qualifikations- und Beschäftigungsmaßnahmen der ARGE sowie die erfolgreichen Projekte der sozialen Träger weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Bei Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose sind eine längere Beschäftigungsdauer und ein sozialversicherungspflichtiges Entgelt anzustreben – wie bei anderen ArbeitnehmerInnen auch. Die Beschäftigungschancen für ArbeitnehmerInnen mit Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen (siehe auch Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – Menschen mit Behinderung, S. 15).

Fast 90.000 Menschen in Dortmund leben an oder unter der Armutsgrenze, unter ihnen viele Kinder. Der von uns initiierte „Bericht zur sozialen Lage der Stadt Dortmund“ hat ihre Situation und die Notwendigkeit umfassenden Handelns deutlich gemacht. Grundsätzliche Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind dringend notwendig. Wir wissen, dass diese Veränderungen größtenteils nur auf Landes- oder Bundesebene herbeigeführt werden können. Darauf können die betroffenen Menschen nicht warten. Mit dem „Bericht zur sozialen Lage“ und dem daraus resultierenden „Aktionsplan Soziale Stadt“ nutzen wir unseren kommunalpolitischen Spielraum, um die Lebensbedingungen der Betroffenen zu verbessern.

Den Kindern Dortmunds gehört die Zukunft. Ihnen muss die besondere Aufmerksamkeit städtischer Sozialpolitik gelten. Um die Situation der Kinder aus armen Familien gezielt weiter zu verbessern, soll der „Bericht zur sozialen Lage“ mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Kindern und Jugendlichen fortgeschrieben werden (siehe auch Kinderarmut bekämpfen – Gelder gezielt einsetzen, S. 21).

Weitere Informationen

Den „Bericht zur sozialen Lage der Stadt Dortmund“ und den „Aktionsplan Soziale Stadt“ finden Sie im Internet unter: <http://www.sozialbericht.dortmund.de>.

Sozialticket

Das Dortmunder Sozialticket ist ein bundesweites Vorbild, wenn es darum geht, die Mobilität arbeitsloser Menschen zu erhalten. Der Preis von 15 Euro pro Monat orientiert sich dabei an den im Arbeitslosengeld II für Fahrtkosten vorgesehenen Mitteln. Wir GRÜNE wollen das Dortmunder Sozialticket so lange erhalten, bis in den Sozialleistungen ausreichend Geld für die Nutzung von Bussen und Bahnen enthalten sind. Un-



ser Ziel bleibt ein Ticket, das im gesamten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) genutzt werden kann. Dabei müssen auch diejenigen in Zukunft ein Sozialticket erhalten, die mit ihrem Einkommen nur knapp über der Bewilligungsgrenze für Sozialleistungen liegen.

Kosten der Unterkunft

Mit unseren kommunalen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung haben wir unnötige Umzüge verhindern können. Deshalb können viele Betroffene in ihren bisherigen Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld wohnen bleiben. Das ist vor allem für ältere Menschen und Familien mit Kindern wichtig. Wir wollen diese von uns initiierten Regelungen bei den Kosten der Unterkunft erhalten.

Wohnungslosigkeit

Die Zahl obdachloser Menschen ist und bleibt eine Herausforderung für die Stadtpolitik. Wir GRÜNE wollen, dass alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden bzw. zu beseitigen. Bereits wohnungslos gewordene Menschen brauchen Unterstützung bei der Suche nach neuem Wohnraum und dem Wiedereinstieg in ein geregelteres Leben.

Rückläufige Obdachlosenzahlen sind kein Anlass für Entwarnung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. geht davon aus, dass bundesweit über 200.000 weitere Menschen durch längerfristig steigende Energiepreise, Mietschulden und Arbeitslosigkeit von Obdachlosigkeit bedroht sind. Das Dortmunder Konzept zur Verhinderung und Beseitigung bestehender Wohnungslosigkeit muss deshalb ständig überprüft und ggf. ergänzt werden.

Die Organisation der Übernachtungsstelle Unionstraße durch einen privaten Betreiber hat sich bewährt. Durch intensive pädagogische und soziale Betreuung gelingt es hier zunehmend, Betroffene in eine eigene Wohnung zu vermitteln.

Die Zusammenarbeit von Stadt und ARGE muss weiter verbessert werden. Das JobCenter muss sich fachlich und organisatorisch auf die besonderen Bedürfnisse von Obdachlosen einstellen.

Dortmund-Pass

Mit dem Dortmund-Pass erhalten Menschen, die Leistungen nach den Sozialgesetzen beziehen, freien oder ermäßigten Eintritt in städtische Kultur- und Feizeiteinrichtungen. Neben den bisherigen Anspruchsberechtigten gibt es eine größere Anzahl von Menschen, die mit ihrem Erwerbs- oder Renteneinkommen nur geringfügig über den Bewilligungsgrenzen für Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II liegen. Sie können allerdings zurzeit die Vergünstigungen des Dortmund-Passes nicht in Anspruch nehmen, auch wenn sie ihre Bedürftigkeit belegen können. Wir wollen deshalb den Kreis der Anspruchsberechtigten für den Dortmund-Pass ausweiten.

Freie Träger – vernetzte Sozialarbeit

Die Arbeit der freien Träger im Sozialbereich ist und bleibt ein fundamentaler Beitrag zur Dortmunder Sozialpolitik. In vielen Projekten freier Träger steht die Einbindung der betroffenen Menschen im Vordergrund. Angesichts leerer öffentlicher Kassen plädieren Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür, das Leistungsspektrum der freien Träger – bei möglichst effizientem Einsatz öffentlicher Mittel – zu erhalten. Gerade auch unter dem Gesichtspunkt des „Aktionsplans Soziale Stadt“ und der dort enthaltenen Maßnahmen ist aber eine Überprüfung der Felder sozialer Arbeit notwendig.

Mit der Dezentralisierung der Sozialdienste in den Stadtteilen ist ein richtiger Weg eingeschlagen worden. Die Einrichtung von Aktionsbüros in den besonders benachteiligten 13 Dortmunder Quartieren muss auf bestehenden Einrichtungen und Erfahrungen aufbauen und darf nicht zu Doppelstrukturen führen.

Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe und Förderung, auf Akzeptanz und Integration. Durch die Gründung des Behindertenpolitischen Netzwerks und die Berufung einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten haben wir die Vertretung von Menschen mit Behinderung im politischen Prozess verbessert. Es gilt, diese Institutionen auszubauen. Außerdem spielt der Aktionskreis „Der behinderte Mensch



in Dortmund“ weiterhin eine unverzichtbare Rolle. Die bestehenden Kontakte zur Behindertenselbsthilfe sind bei der Umsetzung einer Politik für und mit Menschen mit Behinderungen wesentlich. Menschen mit Behinderungen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und wir sind auf ihr Wissen bei der Umsetzung unserer Politik angewiesen.

Die Bedingungen für die Arbeit des Netzwerks müssen weiter verbessert werden. Dafür muss in der Verwaltung die Grundkompetenz für die Belange behinderter Menschen durch gezielte Fort- und Ausbildungen verbessert werden. Außerdem sind barrierefreie Kommunikationsmöglichkeiten im Rathaus zu schaffen. Für ehrenamtlich tätige Menschen mit Behinderung gibt es bis heute keine finanzierte Assistenz. Wir wollen von Dortmund aus eine Diskussion über die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung anstoßen, eingebunden in ein Gesamtkonzept „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“.

Die Berücksichtigung von Barrierefreiheit muss bei allen städtischen Planungen und Veranstaltungen zum Regelfall werden. Dabei muss der Begriff der Barrierefreiheit umfassend ausgelegt werden und auch kommunikative Barrierefreiheit und/oder Leitsysteme für Menschen mit Sinnesbehinderungen, Lernbehinderungen, geistigen Behinderungen sowie für chronisch Kranke einschließen.



Insbesondere gilt es, den ÖPNV – sowohl die Stadtbahn als auch die Busse – barrierefrei zu gestalten. Größtes Thema in der nächsten Wahlperiode wird der barrierefreie Umbau des Hauptbahnhofs sein. Wir GRÜNE setzen uns für den Einbau von Aufzügen an allen Gleisen im ersten Bauabschnitt ein. Zusätzlich soll ein ÖPNV-Training mehr Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen die Nutzung von Bussen und Bahnen ermöglichen (siehe auch Mobil mit Bus und Bahn, S. 68).

Die bisherigen Regelungen des Behindertenfahrdienstes sind zu überprüfen. Wir GRÜNE wollen für den Behindertenfahrdienst eine dem Sozialticket vergleichbare Regelung einführen.

Menschen mit Behinderungen müssen die Möglichkeit haben, eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Wir setzen uns für eine Umsetzung des Budgets für Arbeit in Dortmund ein.

Persönliches Budget für Arbeit

Das persönliche Budget für Arbeit ist eine Geldleistung an Werkstattbeschäftigte, die mit dieser Unterstützung einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt ausfüllen können. Das Budget für Arbeit soll den Übergang von der Werkstatt für behinderte Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Ziel ist das Erreichen eines zeitlich unbefristeten Arbeitsverhältnisses.

Frauen mit Behinderungen sind doppelt benachteiligt. Sie müssen in der Gleichstellungspolitik der Stadt berücksichtigt werden. Hierbei sollten durch das Frauenbüro insbesondere inklusive Ansätze verfolgt werden und Frauen mit Behinderungen in die Planungen von Veranstaltungen einbezogen werden (wie es z. B. beim Internationalen Frauentag bereits geschieht).

Eltern mit Behinderungen stoßen auf Barrieren im Alltag und brauchen eine gesonderte Unterstützung. Da es keinen Anspruch auf Elternassistenz gibt, müssen hier zunächst lokal Lösungen gefunden werden, um die Eltern und ihre Kinder zu unterstützen.

Integrationsplätze in Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen ausgebaut werden. Wir GRÜNE treten dafür ein, den Anteil der Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 zu verdoppeln. Für behinderte Jugendliche sollen ExpertInnen der Fachverbände und der Verwaltung ein Konzept erarbeiten, um die Chancen für einen Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu erhöhen (siehe auch Gemeinsamer Unterricht, S. 33).

Niemand wird jünger – Lebensraum für und mit älteren Menschen gestalten

Immer mehr ältere Menschen leben in Dortmund, ihr Anteil an der Bevölkerung wächst. Zunehmend mehr MigrantInnen bleiben im Alter in Dortmund. Sie alle wollen aktiv am Leben teilnehmen (siehe auch Demografischer Wandel – älter, bunter und weniger, S. 55).

Die neu eingerichteten Seniorenbüros in den Stadtbezirken sollen ältere Menschen bei einer möglichst langen selbstständigen Lebensführung zu Hause unterstützen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die personelle Besetzung der Büros der steigenden Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird, damit Sprache, Kultur oder Religion nicht zur Barriere werden.

Kommunalpolitik muss Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung und Pflege älterer Menschen in Dortmund sowie für die Heimaufsicht übernehmen. Die städtischen Seniorenheime sind und bleiben neben anderen ein wichtiger Anbieter für stationäres Wohnen und Pflegen von älteren Menschen.

Wir wollen, dass in Dortmund weitere generationenübergreifende Wohnkonzepte und -projekte unterstützt und gefördert werden, über deren Entwicklung und Gestaltung die BewohnerInnen selbstverantwortlich entscheiden können. Gerade ältere Menschen können hier Zeit sowie wertvolle Lebens- und Berufserfahrungen einbringen (siehe auch Vielfalt der Wohnformen, S. 66).



Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass Stadtviertel altengerecht bleiben bzw. werden. Für viele ältere Menschen sind der Lebensmittelladen und die Sitzbank zum Ausruhen, der Frisörsalon, die Arztpraxis und eine kleine Pflegeeinrichtung in der Nähe notwendige Bestandteile ihres Lebens. Der Stadtteil ist der Bezugspunkt älterer Menschen; hier müssen Versorgungs- und Pflegeangebote so ausgerichtet und vernetzt werden, dass eine nicht gewünschte Heimunterbringung vermieden werden kann. Wohnberatung und die Seniorenbüros nehmen hier zentrale Funktionen ein und müssen weiter unterstützt werden.

Ältere Menschen haben ein besonderes Interesse daran, bei altersspezifischen Fragestellungen gehört zu werden. Die Kompetenzen der Älteren möchten wir nutzen. Daher wollen wir die bestehenden Beteili-

gungsmöglichkeiten für Ältere, z. B. den Seniorenbeirat, verbessern und neue Beteiligungsmöglichkeiten initiieren.

Ein besonderer gesellschaftlicher Auftrag – Suchtkranke ernst nehmen

Das bestehende differenzierte Drogenhilfesystem in Dortmund muss ausgebaut werden. Ein wichtiger Bestandteil dieses Konzepts ist der Drogenkonsumraum, der vielen drogenkranken Menschen das Überleben sichert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden dafür eintreten, dass die Öffnungszeiten auch auf die Abendstunden und das Wochenende ausgeweitet werden.



Wenn es zu einem Verkauf des Gebäudes des Gesundheitsamts kommt, muss ein neuer Standort für den Drogenkonsumraum gefunden werden, der ähnlich zentral und gut erreichbar ist wie der bisherige. Eine Verdrängung von Drogenkranken an den Stadtrand lehnen wir ab.

Straßenprostitution – nicht wegschauen, sondern Betreuung verbessern

Die soziale Verelendung von Teilen der Gesellschaft wird bei der Straßenprostitution besonders deutlich. Wir dürfen nicht wegschauen – aber durch Verbote und Druckmittel, die sich ausschließlich gegen die Prostituierten richten, wird es keine Verbesserung ihrer Lage geben. Vor sechs Jahren wurde der Straßenstrich aus den Wohngebieten in das Gewerbegebiet an der Ravensberger Straße verlegt. Nicht zuletzt auf Initiative der GRÜNEN wurden vor Ort Stellen für Sozialbetreuerinnen geschaffen.

Die erhebliche Zunahme der Anzahl der Prostituierten erfordert dringend eine Aufstockung der Zahl der Sozialbetreuerinnen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Errichtung eines Sozialgebäudes (mit Toiletten und Waschräumen) und für Ausstiegsprogramme für die Prostituierten ein.



2 KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Was haben wir erreicht?

- Die Ganztagsangebote für Kinder von drei Jahren bis zur Schulpflicht sind auf 4289 Plätze ausgebaut worden.
- Für Kinder unter drei Jahren haben wir die Anzahl der Betreuungsplätze von 700 auf zurzeit ca. 2100 verdreifacht. Damit liegen wir weit über dem Landesdurchschnitt.
- Mit dem Bau von fünf neuen Einrichtungen im Dortmunder Norden schaffen wir weitere 410 Betreuungsplätze, davon 145 für Kinder unter drei Jahren.
- Die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ist ausgebaut worden.
- Bei den Kindergartengebühren haben wir die Einkommensgrenze angehoben. Dadurch bleiben mehr als 40 Prozent der betreuten Kinder beitragsfrei.
- Das Frühwarnsystem zur Erkennung und Abwendung von Gefährdungen von Kindern wird bis Ende des Jahres 2009 flächendeckend in allen Stadtteilen eingeführt – drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen.
- Für die konzeptionelle Neuorientierung der Jugendhilfedienste wurden 20 neue Stellen geschaffen.
- Der Neubau des Freizeitentrums West wird neue Möglichkeiten für Jugendkulturarbeit sowie Musik- und Kulturveranstaltungen bieten.

Bündnis 90/Die Grünen in Dortmund verstehen Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe, denn es gibt kaum ein politisches Feld, das

nicht Leben, Denken und Entfaltung junger Menschen berührt. Kindern und Jugendlichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen, heißt auch, alle kommunalpolitischen Entscheidungen in dieser Hinsicht zu überprüfen und ggf. zu korrigieren.

Zu den wesentlichen Zielen GRÜNER Kommunalpolitik gehört es, Kindern und Jugendlichen in einem gesicherten Umfeld die Möglichkeit zu schaffen, Zugehörigkeit und Liebe zu erfahren, Erziehung und Bildung – auch außerhalb von Schule – zu genießen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Hierauf haben jedoch bundes- oder landespolitische Entscheidungen einen vielfältigen Einfluss, und oft ist die finanzielle Unterstützung durch Land und Bund nicht ausreichend. Deshalb fordern wir die kommunalen Gelder ein, die notwendig sind, um unsere Ziele zu erreichen. Gerade in Zeiten knapper Finanzmittel darf eine wesentliche Umschichtung im städtischen Haushalt zugunsten einer zukunftsweisenden Kinder- und Jugendpolitik kein Tabu sein.

Kinderarmut bekämpfen – Gelder gezielt einsetzen

Der „Bericht zur sozialen Lage“ hat deutlich gemacht, dass drei von zehn Kindern in Dortmund von Armut bedroht sind. Kinder aus benachteiligten Elternhäusern haben weitaus schlechtere Ausbildungs- und Berufschancen, ihnen werden Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verwehrt, sie leiden vermehrt unter Gesundheitsproblemen. Damit können und wollen wir GRÜNE uns nicht abfinden (siehe auch Armut und nicht die Armen bekämpfen, S. 12).

Durch Maßnahmen wie der kommunalen Lernmittelfonds, die Übernahme der Kosten für Schulbücher, die finanzielle Beteiligung am Mittagessen in den Schulen, der Ausbau der Sprachförderung oder auch die Anhebung der Einkommensgrenze bei den Gebühren für Kindertagesstätten haben wir bereits in den letzten Jahren einkommensschwache Familien und ihre Kinder entlastet.

So lange es bei diesen Maßnahmen keinen entsprechenden Ausgleich durch Land und/oder Bund gibt, müssen sie erhalten und bei Bedarf ausgebaut werden. Der Auf- und Ausbau einer Infrastruktur gerade im Bereich der Betreuungsmöglichkeiten ist ein wichtiger Baustein, um Kindern aus ärmeren und benachteiligten Familien eine bessere Perspektive zu bieten.

Beim weiteren Ausbau dürfen kommunale Gelder nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern müssen gezielt dahin fließen, wo der Bedarf am größten ist. Der Bau von fünf neuen Kindertageseinrichtungen in der Nordstadt ist hier ein erster richtiger Schritt. Darüber hinaus betrachten Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Projekt „Kinderstuben“, wie z. B. in der Nordstadt, für zwei- bis dreijährige Kinder als ein Musterbeispiel für wohnortnahe Versorgung und eine frühe Sprachförderung. Die erste Kinderstube wurde bereits eröffnet.

Um die Situation der Kinder aus armen Familien gezielt weiter zu verbessern, soll der Bericht zur sozialen Situation mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Kindern und Jugendlichen fortgeschrieben werden.

Betreuung ausbauen – Qualität sichern

In den letzten Jahren haben wir in Dortmund die Betreuungsangebote im Ganztags und für Kinder unter drei Jahren auch ohne Bezuschussung durch Land und Bund massiv ausgebaut. Durch das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der Landesregierung sowie die neuen steuerlichen Regelungen für Tageseltern wird der Ausbau der Betreuungsplätze allerdings massiv erschwert. Zusätzlich plant das Land, die Bundesmittel für die Betriebskosten von Kindertagesstätten dauerhaft nur zu einem Fünftel an die Kommunen weiterzuleiten. Damit enthält das Land nicht nur unseren Einrichtungen wichtige Gelder vor, es verhindert dadurch auch einen schnelleren Ausbau der Betreuungsangebote.

Dabei ist insbesondere für berufstätige Eltern und Alleinerziehende eine gute Betreuungsstruktur für ihre Kinder wichtig. Bei der Betreuung von Kleinkindern wollen wir deshalb trotz aller Schwierigkeiten bis 2013 eine Betreuungsquote von 35 Prozent aller Kinder erreichen. Schwerpunktmäßig soll die Betreuung in Einrichtungen stattfinden und nicht bei Tageseltern. Deshalb muss in den Einrichtungen die Anzahl der Plätze erhöht werden. Da die Wünsche der Eltern bezüglich der Betreuungszeit sehr unterschiedlich sind, sind nicht alle Plätze durchgängig belegt. Wir regen deshalb an, über ein Konzept zum Platz-Sharing nachzudenken.

Viele Eltern sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder auch außerhalb der Kernzeiten der Einrichtungen frühmorgens oder am späten Nachmittag betreut werden. Hier wollen wir sicherstellen, dass es in jedem Stadtteil

ein entsprechendes Angebot auch in Zusammenarbeit zwischen Tageseltern und Einrichtungen gibt.

Bei der Neufassung der Elternbeiträge haben wir insbesondere einkommensschwache Familien entlastet. 40 Prozent aller Kinder bleiben bereits jetzt beitragsfrei. Wir wollen diese Quote auf 60 Prozent steigern. Unser GRÜNES Ziel bleibt die schrittweise vollkommene Abschaffung der Elternbeiträge. Dies wird allerdings ohne Unterstützung von Land und Bund nicht zu realisieren sein.

Seit Januar 2009 sind die Einkünfte von öffentlich finanzierten Tagesmüttern und -vätern steuer- und sozialversicherungspflichtig. Um auszuschließen, dass Tagespflegeeltern aufgrund ihrer verringerten Nettoverdienste ihre Beschäftigung künftig aufgeben, haben wir für eine Anhebung der Betreuungssätze gesorgt.

Viele Kinder wachsen bei Eltern mit mangelnden Deutschkenntnissen auf. Durch Modelle der zweisprachigen Förderung wollen wir diese Kinder bereits in den Kindertageseinrichtungen unterstützen (siehe auch Kinder und Familien mit Migrationshintergrund fördern, S. 34).

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen Initiativen fördern, bei denen Erwachsene ehrenamtlich Kinder und Jugendliche als Mentorinnen und Mentoren begleiten.

Kinder zuerst – Ausbau der Spielleitplanung

Mit dem Beschluss zur Spielleitplanung haben wir ein eigenständiges Instrument zur kinder- und familienfreundlichen Stadt eingeführt. Damit wird die Stadt erstmals ganzheitlich als „Beispielbarer Raum“ betrachtet, bei Planungsvorhaben sind grundsätzlich die Auswirkungen und Folgen für Kinder darzustellen und abzuwägen. Kinder und Jugendliche werden an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds



beteiligt. Nach der Modellphase in drei Stadtbezirken muss die Spielleitplanung so schnell wie möglich stadtweit eingeführt werden.

Spiel- und Bolzplätze erhalten – generationenübergreifende Spielplätze entwickeln

Kindern und Jugendlichen stehen immer weniger Freiflächen für Spiel und Sport zur Verfügung. Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Stadtbezirk mindestens einen Sport- oder Bolzplatz für Jugendliche gibt. Ein GRÜNES Anliegen bleibt auch weiterhin der Erhalt und Ausbau von Spielplätzen und -flächen auch auf Schulhöfen. Sie sollen unter Beteiligung der Kinder naturnah gestaltet werden. Dabei müssen auch barrierefrei zugängliche Spielgeräte aufgestellt werden. Es sollte kein gesonderter barrierefreier Spielplatz geschaffen werden. Vielmehr müssen Eltern mit behinderten Kindern einen Zugang zu den Spielplätzen in ihren Stadtteilen haben und dort auch die Möglichkeit der Nutzung einzelner Spielgeräte haben.

Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden in vielen Städten inzwischen generationenübergreifende Spielplätze entwickelt. Durch gemeinsames Spielen von Alt und Jung kann der Zusammenhalt verschiedener Generationen gefördert und gefestigt werden. Wenn auch Erwachsene und insbesondere SeniorInnen auf Spielplätzen Angebote finden, werden diese Plätze stärker frequentiert, und eine soziale Kontrolle ist gewährleistet. Dadurch sind Kinder nicht nur besser vor Gefahren und Unfällen geschützt. Auch der Verschmutzung der Plätze kann entgegengewirkt werden. Wir werden uns deshalb für ein Modellprojekt „Generationenübergreifende Spielplätze“ einsetzen. Außerdem wollen wir die bestehenden Spielplatzpatenschaften sichern und neue fördern (siehe auch Demografischer Wandel – älter, bunter und weniger, S. 55).

Kinderschutz ausbauen und vernetzen

Mit Sorge registrieren wir die zunehmende Zahl von Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch von Kindern. Wir haben uns für die Entwicklung eines kommunalen Frühwarnsystems eingesetzt und die Umsetzung vorangetrieben. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Situation von Neugeborenen, Säuglingen sowie der unter dreijährigen Kinder. Mit dem kommunalen Frühwarnsystem wird ein effektiver Schutz für

die betroffenen Kinder aufgebaut und bis Ende 2009 flächendeckend in allen Stadtteilen eingeführt. ÄrztInnen, Krankenhäuser, Kindertageseinrichtungen und Schulen werden dabei so vernetzt, dass Kindesmisshandlungen früh erkannt werden können.

Durch die konzeptionelle Neuorganisation des Jugendhilfedienstes und die Ausweitung um 20 Stellen werden Kinder- und Jugendschutz zusätzlich verstärkt sowie die MitarbeiterInnen entlastet. Insbesondere für problematische Zielgruppen wie minderjährige oder überforderte Eltern, Eltern mit Suchtproblemen oder mit Gewalterfahrung dürfen Beratung und notwendige Hilfestellungen nicht zufällig bleiben, sondern müssen systematisch und bereits in der Schwangerschaft sowie unmittelbar danach aufgebaut und geleistet werden. Eine wichtige Funktion haben dabei auch die Willkommensbesuche, mit denen Eltern unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes über Hilfestellungen und Maßnahmen informiert werden.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Frühwarnsystems und der Jugendhilfedienste bleibt für uns GRÜNE ein Schwerpunkt.

Mobile Angebote für Jugendliche ausweiten

Viele Gegenden in Dortmund bieten Jugendlichen nur wenige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung oder des informellen Treffens mit Gleichaltrigen. Die mobilen Angebote des Jugendamts, insbesondere die Jugendbusse, müssen deshalb erhalten, die Angebote bei Bedarf flexibel eingesetzt und ausgeweitet werden.

In der Vergangenheit gab es in verschiedenen Stadtteilen mehrfach Probleme zwischen Jugendlichen, die sich an ihren Treffpunkten versammelten, und AnwohnerInnen. GRÜNE Kommunalpolitik setzt zur Lösung solcher Konflikte auf Prävention und die Erforschung von Ursachen. Reine Verbote oder die Verdrängung von Jugendlichen sind für uns keine geeigneten Maßnahmen. Wir wollen Jugendlichen Orte anbieten, an denen sie sich aufhalten können, ohne vertrieben zu werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch immer wieder die Frage nach aufsuchender Sozialarbeit und Streetwork, gerade an den bekannten Brennpunkten in unserer Stadt. Bündnis 90/Die Grünen fordern weiterhin ein bezirks- und projektbezogenes Konzept.

Jugendfreizeitstätten und Jugendkultur

Vorhandene Jugendfreizeitstätten müssen erhalten und – wo notwendig – ausgebaut werden. Dabei sollte eine Übernahme durch die Wohlfahrtsverbände oder andere Träger gefördert werden. Freizeitstätten, die um- oder neugebaut werden, müssen barrierefrei werden.

Viele Jugendliche suchen Freiräume, in denen sie sich ohne Zwänge erfahren und ausprobieren können. Als GRÜNE wollen wir sie dabei unterstützen. Wir treten deshalb dafür ein, in einem Modellprojekt ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu schaffen.



Ein wichtiger Bereich ist für uns GRÜNE die Jugendkultur. Im neuen Freizeitzentrum West an der Ritterstraße wird dies ein Schwerpunkt der Arbeit sein. Dazu gehören für uns aber auch der Erhalt der Proberäume für Jugendbands und die Intensivierung des Jugendaustauschs mit den Dortmunder Partnerstädten im Ausland.

Jugendarbeit in Dortmund muss alle Jugendlichen berücksichtigen. Jugendliche mit Behinderungen und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen nach einem inklusiven Ansatz einbezogen werden. Diese Jugendlichen müssen gezielt angesprochen und ihre Bedürfnisse bei der Ausgestaltung ihrer Freizeit berücksichtigt werden.

Perspektiven für unbegleitete Jugendliche

In den letzten Monaten sind vermehrt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Dortmund gekommen. Diese jungen Menschen brauchen während ihres Aufenthalts in Dortmund eine sinnvolle Perspektive für ihre weitere Entwicklung. Wir halten deshalb die Erarbeitung eines zwischen Jugendhilfe, Schulen und Ausländeramt abgestimmten Konzepts für notwendig. Dazu gehören eine individuelle Betreuung der Jugendlichen beim Erlernen der Sprache und eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung.

DO-Forum – Kinder und Jugendliche gestalten mit

Wir Grüne haben uns stets für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik eingesetzt. Sie kennen als ExpertInnen in eigener Sache ihre Bedürfnisse und Wünsche am besten. Auf unsere Initiative hin hat sich bereits vor Jahren das DO-Forum auf Stadtebene gegründet: ein Unterausschuss des Kinder- und Jugendausschusses, in dem sich Kinder und Jugendliche direkt an die PolitikerInnen wenden können. Beim neuen DO-Forum sind die Erfahrungen der letzten Jahre in ein zeitgemäßes Beteiligungsmodell aufgenommen worden. Wir werden darauf achten, dass das DO-Forum keine Alibiveranstaltung, sondern ein wirkliches Instrument zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Stadtentwicklung vor allem auch auf Stadtbezirksebene wird. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass die demokratische Beteiligung ein inhaltlicher Schwerpunkt des neuen Jugendförderplans wird, der mit Beginn der nächsten Wahlperiode erstellt werden muss.

3 SCHULPOLITIK

Was haben wir erreicht?

- Mit dem kommunalen Bildungsbericht hat Dortmund als erste Stadt in NRW eine umfassende Analyse des Schulwesens vorgelegt.
- Der Ausbau der Offenen Ganztagschule an Grund- und Förderschulen ist mit 8600 Plätzen fast abgeschlossen.
- Im Sekundarbereich gibt es den gebundenen Ganztag mittlerweile an neun Gesamtschulen sowie an sieben Hauptschulen.
- Für die Sanierung unserer Schulen haben wir in den letzten fünf Jahren ca. 250 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Die Sprachförderung ist insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund ausgeweitet worden.
- Um die Bildungschancen benachteiligter SchülerInnen zu verbessern, haben wir die Schulsozialarbeit an vielen Schulen ausgebaut.
- Im Rahmen des Modellprojekts „Selbstständige Schule“ werden mittlerweile 83 Schulen unterstützt.
- Durch die Einrichtung des Regionalen Bildungsbüros werden Schulen und Eltern in Bildungsfragen effektiv unterstützt.
- Durch den Schulentwicklungsfonds werden jährlich 250.000 Euro für innovative Schulprojekte zur Verfügung gestellt.

- Der kommunale Lernmittelfonds unterstützt einkommensschwache Familien in Dortmund und ihre Kinder bei der Ausstattung mit Schulmaterialien.
- Durch die Beteiligung am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ haben wir dafür gesorgt, dass kein Kind aus finanziellen Gründen auf das Mittagessen in der Schule verzichten muss.
- Nach dem Rückzug der Landesregierung aus der Finanzierung übernimmt die Stadt für einkommensschwache Familien die Kosten der Schulbücher.
- Die BezirksschülerInnenvertretung ist erstmals mit einem Sitz im Schulausschuss vertreten.
- Durch die weitere Finanzierung des Projekts „Zeitgewinn“ verbessern wir den Übergang von der Schule für SchülerInnen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Das gegliederte Schulsystem ist sozial ungerecht, denn es benachteiligt Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund. Das zeigen alle Untersuchungen und internationalen Leistungsvergleiche der letzten Jahre. Bildung ist aber eine Grundlage für eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir GRÜNE wollen das Schulsystem grundsätzlich verändern, um Chancengleichheit herzustellen und Kinder optimal individuell fördern zu können. Dafür wollen wir auch die – wenn auch geringen – kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzen.

Das Leben und die Erfahrungswelt von Kindern und Jugendlichen werden zunehmend von den unsicheren Einkommensstrukturen der Eltern, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Arbeitslosigkeit, fehlenden Spielmöglichkeiten, beengtem Wohnraum sowie wachsendem Fernseh- und Computerkonsum bestimmt. Diesen Herausforderungen müssen sich die Gesellschaft und insbesondere die Schulen stellen. Der kommunale Bildungsbericht und der „Bericht zur sozialen Lage“ haben deutlich aufgezeigt, wo in Dortmund die Probleme liegen.

Wir haben bereits in den letzten Jahren in vielfältiger Weise auf die Herausforderungen reagiert. Zu den Maßnahmen zählen u. a. der Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Ausweitung von Schulsozialarbeit, die Beratung durch Schulpsychologen oder auch die Erweiterung von Sprachfördermaßnahmen. Diese Aktivitäten gilt es, in Zukunft noch stärker und mit neuen Instrumenten fortzusetzen.

Kommunalen Bildungsbericht umsetzen und fortschreiben

Mit dem „Ersten kommunalen Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund: Schulentwicklung in Dortmund“ haben wir als erste Stadt in NRW eine umfassende und qualitätvolle Analyse des städtischen Schulwesens sowie eine Erfassung der sozialen Situation der Dortmunder Schülerinnen und Schüler erstellt. Vorrangiges Ziel der nächsten Jahre muss es sein, die Handlungsempfehlungen des Bildungsberichts umzusetzen. Der kommunale Bildungsbericht und der „Bericht zur sozialen Lage“ belegen eindrucksvoll, dass in den sozialökonomisch schwierigen Stadtteilen auch die Schulen liegen, deren SchülerInnen vorwiegend aus Familien mit einem geringen Bildungsstand stammen. Deshalb müssen bei einer Fortschreibung des Bildungsberichts sowohl die Analyse als auch die Handlungsempfehlungen auf einzelne Stadtteile und Aktionsräume heruntergebrochen werden. Nur so können die Erfordernisse einzelner Schulen gezielt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Eine Schule für alle

Unser GRÜNES Ziel ist eine Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse anstelle des bisherigen gegliederten Schulsystems. Schule muss ein Ort werden, an dem unterschiedlich begabte, behinderte und nicht behinderte, deutsche und nichtdeutsche Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Eine solche einheitliche Schule ist am besten geeignet, eine demokratische, am Ziel der Chancengleichheit orientierte Bildung zu vermitteln.

Eine grundsätzliche Veränderung des Schulsystems kann allerdings nur auf Landesebene beschlossen werden. Hier stellt sich die CDU/FDP-Landesregierung mit dem starren Festhalten am gegliederten Schulsystem allen wissenschaftlichen Studien und Erkenntnissen entgegen.

Wir GRÜNE treten dafür ein, unterhalb der Landesebene alle kommunalen Möglichkeiten auf dem Weg zu einer Schule für alle zu nutzen – z. B. durch verstärkte Kooperationen der unterschiedlichen Schulformen. Sollte es Modellprojekte oder Initiativen des Landes geben, die dem Ziel einer Schule für alle entsprechen, sind sie von der Stadt Dortmund wahrzunehmen.

Ganztagsschule ausweiten – qualitativ und bedarfsgerecht

Viele Eltern und Kinder erleben das mittlerweile flächendeckende Angebot an offenen Ganztagsgrundschulen als Bereicherung und Erleichterung. Dies kann aber nur der erste Schritt sein. Im Sekundarbereich gibt es den gebundenen Ganzttag erst an neun Gesamtschulen sowie an sieben Hauptschulen. Kurz- und mittelfristig werden wir an 46 Schulen Aufenthalts- und Verpflegungsmöglichkeiten für die Übermittagsbetreuung sicherstellen. Langfristig werden in Dortmund auch Gymnasien und Realschulen zum gebundenen Ganzttag übergehen. Dabei muss sichergestellt sein, dass an allen Werktagen, auch in den Ferien, in den Stadtteilen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder angeboten werden.

Ohne massive finanzielle Unterstützung von Bund und Land wird dies nicht möglich sein. Die bisherigen Förderprogramme, insbesondere des Landes, z. B. für den Bau von Mensen und Speiseräumen, bleiben weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Um die vorhandenen Mittel bestmöglich zu nutzen, treten wir für eine Zusammenarbeit benachbarter Schulen ein.

Wer den ganzen Tag in der Schule ist, muss ein gesundes Mittagessen bekommen. Für Kinder, deren Eltern das Essen nicht bezahlen können, muss ein entsprechendes Angebot gesichert werden.

Ganztagsschulen haben die Chance, sich für Aufgaben und Initiativen im Stadtteil zu öffnen. Als „gemeindenaher Schule“ oder „Haus des Lernens“ kann die Schule ihre Erziehungs- und Bildungsprozesse mit anderen Bereichen wie Arbeit, Wohnung, Gesundheit und Freizeit verbinden. Dies setzt jedoch im Bereich Schule und Jugendarbeit eine enge Vernetzung der zuständigen Ämter untereinander und mit den lokalen Akteuren vor Ort voraus. Durch die Zusammenlegung von Schule und Jugendarbeit in einem gemeinsamen Dezernat haben wir GRÜNE die Voraussetzung geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Jugendeinrichtungen zu verbessern.

Werden Schulen zu Treffpunkten in den Stadtteilen, verändert sich auch ihr unmittelbares Umfeld. Schulhöfe z. B. müssen entsprechend umgestaltet und auch für Aktivitäten nach Schulschluss geöffnet werden. Zäune um unsere Schulen lehnen wir ab.

Bei weniger SchülerInnen bessere Schulen für alle

Der Bildungsbericht hat klar gemacht, dass es in den kommenden Jahren in Dortmund weniger SchülerInnen geben wird. Bis zum Jahr 2018 werden die Zahlen im Vergleich zu 1998 um ein Viertel zurückgehen. Schon jetzt wird in einigen Schulen die Mindestanzahl der für einen Schulbetrieb notwendigen SchülerInnen nicht erreicht. Dadurch frei werdende Kapazitäten wollen wir nutzen und sowohl das Ganztagsangebot als auch Fördermöglichkeiten ausbauen.

Wir GRÜNE wollen bedarfsgerechte und wohnortnahe Schulen. Das gilt insbesondere für die Grundschulen. Hier gilt für uns das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege“. Für die Grundschulen sollten die Schulstandorte deshalb trotz rückläufiger SchülerInnenzahlen erhalten bleiben. Wenn dies nicht möglich ist, muss die Zusammenarbeit von Schulen durch die Schaffung von Außenstellen geprüft und bei Bedarf umgesetzt werden.

Insbesondere bei den Hauptschulen gab es bereits in den letzten Jahren einen dramatischen Rückgang der Aufnahmezahlen. Schulwahlentscheidungen sind laut Bildungsbericht mittlerweile nicht nur Entscheidungen für eine Schulform, sondern explizit auch gegen die Hauptschule. Dieser Prozess ist nicht mehr umkehrbar. Nach den Untersuchungen des Bildungsberichts werden deshalb von heute 17 Hauptschulen im Jahr 2016 nur noch fünf bis – optimistisch gerechnet – 14 Schulen benötigt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine schnelle Entwicklung mittel- und langfristiger Konzepte für ein bedarfsgerechtes Schulangebot. Dabei muss auch über die Zusammenlegung oder sogar Schließung einzelner Schulstandorte nachgedacht werden. Dadurch frei werdende, insbesondere finanzielle Mittel müssen dem Schulbereich erhalten bleiben. Unser GRÜNES Ziel heißt deshalb: bei weniger SchülerInnen bessere Schulen für alle.

Schulsanierung

Die kommunale Schulpolitik ist inhaltlich und personell im Wesentlichen durch die Landespolitik bestimmt. Die primäre Aufgabe der Stadt als Schulträgerin ist es jedoch, die räumlichen Unterrichtsbedingungen an den Dortmunder Schulen zu verbessern. In den vergangenen fünf Jahren haben wir ca. 250 Millionen Euro für die Sanierung unserer Schulen

zur Verfügung gestellt. Grundsanierung und Brandschutz, Fachraumerneuerung, die Schaffung von Räumlichkeiten für den Ganztags sowie der Ersatz von Pavillons durch Neubauten haben zu einer spürbaren Verbesserung der Schulbedingungen beigetragen. Dabei sind ökologische Kriterien und energiesparendes Bauen Standard geworden.

Angesichts der noch bestehenden baulichen Mängel an den Schulgebäuden wird die Sanierung weiterhin eine wichtige Aufgabe der GRÜNEN Politik bleiben. Ein Ziel ist, dass bis Ende der Wahlperiode 2014 keine SchülerInnen mehr in Pavillons lernen müssen. Außerdem haben wir uns für die Wiedereinführung der Grundreinigung an Schulen eingesetzt. Gerade auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Ganztagsangebote in den Schulen ist eine jährliche Grundreinigung der Schulen substanzerhaltend. Die Stadt spart langfristig Geld, wenn Schulen und Inventar länger halten.

Neue Konzepte für die Sekundarstufe II und die Berufskollegs

Bei Gesamtschulen und Gymnasien setzen wir uns für Kooperationen bei der Sekundarstufe II ein, um ein vielfältiges Kursangebot auch an kleineren Oberstufen zu ermöglichen und Unterrichtsengpässe zu vermeiden.

Gerade bei den Gesamtschulen waren die Anmeldezahlen in den vergangenen Jahren immer höher als die Aufnahmemöglichkeiten. Das zeigt den Wunsch vieler Eltern und SchülerInnen nach einem Schulsystem mit einem längeren, gemeinsamen Lernen, einem Lernen, das Freiräume für individuelle Orientierung lässt – anders als beim sog. Turboabitur nach zwölf Jahren. Diesem Wunsch müssen wir in Dortmund da, wo wir es mit unseren kommunalen Möglichkeiten können, gerecht werden.

Die Dortmunder Berufskollegs haben sich bereits in den letzten Jahren auf die Veränderungen in der wirtschaftlichen und beruflichen Situation eingestellt. Die Gründung eines IT- und Medien-Berufskollegs war hier ein wichtiger Schritt. Und am Gisbert-von-Romberg-Kolleg können sich KinderpflegerInnen nun zu ErzieherInnen ausbilden lassen und damit gemäß dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) weiter in den Kindertageseinrichtungen arbeiten. Hier müssen ggf. weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Durch die komplette Sanierung des Brüggmann-Blocks und den geplanten Neubau des Robert-Bosch-Berufskollegs auf dem U-Gelände sind die Dortmunder Berufskollegs für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut gerüstet. Beim Robert-Schuman-Berufskolleg treten wir für einen Verbleib am bisherigen Standort an der Sckellstraße ein. Eine Sanierung dort entspricht den Vorstellungen der Schule und ist finanziell günstiger als ein Neubau auf dem U-Gelände.

Gemeinsamer Unterricht

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten SchülerInnen ein. In Grundschulen sollen weitere Integrationsklassen eingerichtet werden, die ihre Fortsetzung in der Sekundarstufe I finden müssen. Wir wollen erreichen, dass sich die Anzahl der Plätze für behinderte Kinder in Regelschulen bis 2014 verdoppelt. Entscheidend für das Gelingen der Integration ist, dass an den jeweiligen Schulen dem Förderbedarf der Kinder mit Behinderung voll entsprochen wird (siehe auch Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – Menschen mit Behinderung, S. 15).

Die Erfahrungen des Kompetenzzentrums „Sonderpädagogische Förderung Dortmund-West“ sollen in Zukunft auf alle Stadtteile übertragen werden.

Kompetenzzentrum Sonderpädagogische Förderung Dortmund-West

Die Dellwig-Förderschule und die Förderschule an der Froschlaake kooperieren bei diesem Pilotprojekt, bei dem Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ausgebaut werden sollen. Ziel ist, dass SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf häufiger als bisher wohnortnah und integrativ in den Regelschulen beschult werden können.

Durch eine enge Zusammenarbeit der Kompetenzzentren mit den allgemeinen Schulen, aber auch durch unterstützende Angebote der Schulträger u. a. aus dem Bereich der Jugendhilfe, der Erziehungs- und Elternberatung sowie durch eine Zusammenarbeit mit Familienzentren oder schulpsychologischen Beratungsstellen soll das Konzept dazu beitragen, dass Kinder früher und gezielter gefördert werden.

Kinder und Familien mit Migrationshintergrund fördern

Die Bildungschancen von MigrantInnen und ihren Kindern müssen deutlich verbessert werden. Sprachförderung für alle Kinder muss frühzeitig, möglichst schon in den Kindertageseinrichtungen im zweiten Lebensjahr, erfolgen. Deshalb haben wir die Mittel dafür bereits in den letzten Jahren erhöht. Der muttersprachliche Unterricht für MigrantInnenkinder soll ausgebaut werden. Viele Kinder mit Migrationshintergrund wachsen zweisprachig auf. Durch das Programm der doppelten Alphabetisierung wollen wir mehrsprachig aufwachsende Kinder gezielt fördern.

Ein bilinguales Angebot, z. B. deutsch-türkisch oder deutsch-arabisch, an einem Gymnasium oder an einer Gesamtschule wäre – im Gegensatz zu einem Privatgymnasium – eine wirkliche Bereicherung der Dortmunder Schullandschaft.

Um Kinder mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, muss die Elternarbeit intensiviert werden. Die Stärkung der Kompetenzen der Eltern hat direkte Auswirkungen auf die Stärkung der Kinder. Insbesondere die Elterncafés sind deshalb zu erhalten und auszubauen. Ergänzende Sprachkurse für Familienangehörige ausländischer SchülerInnen sollen die Integration durch die Schule fördern (siehe auch Integration statt Ausgrenzung, S. 95).

4 KULTURPOLITIK

Was haben wir erreicht?

- Das Kinder- und Jugendtheater in der Sckellstraße wurde saniert.
- Die Mittel für die Beschaffung von Medien in den Bibliotheken wurden erhöht.
- Das Ballett wird als eigenständige fünfte Sparte am Theater eingerichtet.
- Zwei Projektpartnerschaften mit der türkischen Stadt Trabzon und dem Istanbul Stadtteil Beyoğlu sind auf den Weg gebracht.
- Den BewohnerInnen des Hippiehauses wurden neue Räumlichkeiten vermittelt.

Kultur für alle – überall

Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE in erster Hinsicht die Sicherung einer kulturellen Grundversorgung und Vielfalt in den Stadtteilen für alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei müssen insbesondere auch die vielen Menschen mit Migrationshintergrund und ihre spezifischen Kulturen berücksichtigt werden.

Kunst und Kultur sollen kritische Fragen stellen, Diskussionen auslösen, Wahrnehmung schärfen und Alternativen aufzeigen können, ohne dass gleich die Frage nach dem konkreten finanziellen Nutzen erklingt. Kultur braucht Freiräume, um Werte- und Grundsatzfragen jenseits ökonomischer Zwänge behandeln zu können. Der Zugang zu Kultur und kultureller Bildung darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort. Kultur ist ein Gemeinschaftsgut, dessen Infrastruktur zu großen Teilen öffentlich finanziert wird – und das muss so bleiben.



Kultur erfüllt aus GRÜNER Sicht auch eine soziale Funktion. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe an Gesellschaft. Kunst und Kultur prägen darüber hinaus nachhaltig das Gesicht und das Image einer Stadt. Deshalb ist Kultur nicht zuletzt auch ein wichtiger Bestandteil von Stadt- und Regionalentwicklung.

Freie Szene fördern – kreative Freiräume schaffen

Seit Jahren existiert in Dortmund eine blühende Kulturlandschaft aus etablierten Kultureinrichtungen, der sog. freien Kulturszene sowie vielfältigen sozio- und interkulturellen Einrichtungen. Dies hat verschiedentlich zu Kooperationen geführt, die Synergien freisetzen. Es ist unser Ziel, diese Angebote zu erhalten und Zusammenarbeit zu fördern.

Gerade die nicht institutionalisierte Kunst- und Kulturszene liegt uns GRÜNEN am Herzen. Um sie zu stärken, wollen wir die Schaffung und

Entwicklung von kreativen Kulturräumen fördern. Außerdem wollen wir die projektbezogenen Mittel erhöhen, die kulturelle Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden sowie die Zusammenarbeit von Kulturamt und Wirtschaftsförderung verbessern.

Wir treten dafür ein, dass die Stadt Projekte, die gemeinschaftliches Leben mit der Entwicklung von Kunst und Kultur verknüpfen, bei der Suche nach Standorten unterstützt. Das ehemalige Hippiehaus in der Silberstraße und sein BewohnerInnen sind ein gelungenes Beispiel dafür, wie die Verknüpfung von Kunst, Kultur und selbstbestimmtem, gemeinschaftlichem Leben funktionieren kann. Wir haben das Hippiehaus bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützt und sind froh, dass die BewohnerInnen einen neuen Standort in der Nähe des Hafens gefunden haben.

Kulturhauptstadt 2010 und Dortmund 2015

Die Kulturhauptstadt 2010 wird ein kultureller Höhepunkt für die gesamte Region Ruhr. Diese Chance muss aus GRÜNER Sicht genutzt werden, um die regionale Vernetzung der Kultur- und Kunstschaffenden zu verstärken. Die Kulturhauptstadt bietet auch die Chance, die Bereiche Kultur und Tourismus stärker zu vernetzen.

Viele der Projekte der Kulturhauptstadt werden über das Jahr 2010 hinaus wirken und erhaltenwert sein. Um die positiven Effekte der Kulturhauptstadt auch anschließend weiter zu nutzen, schlagen wir vor, in einem Projekt „Dortmund 2015“ eine kommunal begrenzte Fortführung der Kulturhauptstadt zu organisieren sowie zur Stärkung des Ruhrgebiets an einer regionalen Kulturplanung mitzuarbeiten.



Museen vernetzen – Museums- und Ausstellungsmeile „Wallring“

Museen sind das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft und einer Stadt. Als kulturelle Lernorte sind sie unverzichtbar. Mit der Eröffnung des U-Turms im Jahr 2010 wird die Dortmunder Museums- und Kulturlandschaft einen wichtigen neuen Kristallisationspunkt erhalten. Wir wollen den U-Turm in ein Konzept einer Museums- und Ausstellungsmeile „Wallring Dortmund“ einbetten. Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen und ihrer Angebote sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein. Lebenslanges Lernen beinhaltet auch und gerade kulturelles Lernen. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit von Museen und Schulen, aber auch Bildungseinrichtungen für Erwachsene zu intensivieren.

Das Kindermuseum Mondo Mio bietet die Möglichkeit einer interkulturellen Entdeckungsreise und liefert damit bereits für Kinder einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis unterschiedlicher Kulturen. Wir wollen die Arbeit des Mondo Mio auch in den nächsten Jahren sichern.

Um eine uneingeschränkte Nutzung der Dortmunder Kultureinrichtungen auch für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, halten wir ein umfassendes Konzept zur Barrierefreiheit für erforderlich (siehe auch Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – Menschen mit Behinderung, S. 15).

Nach dem Umzug der Bestände des Museums am Ostwall in den U-Turm wird das bisherige Museumsgebäude frei. Die jüdische Gemeinde hat bereits eine Anfrage gestellt, um das ehemalige Gebäude zukünftig als Synagoge nutzen zu können. Wir GRÜNE begrüßen diesen Plan.

Kinder- und Jugendtheater

Das Kinder- und Jugendtheater, das sich einer regen Nachfrage erfreut, ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein fester und unverzichtbarer Bestandteil der Dortmunder Theaterbetriebe. Wir fordern seit Jahren, das KJT in die Mitte der Stadt zu holen und an den Standort des Theaters anzubinden. Hier besteht die Chance, ein Jugendkulturzentrum zu errichten und dabei die Möglichkeiten des Theaters zu nutzen. Wir treten dafür ein, den Umzug des KJT bis 2014 zu realisieren.

Migrationskultur – Projekte aus unterschiedlichen Herkunftsländern

In Dortmund leben etwa 130.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Die Kulturen ihrer Herkunftsländer sind ein wichtiger Bestandteil ihrer persönlichen Identität. Sie tragen darüber hinaus zur kulturellen Vielfalt und Weltoffenheit unserer Stadt bei. Projekte der Migrationskultur sind deshalb gezielt zu unterstützen und zu fördern (siehe auch Integration statt Ausgrenzung, S. 95).

Bei der Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen ist stärker darauf zu achten, dass die Einrichtungen vermehrt für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet und sie damit als BesucherInnen gewonnen werden. Das kann z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige Lesungen usw. geschehen.

Erinnerungskultur

In Dortmund gibt es eine lebendige und vielfältige Erinnerungskultur. Vorbildliche Beispiele hierfür sind die Stolpersteine, der Zug der Erinnerung und insbesondere die Arbeit der Gedenkstätte Steinwache. Diese Projekte sind umso wichtiger, als die Zeitzeugen des Nationalsozialismus immer weniger werden. Damit gewinnen die authentischen Orte der NS-Verbrechen an Bedeutung. Die Steinwache als ehemaliges Gefängnis der Gestapo ist der einzige authentische Ort in Dortmund, der noch heute die Naziverbrechen nachvollziehbar macht. Die Steinwache muss deshalb finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie zukünftig neue Wege in der Bildungsarbeit gehen und insbesondere Schulunterrichtskonzepte begleiten und ergänzen kann. Wir GRÜNE treten dafür ein, weitere Projekte der Erinnerungskultur zu fördern.

Stadtteilbibliotheken

Stadtteilbibliotheken sind zu stärken, damit die dezentrale Struktur dieser öffentlichen Einrichtungen langfristig erhalten bleibt. Gerade für die zunehmende Anzahl älterer Menschen sowie für Kinder und Jugendliche sind gut erreichbare Stadtteilbibliotheken, über die auch auf das Angebot der Zentralbibliothek kostenlos zugegriffen werden kann unverzichtbar. Die probeweise Ausweitung der Öffnungszeiten an Samstagvormittagen hat sich in bereits zwei Stadtteilbibliotheken bewährt. Wir wollen dies schrittweise in allen Stadtteilbibliotheken einführen.

Kulturwirtschaft und Popakademie

Die Diskussionen um die Kreativwirtschaft und die Music-Mall haben gezeigt, welches personelle und finanzielle Potenzial Dortmund hier zu bieten hat. Dieses Potenzial wollen wir GRÜNE weiter fördern und insbesondere die Selbstständigen und die kleinen Unternehmen der Kreativwirtschaft unterstützen. Dazu ist ein gemeinsames Vorgehen von Kulturverwaltung und Wirtschaftsförderung notwendig. Wir GRÜNE fordern deshalb ein städtisches Konzept zur Kreativwirtschaft, das u. a. die Einrichtung von speziellen Beratungsgremien und Informationsplattformen sowie die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten vorsieht.

Eine Studie der GRÜNEN Fraktion im Regionalverband Ruhr hat die Möglichkeiten einer Popakademie im Ruhrgebiet aufgezeigt. Die Einrichtung einer POPschool Dortmund für die musikalische Ausbildung im Fritz-Henßler-Haus ist hier ein erster Schritt, den es auszubauen gilt. Wir GRÜNE treten dafür ein, die Möglichkeiten einer Popakademie in Dortmund offensiv zu prüfen und Dortmund zum Knotenpunkt einer ruhrgebiets- und landesweiten Vernetzung von Rock- und Popmusik zu machen.

5 SPORTPOLITIK

Was haben wir erreicht?

- Das Freibad Froschloch bleibt erhalten und wird zu einem Naturbad umgebaut.
- Bis 2011 soll in jedem Stadtbezirk ein städtischer Sportplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt sein.
- Durch das Programm zur „Nutzungsorientierten Ertüchtigung von Sporthallen“ werden bis 2012 insgesamt 18 Sporthallen auf den neuesten Stand gebracht.
- Mit der Umsetzung des Bäderkonzepts werden auch zukünftig das Angebot und der Betrieb der Hallenbäder gesichert.
- Das Goethe-Gymnasium wurde vom Land NRW zur Sportschule ernannt.

Das Sportgeschehen in Dortmund wird nicht allein durch den BVB bestimmt. Zwar spielen die meisten VereinssportlerInnen Fußball, aber

Laufen, Wandern, Fahrradfahren und Schwimmen haben eine ebenso große Bedeutung. Wenn die wachsende Zahl der nichtorganisierten FreizeitsportlerInnen berücksichtigt wird, kommt diesen Sportarten sogar eine weitaus größere Bedeutung zu. Für uns GRÜNE gehören Sport und Bewegung zur Lebensqualität. Deshalb wollen wir für gute Rahmenbedingungen sorgen. Bewegungs-, Spiel und Sportförderung ist für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe.



Breitensport fördern

Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten FreizeitsportlerInnen verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein unverzichtbarer Bestandteil der Sportstättenentwicklung und der generellen Stadtentwicklung werden.

Wir treten deshalb dafür ein, mehr gewidmete Freiflächen für Sport, Spiel und Freizeit zur Verfügung zu stellen. Kinder und Jugendliche haben in ihrem direkten Wohnumfeld immer weniger Platz, wo sie in ihrer Freizeit ungestört und spontan Sport treiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Stadtbezirk mindestens einen Sport- oder Bolzplatz für den unorganisierten Freizeitsport gibt (siehe auch Spiel- und Bolzplätze erhalten – generationenübergreifende Spielplätze entwickeln, S. 24).

Immer mehr DortmunderInnen laufen in ihrer Freizeit. Um ihre Bedingungen zu verbessern, wollen wir geeignete Laufstrecken mit einer Kilometrierung ausweisen.

Vereine stärken

Sport macht stark. Die Dortmunder Sportvereine sind das Rückgrat unserer attraktiven Sportlandschaft und erfüllen darüber hinaus eine wichtige soziale und kulturelle Rolle. Gerade in Zeiten eines beschleunigten

sozialen Wandels übernimmt der Vereinssport eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion. Wir wollen die Sportvereine mit unserer Sportpolitik deshalb stärken. Dabei soll die Kinder- und Jugendförderung intensiviert werden. Gleichzeitig wollen wir Randsportarten und kleineren Vereine so weit als möglich bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zur Seite stehen. Wir werden uns für Maßnahmen einsetzen, die das ehrenamtliche Engagement und den gesellschaftlichen Beitrag der Vereine unterstützen.



Integration durch Sport – Förderung von Stützpunktvereinen

Der Zugang zum Sport ist insbesondere für viele Menschen mit Migrationshintergrund und hier vor allem für Kinder und Jugendliche keine Selbstverständlichkeit. Bewegungsarmut und Übergewicht treten bei ihnen häufiger auf. Mehrere Dortmunder Sportvereine beteiligen sich bereits am Bundesprogramm „Integration durch Sport“. Wir setzen uns dafür ein, dass zusätzliche Vereine als Stützpunktvereine gefördert werden, die bereit und in der Lage sind, kontinuierlich an der Integration zu arbeiten.

Sport braucht Räume

Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen. Eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Sportpolitik ist es, den dringenden Sanierungsbedarf von Sporthallen und Sportplätzen zu meistern. Mit den Beschlüssen zur Umwandlung von Tennenplätzen in Kunstrasenplätze sowie zur Sanierung unserer Sporthallen haben wir hier erste Schritte eingeleitet, die es zu beschleunigen gilt.

Hallen und Plätze müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten zur Verfügung stehen. Hier halten wir es für notwendig, ein Konzept zu entwickeln, das eine weitestgehende Zugänglichkeit unserer Sportanlagen für jedermann sichert.

Oberste Priorität hat für uns die Versorgung mit hochwertigen Sportanlagen für den Schul- und Vereinssport. Erst wenn das gewährleistet ist, sollte über den Bau einer neuen Vierfachballsporthalle nachgedacht werden.



Viele Schulsportanlagen sind in den Ferien nur eingeschränkt nutzbar, während für Jugendliche und Kinder in diesen Zeiten nur begrenzte Sportmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig sind immer mehr Familien aufgrund ihrer finanziellen Situation gezwungen, in den Ferien zu Hause zu bleiben. Deswegen sollten die Öffnungszeiten der Sportanlagen in den Schulferien wesentlich erweitert werden.

Durch die Einführung des offenen Ganztags an immer mehr Schulen gibt es zunehmend Kooperationen mit Sportvereinen. Wir möchten eine engere Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen in allen Stadtteilen erreichen. Jede Schule soll mindestens einen Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns für eine leistungsgerechte Vergütung von VereinsübungsleiterInnen ein.

Für Jugendliche sind Trendsportarten von besonderer Bedeutung. Um gerade diese Zielgruppe für die Ausübung von Sport zu gewinnen, müssen diese Trends schneller berücksichtigt und entsprechende Flächen kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Analog der BikeArena in Winterberg wollen wir prüfen, ob auch in Dortmund ein weiterer Mountain-Bike-Hang sowie Parcours für die Downhill-/Dirt-Bike-Szene hergerichtet werden können.





UMWELT, STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND VERKEHR

1 NATUR, GESUNDHEIT UND KLIMASCHUTZ

Was haben wir erreicht?

- Die Mittel für die Landschaftspflege wurden erhöht.
- Das Naturschutzhaus von AGARD im Westfalenpark bleibt erhalten.
- Dortmund hat einen Masterplan Luft beschlossen.
- Ein ca. 15 Millionen Euro umfassendes Programm zur Energieeinsparung sorgt für die Energiesanierung städtischer Bauten und sichert Arbeitsplätze.
- Wir haben einen Dachflächenpool eingerichtet, um die Nutzung von Dachflächen für Fotovoltaikanlagen zu ermöglichen.
- Auf unsere Initiative hin wurden Energiesparstandards und Energieversorgungskonzepte bei Neubaugebieten eingeführt.
- In einem 21 Punkte umfassenden Antrag haben wir Standards für Energieeinsparung, den Einsatz von Ökostrom und ein umfassendes Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungen durchgesetzt.

Naturschutz – ökologische Aufwertung statt Zersiedelung

Naturschutz in Dortmund bedeutet immer das Aushandeln von Kompromissen zwischen verschiedenen Nutzungsansprüchen. Häufig unterliegt dabei die Naturentwicklung gegenüber baulichen Interessen.

Der heutige Landschaftsraum ist durch eine starke Zersiedelung gekenn-

zeichnet. Da eine Vernetzung der Grünbereiche fehlt, hat diese Entwicklung ein Artensterben zur Folge. Zwar gibt es zur Landschaftsentwicklung mittlerweile eigenständige Landschaftspläne (Nord, Mitte und Süd) für das gesamte Stadtgebiet, die aber in der Vergangenheit aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen nur schleppend umgesetzt wurden. Für uns war daher wichtig, den ersten GRÜNEN Dezernenten mit dem Thema Umwelt zu betrauen, um hier eigenständige Akzente setzen zu können.

Dadurch haben wir sehr zügig erreicht, dass die jährlichen Mittel für die Landschaftspflege um 250.000 Euro erheblich aufgestockt wurden. Damit konnten endlich Flächen ökologisch aufgewertet werden. Kleinteilige Maßnahmen wie die Schaffung von Amphibienlaichgewässern, Querungshilfen, Totgehölzen, die Anpflanzung von Hecken, die Schaffung von Streuobstbaumwiesen haben zu Stabilisierung von Flora und Fauna beigetragen. Damit sind die Weichen für eine weitere Aufwertung der ökologisch wichtigen Landschaftsräume mit Feldhecken, Tümpeln, Brachen, Bächen und Gehölzen usw. gestellt. Dieser Ansatz muss fortgeführt werden.

Das städtische Umweltamt konnte in der Vergangenheit nicht alle aus ökologischer Sicht notwendigen Planungen mit eigenem Personal bewältigen. Aus diesem Grund haben wir dafür gesorgt, dass die Biologische Station Unna-Bergkamen vom Dortmunder Umweltamt mit der Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen (sog. Biotopmanagementplänen) für die Naturschutzgebiete (z. B. Hallerey und Kirchderner Wald) beauftragt wurde. Für diese Arbeit erhält die Biologische Station von der Stadt jährlich 50.000 Euro, womit auch die Existenz der Biostation gesichert werden konnte.

Der von der Emschergenossenschaft betriebene Emscherumbau mit der Wiederherstellung und der Renaturierung der Emscherzuflüsse zeigt erste positive Folgen. Insbesondere die im Dortmunder Nordwesten geplanten Rückhaltebecken mit den dort ausgewiesenen Rückzugszonen sowie die Reaktivierung der Industriebrachen Phoenix-Ost und -West mit der Wiederherstellung der Emscher in Hörde werden zur Artenvielfalt beitragen.

Eine wichtige Informationsarbeit zum praktischen Naturschutz wird vom gemeinnützigen Verein AGARD im Naturschutzhaus im Westfalenpark



geleistet. Dieses insbesondere von Schulen reichlich genutzte Angebot drohte mit Auslaufen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wegzubrechen. Durch einen auf grüne Initiative zustande gekommenen Haushaltszuschuss wurde das Naturschutzhaus vor dem Aus gerettet.



Die naturnahe Bewirtschaftung der städtischen Wälder, insbesondere der Naturschutzgebiete wie Grävlingholz, Süggel, Aplerbecker Wald, ist eine wichtige Naturschutzaufgabe. Zur Erhöhung der Artenvielfalt schlagen die GRÜNEN in den Dortmunder Waldnaturschutzgebieten die Entwicklung von ein bis zwei unbewirtschafteten Naturwaldzellen mit Größen von 100 x 100 Metern vor, die der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Welche Artenvielfalt in nicht bewirtschafteten Wäldern möglich ist, zeigen die Ruhrsteilhänge im NSG Hohensyburg eindrucksvoll.

Asphaltierte Wege in Naturschutzgebieten und Wäldern bilden eine erhebliche Barriere für bodenlebende Kleintiere. Wir wollen diese Asphaltflächen durch wassergebundene Wege ersetzen. Insbesondere in Kombination mit einem Förderprogramm der örtlichen ARGE können wirksame Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarkts geschaffen werden, die gleichzeitig zu einer Aufwertung der Dortmunder Naturschutzgebiete und Wälder führen.

Luftkurort Dortmund?

Der rußschwarze Kohlenpott gehört der Vergangenheit an. Das Ruhrgebiet hat vor allem aufgrund des Strukturwandels und moderner Filtertechnik augenscheinlich saubere Luft. Aber der Schein trügt. Neuere Untersuchungen unterscheiden zwischen verschiedenen Korngrößen der Feinstäube, wobei die ultrafeinen Partikel, deren Konzentration in der Umwelt relativ angestiegen ist, die gravierendsten gesundheitlichen Auswirkungen haben. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Feinstaub schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs verursacht.

Nach der Verschärfung der Grenzwerte durch die EU und der Anpassung des deutschen Rechts wurden in NRW Messungen vorgenommen, die deutlich machen, dass die Grenzwerte insbesondere an stark befahrenen Straßen häufig überschritten werden. In Dortmund wurde 2006 an der Brackeler Straße 83-mal die zulässige Feinstaubkonzentration überschritten.

Weil punktuelle Maßnahmen keine Entlastung bringen, haben wir GRÜNE uns sowohl in Dortmund als auch im gesamten Ruhrgebiet für eine regionale Umweltzone eingesetzt. Dieser Kampf ging im Gerangel zwischen dem CDU-Landesumweltminister und den Regierungspräsidenten verloren. Herausgekommen ist ein unübersichtlicher Flickenteppich kleiner und kleinster Umweltzonen, bei dem die reale Schadstoffsenkung kaum ins Gewicht fallen wird.

Wir GRÜNE verlangen:

- ▶ die Schließung der Lücken im System der Umweltzonen, sodass eine Umweltzone Ruhrgebiet entsteht
- ▶ die Prüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen auch im Hinblick auf Stickstoffdioxidemissionen
- ▶ die Durchführung von Luftmessungen mit mobilen Messgeräten an wechselnden Orten
- ▶ die Zusammenführung von Lärminderungs- und Luftverbesserungsmaßnahmen

Schlafen ohne Ohrstöpsel

In Dortmund sind gegenwärtig erschreckend viele Menschen mit Lärm konfrontiert. Ein großer Teil leidet unter Straßenverkehrslärm. Andere, wie beispielsweise BewohnerInnen in der Nähe von Rothe Erde an der Tremoniastraße, schrecken nachts aus dem Schlaf, weil der benachbarte Betrieb extremen Krach verursacht. BewohnerInnen in



den Stadtbezirken Aplerbeck, Hörde, Hombruch sind zunehmend vom Fluglärm betroffen (siehe auch Flughafen: Keinen Meter mehr – keine Minute länger, S. 90).

Lärmschutzpläne

Zu diesem Thema finden Sie Informationen im Internet unter: <http://www.umgebungslaerm.nrw.de>.

Die bislang vorliegenden Aktionspläne zur Minderung des Lärms orientieren sich jedoch an völlig unakzeptablen Werten. Das Landesumweltministerium geht davon aus, dass eine Lärmbelastung von 70 dB (A) während des gesamten Tags und 60 dB (A) in der Nacht eine Schwelle darstellt, nach der ein Aktionsplan aufzustellen ist. Diese Werte stehen jedoch im Gegensatz zur EU-Umgebungslärmrichtlinie, an der sich die Bundesregierung orientiert. Diese geht von 65 dB (A) tagsüber und 55 dB (A) nachts aus, wobei das Umweltbundesamt in einer zweiten Stufe Pegel von 60 dB (A) tags und 50 dB (A) nachts als Auslösewerte ansieht. Langfristig sollten diese Grenzwerte noch niedriger angesetzt werden, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Die halbherzige Herangehensweise der Landesregierung bewirkt u. a., dass in Dortmund bei Fluglärm und Gewerbelärm keine Maßnahmen zur Lärminderung durchgeführt werden müssen. Bedenklich ist, dass trotz der hohen Schwellenwerte im Straßenverkehr der höchste Handlungsbedarf ermittelt wurde. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um den Lärm wirksam zu reduzieren.

Wir GRÜNE fordern:

- ▶ Die Landesregierung muss die Grenzwerte reduzieren, damit frühzeitig gegen den Lärm eingeschritten werden kann.
- ▶ Die Landesregierung muss den Kommunen ausreichend Mittel zur Umsetzung von Lärminderungsplänen zur Verfügung stellen.
- ▶ Eine Prioritätenliste für die Lärminderung muss erstellt werden.
- ▶ Für die derzeit betroffenen Menschen müssen in einem überschaubaren Zeitraum wirksame Maßnahmen ergriffen werden.
- ▶ Die Betroffenen müssen an der Planung von lärm mindernden Maßnahmen beteiligt werden.
- ▶ Fortschritte bei der Lärminderung müssen kontrolliert werden.



Bestrahltes Dortmund

Funkmasten sind in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Gesundheitsrisiken der Mobilfunkstrahlung werden ebenso wie notwendige Grenzwerte immer noch äußerst kontrovers diskutiert. Ein 2008 abgeschlossenes Mobilfunkforschungsprogramm hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in der Auffassung



bestärkt, dass es nicht notwendig sei, die Grenzwerte zu senken. Dabei gibt es zahlreiche Studien, die zu anderen Ergebnissen kommen. So hat die Fachbehörde für Umweltfragen bei der Europäischen Union aus 200 wissenschaftlichen Studien den Schluss gezogen, dass Mobilfunk sehr wohl gefährlich ist. Skeptisch sollte stimmen, dass die Zahl der Hirntumorfälle in den USA und Europa in den letzten 20 Jahren um bis zu 40 Prozent angestiegen ist und ein Zusammenhang mit der Bestrahlung durch verschiedene elektromagnetische Felder nicht ausgeschlossen werden kann. Die umfassendste Analyse aller Forschungen kommt von der US-Umweltbehörde EPA, die davon ausgeht, dass elektromagnetische Felder Krebs auslösen können.

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass Grenzwerte Vorsorgewerte sein müssen. Die Wechselwirkungen mit anderen Belastungen ist bislang noch nicht in Langzeitstudien untersucht worden. Studien, die Ungefährlichkeit attestieren, sind in der Regel monokausal angelegt. In Wohnungen z. B. kommt aber nicht nur eine Strahlungsquelle vor. Hier sind alle Varianten von elektrischen, magnetischen, nieder- und hochfrequenten, gepulsten und un gepulsten Feldern vertreten. Schon aus diesem Grund sind die bisherigen Grenzwerte unverantwortlich hoch.

In Dortmund haben sechs Mobilfunkbetreiber Lizenzen für die sog. UMTS-Technologie ersteigert. Vier Netzbetreiber sind aktuell noch am Markt. Da die neue Technologie ein enges Netz von Funkstationen benötigt, sind in Dortmund derzeit 610 Mobilfunkbasisstationen auf 492 Standorten in Betrieb.

Da es vonseiten der Kommune keine rechtliche Handhabe gibt, Stationen zu verhindern oder niedrigere Grenzwerte als die in ganz Deutschland gültigen festzusetzen, wurde in Dortmund eine freiwillige Vereinbarung mit den Betreibern getroffen. Danach sollen in einem Abstand von 100 Metern Entfernung von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Krankenhäusern und Alteneinrichtungen „nach Möglichkeit“ keine Mobilfunkanlagen installiert werden. Leider gibt es immer wieder Ausnahmen. Für die besorgten AnliegerInnen wird die Argumentation dadurch kompliziert, dass die Strahlung so gerichtet sein kann, dass die größte Belastung gar nicht im 100-Meter-Radius stattfindet, sondern in einer viel größeren Entfernung.

Wir GRÜNE wollen:

- ▶ Im Zweifelsfall muss inner- und außerhalb der 100-Meter-Pufferzone gemessen werden, dabei sollen die recht niedrigen ECOLOG-Werte grundsätzlich als Orientierung dienen.
- ▶ Durch Ausnutzung der technischen Möglichkeiten sollten Immissionen soweit wie möglich minimiert werden.
- ▶ Im öffentlichen und nichtöffentlichen Raum wollen wir handyfreie Bereiche schaffen.
- ▶ Darüber hinaus sollte über die möglichen Schäden infolge Strahlenbelastung in städtischen Einrichtungen, in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen informiert werden. Eine entsprechende Warnung vor Risiken sollte durch das Gesundheitsamt erfolgen. Dazu gehört auch der Hinweis auf strahlungsarme Handys und den zurückhaltenen Umgang damit.
- ▶ Die bisherigen Angaben im Internetportal der Stadt Dortmund (Mobilfunkkataster und einzelne Messwerte) müssen zu einem fortlaufend aktualisierten Immissionskataster zusammengeführt werden. NutzerInnen müssen in die Lage versetzt werden, die Belastung in ihrem Wohnumfeld zu ermitteln.

Weitere Informationen

Im Internet finden Sie Weiteres zum Thema Mobilfunkstrahlung unter folgenden Adressen: ECOLOG-Institut Hannover: <http://www.ecolog-institut.de> sowie Baubiologie Maes: <http://www.maes.de/MOBILFUN.pdf>.

Das Dortmunder Mobilfunkkataster finden Sie unter der Rubrik Immissionsschutz bei: <http://umweltamt.dortmund.de>.



Dortmund im Klimabündnis

Das zentrale Thema Klimawandel wurde anlässlich von Kyrill 2007 und des schweren Unwetterereignisses im Juli 2008 hautnah spürbar. Auch in unserer klimatisch gemäßigten Region macht sich die Erderwärmung und eine damit verbundene Häufung von Wetterextremen allmählich bemerkbar. Die GRÜNEN in Dortmund behandeln das Thema seit Jahren mit höchster Priorität.

Am 9. Juli 1992 ist Dortmund dem Klimabündnis beigetreten, einem Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit den einheimischen Völkern der Regenwälder eingegangen sind. Das Klimabündnis versteht sich als Bindeglied zwischen politischen Handlungsfeldern auf lokaler und internationaler Ebene in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität und Wald. 1996 beschloss Dortmund, ein kommunales Klimaschutzkonzept zu entwickeln, und 1998 wurde ein Energieversorgungskonzept zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes verabschiedet.

In GRÜN-roter Verantwortung wurde schließlich der Beschluss zu einem Masterplan Luft gefasst, der u. a. den Klimaschutz zum Thema hat. In Koalitionsgesprächen mit der SPD haben GRÜNE ab 2004 umfassende Maßnahmen zur Schonung endlicher Ressourcen,



zur Förderung erneuerbarer Energie und zur Realisierung der von der Stadt Dortmund formulierten Klimaschutzziele vereinbart.

Bei den ersten gemeinsamen Haushaltsvereinbarungen hat der Rat mit GRÜN-roter Mehrheit ein Energiesanierungsprogramm für städtische Immobilien beschlossen, für das 5 Millionen Euro bereitgestellt und inzwischen komplett ausgegeben wurden. Im Haushalt 2006 wurden dafür weitere 10 Millionen Euro beschlossen. Gelder, die durch die Energiesanierung eingespart werden, fließen in einen Fonds, aus dem wiederum neue Maßnahmen finanziert werden. Dabei werden das jeweilige Energieeinsparvolumen, die Energiekostensparnis und der Umfang der

CO₂-Reduzierung für jede Maßnahme einzeln dargestellt (siehe auch Konjunkturprogramm für kleinere und mittlere Handwerksunternehmen, S. 76).

Um die Erzeugung regenerativer Energie zu fördern, haben wir GRÜNE u. a. einen Dachflächenpool durchgesetzt, bei dem städtische Dächer für Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen zur Verfügung gestellt werden. Hier können sowohl die Stadt als auch private Investoren und ein Bürgersolarfonds tätig werden. Auf Dortmunder Schulen befinden sich mittlerweile 70 Fotovoltaikanlagen.

Auch im Bereich der Bauleitplanung haben unsere Initiativen zu einem Umdenken in der Verwaltung geführt. Es wird mittlerweile aktiv für Eigenheime in Solarsiedlungen geworben, und jedes neue Baugebiet wird daraufhin überprüft, inwieweit der Einsatz von regenerativen Energien sinnvoll ist, um ein auf Nachhaltigkeit angelegtes Konzept zur CO₂-Minderung zu erstellen. Neben der Nutzung regenerativer Energien werden dabei die Gebäudedämmung und der Einsatz von Nahwärmenetzen, die aus Kraftwärmekopplungsanlagen gespeist werden, geprüft. Im sog. Wohnpark Stadtgärtnerei wurde erstmals in Grundstücksverträgen vereinbart, dass Einfamilienhäuser dem damals gültigen „KfW-Energiestandard 60“ entsprechen müssen, womit der Primärenergiebedarf 30 bis 50 Prozent unter den gesetzlichen Standard gesenkt wird.

In einem 2007 von GRÜN-rot beschlossenen 21-Punkte-Programm, das erstmals die städtischen Beteiligungen einbezieht, geht es u. a. um die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden, den Bezug von Ökostrom für die Stadtverwaltung, Energiestandards bei Neubauten, Mobilitätsmanagement und notwendige Umweltaktivitäten der Beteiligungsunternehmen.

Weitere Informationen

Den 21 Punkte umfassenden GRÜN-roten Antrag zum Klimaschutz finden Sie im Internet unter: <http://www.gruene-do.de/uploads/media/Klimaantrag.pdf>.

Mit unseren Aufträgen an die Planungs-, Umwelt- und Immobilienverwaltung haben wir GRÜNE umfangreiche Aktivitäten in Gang gesetzt, die zuvor nicht denkbar gewesen wären. Dennoch haben wir unsere Ziele noch längst nicht erreicht.

Klimaschutz ist machbar – kommunales Handlungsprogramm

Bis zum Jahr 2020 sollen die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent reduziert werden. Für Dortmund bedeutet das, weitere 14,6 Prozent einzusparen. Die jährlich notwendige Einsparung könnte auf sehr unterschiedliche Weise erreicht werden:

- ▶ 300.000 Dortmunder Haushalte sparen jeweils 300 Kilowattstunden Strom ein; dies entspricht etwa 10 Prozent des Durchschnittsverbrauchs eines Zweipersonenhaushalts;
oder:
- ▶ Die Industrie spart 10 Prozent Strom ein;
oder:
- ▶ Der Anteil lokal erzeugter regenerativer Energie wird verdoppelt;
oder:
- ▶ Es werden 6000 Hektar Wald aufgeforstet.

Wir GRÜNE wollen durch eine Kombination dieser und aller sonstigen nur denkbaren Maßnahmen von der Kraftwerksumstellung bis zur Komplettumstellung auf Ökostrom eine umfassende Verringerung der CO₂-Emissionen erreichen. GRÜNE werden deshalb den begonnenen Weg zur Energiesparstadt Dortmund weitergehen. Das

macht es erforderlich, auch weiterhin kommunale Mittel für die energetische Sanierung von Gebäuden bereitzustellen und das energiesparende Bauen weiterhin zu fördern (siehe auch Bauland satt, S. 65).



Darüber hinaus fordern wir GRÜNE:

- ▶ Energetische Wettbewerbskriterien sind bei allen Projekten in der Stadtentwicklung zu berücksichtigen.
- ▶ Bei der Sanierung kommunaler Gebäude sollte stets mindestens der energetische Neubaustandard erreicht werden. Nach der Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Jahr 2009 sollte ein

Standard erreicht werden, der 30 Prozent unter der EnEV liegt. Für die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II sollte eine Optimierung hinsichtlich der Energieeinsparung erfolgen, um durch die Einsparungen ein Maximum an künftigen Handlungsmöglichkeiten zu erlangen.

- ▶ Bei Wohngebäuden sollte exemplarisch ein Passivhausstandard umgesetzt werden. Für Nichtwohngebäude sollten exemplarisch Standards angestrebt werden, die die jeweils gültige EnEV um mindestens 50 Prozent unterschreiten. Für diese Projekte können gezielt Bundesfördermittel genutzt werden.
- ▶ Energieplushäuser sollen als Modellprojekt in Dortmund gebaut werden.
- ▶ Die Eigenstromversorgung sollte auf Strom aus regenerativen Quellen umgestellt werden, durch deren Bezug der Ausbau der Nutzung regenerativer Energie gefördert wird.
- ▶ Die Immobilienverwaltung muss das energie- und ressourcenschonende Management verbessern. Das bedeutet eine verstärkte Einbindung der energetischen Zielsetzung in die internen Prozesse und Strukturen der Stadt. Neben organisatorischen Umstrukturierungen sind Qualifizierungen der kommunalen MitarbeiterInnen nötig.
- ▶ Der Anteil der Kraftwärmekopplung an der Wärmeversorgung muss gesteigert werden.
- ▶ Umweltfreundliche Mobilität muss wegen der großen Potenziale für den Klimaschutz gefördert werden (siehe auch Mobil mit Bus und Bahn, S. 68).
- ▶ Klimaschutz macht nicht an der Stadtgrenze halt, deshalb müssen Kooperationen mit regionalen (Beispiel Umweltzone), überregionalen und internationalen Partnern verstärkt werden.
- ▶ Die Verwaltung wird aufgefordert, innovative Lösungen zu entwickeln, um den Wärmeanteil an den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II zu reduzieren. Das Vorhaben „aufsuchende Energieberatung für einkommensschwache Haushalte“ muss konsequent weiter umgesetzt werden.
- ▶ Wir wollen ein kommunales Förderprogramm zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands, das mindestens eine gezielte Beratung vorsieht.
- ▶ Zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes soll die Stadt Dortmund bei allen Neubaugebieten ein Konzept entwickeln, das den InvestorInnen und BauherrInnen eine ökologische und kostengünstige Lösung der Nutzung erneuerbarer Energie ermöglicht.

Energiestandards für Wohngebäude

Der Energiestandard eines Gebäudes legt fest, wie hoch der Energiebedarf des bewerteten Hauses pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr sein darf. Ein bestimmter Energiestandard wird durch bauliche Maßnahmen und Haustechnik erreicht.

KfW-Effizienzhaus 70 (EnEV 2007): Der Jahresprimärenergiebedarf und der Transmissionswärmeverlust dürfen bei maximal 70 Prozent der nach EnEV 2007 zulässigen Werte liegen. Der Jahresprimärenergiebedarf darf maximal 60 kWh pro m² Gebäudenutzfläche betragen.

KfW-Effizienzhaus 55 (EnEV 2007): Der Jahresprimärenergiebedarf und der Transmissionswärmeverlust dürfen bei maximal 55 Prozent der nach EnEV 2007 zulässigen Werte liegen. Der Jahresprimärenergiebedarf darf maximal 40 kWh pro m² Gebäudenutzfläche betragen. Der Standard ist nach der KfW-Förderbank benannt.

Passivhaus: Der Standard Passivhaus legt einen Heizwärmebedarf von maximal 15 kWh/(m²a), Primärenergiebedarf, einschließlich des Haushaltsstroms, von unter 120 kWh/(m²a) fest. Der Flächenbezugswert ist die beheizte Wohnfläche.

Nullenergiehaus: Der Nullenergiehaus-Standard kommt im Jahresmittel ohne Netto-Energiebezug von außen aus.

Plusenergiehaus: Beim Plusenergiehaus-Standard erfolgt im Jahresmittel eine Netto-Energielieferung nach außen.

Sündenfall GEKKO

Bündnis 90/DIE GRÜNEN konnten ein klimapolitisches Desaster der letzten Wahlperiode nicht verhindern. In geheimer Abstimmung wurde gegen die Stimmen der GRÜNEN die Beteiligung der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung (DEW21) am Bau des Gemeinschaftskraftwerks Steinkohle (GEKKO) in Hamm beschlossen. Dabei gibt es zahlreiche Gründe, die gegen den Bau solche Kohlekraftwerke sprechen:

- ▶ Für NRW sind allein acht neue Kohlekraftwerke geplant, die mit knapp 60 Millionen Tonnen jährlich mehr CO₂ ausstoßen als die gesamte Schweiz.
- ▶ Der jährliche Kohlendioxidausstoß beträgt bei dem Kraftwerk in Hamm 8,9 Millionen Tonnen. Der Investitionsanteil von DEW liegt bei über 100 Millionen Euro.

- ▶ Die Abscheidung und Speicherung von CO₂, die zur Rechtfertigung des Baus von Kohlekraftwerken angeführt werden, sind technologisch in einem frühen Entwicklungsstadium. Die Lagerung von CO₂ müsste über einen Zeitraum von 10.000 Jahren sichergestellt werden. Bereits jetzt gibt es Meldungen über Gesteinsauflösungen durch Kohlensäure in Gaslagern.

Weitere Informationen

Eine Karte mit den Standorten von Kraftwerken mit einem hohen CO₂-Ausstoß und weitere Informationen finden Sie im Internet unter: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/

2 STADTENTWICKLUNG

Was haben wir erreicht?

- Unter der Überschrift „Soziale Stadt“ werden umfassende Maßnahmen einer sozialverantwortlichen Stadtentwicklung umgesetzt.
- Wir haben uns für den Erhalt des U-Turms als Wahrzeichen der Stadt, kulturelle Attraktion und Impulsgeber für das Viertel Rheinische Straße eingesetzt.
- Für Hohenbuschei und Phoenix-Ost haben wir hohe Energiestandards bei der Bebauung durchgesetzt.
- Wir konnten die Flächen Groppenbruch und einen Großteil des Budenackers als Freiflächen erhalten.

Demografischer Wandel – älter, bunter und weniger

Der Wandel in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung hinterlässt auch in Dortmund Spuren. Bis zum Jahr 2020 wird die Einwohnerzahl um etwa 2 Prozent sinken. Das ist ein geringerer Verlust als in anderen vergleichbaren Städten des Ruhrgebiets. Dennoch wird sich die erhebliche Zunahme der Zahl älterer Menschen in Dortmund auf das Leben in der Stadt auswirken. So wächst die Anzahl der Hochbetagten, die älter als 80 Jahre alt sind, um 75 Prozent. Gleichzeitig wird die Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre um ca. 12 Prozent zurückgehen. Bei denjenigen, die im Berufsleben stehen, verändern sich die Zahlen ebenfalls dramatisch. Die Menschen zwischen 20 und 30

nehmen um knapp 10 Prozent, die zwischen 30 und 50 um fast 20 Prozent ab. Im Gegenzug wächst die Gruppe der Berufstätigen zwischen 50 und 65 um fast 20 Prozent.



Ein weiteres Merkmal der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur ist die wachsende Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund.

Sie haben eine höhere Geburtenrate als die Gesamtbevölkerung und sind jünger als der Dortmunder Durchschnitt. Abgesehen von der gebotenen Chancengleichheit für die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen ist es auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll und notwendig, dafür zu sorgen, dass Kinder mit Migrationshintergrund gute Schul- und Ausbildungsabschlüsse erhalten (siehe auch Kinder und Familien mit Migrationshintergrund fördern, S. 34).

Der Trend zu einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft ist jedoch auch durch Migration langfristig nicht aufzuhalten. Trotz der absehbaren Konsequenzen, die eine solche Entwicklung für das Stadtgefüge haben wird, ignoriert die Verwaltung diese Entwicklung bisher weitgehend, um das mit Schrumpfungsprozessen verbundene Negativeimage zu vermeiden. Stattdessen werden z. B. weiter in großem Maßstab Siedlungsflächen ausgewiesen und in Anspruch genommen, die in keinem Verhältnis zu den Trends bei der Bevölkerungsentwicklung stehen (siehe auch Trends auf dem Wohnungsmarkt, S. 63).

Dabei erfordern die demografischen Veränderungen dringend Weichenstellungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Infrastruktur- und Regionalentwicklung. Dazu gehört vor allem eine Anpassung der Siedlungsentwicklung sowie der technischen und sozialen Infrastruktur. Im Ruhrgebiet werden die Probleme durch den Strukturwandel verstärkt. Einerseits ist ein hoher Aufwand für die Weiterführung des Strukturwandels notwendig, andererseits muss die öffentliche Daseinvorsorge auf einem hohen Niveau stabilisiert werden. Um dieser doppelten Anforderung gerecht zu werden, muss die Zusammenarbeit der Städte verstärkt werden, um eine unnötige und teure Konkurrenz zu vermeiden.

Für das Leben in einer Stadt mit immer mehr älteren Menschen muss es nicht nur darum gehen, ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Auch der öffentliche Raum muss an die Bedürfnisse einer geänderten Bevölkerungsstruktur angepasst werden. Aber auch die Sicherung der fußläufigen Nahversorgung



sowie von dezentralen Hol- und Bringdiensten für die Besorgungen des täglichen Lebens sind notwendig (siehe auch Niemand wird jünger – Lebensraum für und mit älteren Menschen gestalten, S. 17).

Eine solche Anpassung an eine geänderte Bevölkerungssituation begreifen wir GRÜNE als eine Chance, denn die dadurch notwendigen Veränderungen bedeuten eine Steigerung der Qualität des städtischen Lebens und kommen allen Teilen der Bevölkerung unabhängig vom Alter zugute.

Nachhaltig statt kurzlebig

Voraussetzungen für die positive Entwicklung von Stadtquartieren und Stadtteilen sind existenzsichernde Beschäftigung, Chancengleichheit in der Bildung und eine vorausschauende sozialverantwortliche Stadtentwicklung. Dieser Prozess muss aktiv durch Maßnahmen wie Sprachförderung, Kinderbetreuung und Quartiersmanagement begleitet werden. Der von GRÜNEN angestoßene „Aktionsplan Soziale Stadt“ muss konsequent umgesetzt und ausgeweitet werden (siehe auch Armut bekämpfen und nicht die Armen, S. 12).

Wir werden dafür sorgen, dass eine stadtweite Anpassung an veränderte Bedürfnisse erfolgt und negative Trends frühzeitig gestoppt werden. Das macht eine kontinuierliche und transparente Aufarbeitung vorhandener Daten nötig. In diesem Zusammenhang fordern wir die Verabschiedung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die hilfreich für das Controlling von ökologischen und sozialen Standards sind.

Nachhaltigkeitsindikatoren

Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren gelten als sinnvolle Planungshilfe, um:

- knappe Ressourcen, wie z. B. die Fläche, intelligent zu nutzen
- soziale Schieflagen auszugleichen
- die Kommunalentwicklung zukunftsweisend zu steuern

Inzwischen gibt es eine Anzahl abgestimmter und von übergeordneten Institutionen empfohlener Indikatoren, die in Dortmund bereits mit Daten unterfüttert, aber noch nicht vom Rat verabschiedet worden sind. Der bisherige Oberbürgermeister hat die Beschlussfassung bisher verhindert.

Wir GRÜNE wollen, dass der neue Rat ein umfassendes Indikatorenset zu den Bereichen Wirtschaft (z. B. betrieblicher Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, Ausbildung), Umwelt (z. B. Ressourcen, Ökosysteme), Partizipation (z. B. Bürgerzufriedenheit und Wahlbeteiligung) und Soziales (z. B. Einkommen, Wohnraumversorgung, Bildung, Gesundheit) verabschiedet und kontinuierlich weiterentwickelt.

Ein Vergleich mit den tatsächlichen Entwicklungen in Dortmund und den Bemühungen um Nachhaltigkeit in anderen Städten ermöglicht eine sinnvolle Kontrolle der Planung und ihrer Ziele.

GRÜNE Stadtentwicklung richtet ihr Augenmerk vor allem auf die Aufwertung des direkten Wohnumfelds der DortmunderInnen, auf eine Verbesserung der Nahversorgung, auf sichere Wege, auf eine gesunde und grüne Umwelt. Doch auch Großprojekte sind aus GRÜNER Sicht wichtige Aufgaben der Stadtentwicklung.

Deshalb finden wir, dass es sich gelohnt hat, für den Erhalt des U-Turms als Dortmunder Wahrzeichen und Identifikationsobjekt zu streiten. Hier wird zusammen mit dem neuen Freizeitzentrum West, einem Berufskolleg und anderen kulturellen Einrichtungen und kreativen Unternehmen ein interessanter Ort entstehen, der das gesamte Viertel an der Rheinischen Straße aufwertet. Das Land trägt im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 den Löwenanteil bei der Finanzierung. Die Stadt wird Einrichtungen wie das Museum am Ostwall in den U-Turm verlagern, sodass die finanziellen Belastungen der Stadt reduziert werden. Das gesamte Gelände wird die Innenstadt und die westlichen Stadtbezirke wesentlich bereichern.

Neben dem U-Turm hat Dortmund aktuell noch weitere Großprojekte

zu stemmen, bei denen es um eine Neunutzung von Flächen im großen Maßstab geht. Sowohl der Phoenix-See als auch Hohenbuschei sind Flächen, die von Entwicklungsgesellschaften der Dortmunder Stadtwerke für den Wohnungsbau aufbereitet werden. Wir GRÜNE konnten für beide Gebiete ein ambitioniertes Energiekonzept durchsetzen. Mit der Westfalenhütte und Phoenix-West stehen außerdem große Areale für eine gewerbliche Nutzung bereit (siehe auch Klimaschutz ist machbar – kommunales Handlungsprogramm, S. 52).



Mehr Leben in die Innenstadt

Für die Zukunft ist es notwendig, die Innenstadt lebendig zu erhalten und zu gestalten. Das bedeutet eine Stärkung des Wohnens innerhalb der City. Aber auch die Einzelhandelsentwicklung werden wir weiterhin kritisch begleiten müssen, damit es nicht z. B. an den Enden des des Osten- und Westenhellwegs zu größeren Leerständen kommt.

Mit Genugtuung haben wir deshalb zur Kenntnis genommen, dass das Bahnhofseinkaufszentrum 3do endlich vom Tisch ist. Jetzt muss es darum gehen, den vorhandenen Bahnhof barrierefrei, kundInnenfreundlich und attraktiv umzubauen. Auch die Bahnhofsvorplätze im Süden wie im Norden müssen endlich ansprechend gestaltet werden. Und natürlich bleiben unsere alten Forderungen nach der Durchlässigkeit des Bahnhofs für den Fahrradverkehr (Fahrradtunnel) sowie nach einer ausreichend dimensionierten Fahrradstation bestehen (siehe auch Mobilität sicherstellen – Umweltbelastungen reduzieren, S. 67).

Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass ein Mega-Einkaufszentrum auf dem ehemaligen Gelände der Thierbrauerei entstehen wird. Angeblich ist dieses Shoppingcenter der Entwicklung der Dortmunder Innenstadt nicht abträglich – das sehen wir GRÜNE allerdings sehr skeptisch. Außerdem meinen wir, dass solche Einkaufszentren zum Gesichtsverlust der Städte beitragen.

Weitere Informationen

Den umfangreichen GRÜN-roten Antrag zum ECE-Einkaufszentrum auf dem Thiergelände finden Sie im Internet unter: <http://www.gruene-do.de/uploads/media/ECE.pdf>.

Der neue Boulevard Kampstraße und die Umbaumaßnahmen im Bereich der Hansastraße werden dagegen die Innenstadt attraktiver machen. Kaufen, Flanieren, Gastronomie und Kultur rücken näher zusammen.

Der Charakter öffentlicher Plätze darf nicht durch kommerzielle Werbung bestimmt werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, dass Riesenplakate an stadtprägenden Dortmunder Orten nur noch für begrenzte Zeit aufgehängt werden dürfen. Für Werbebanner am Florian gilt dasselbe. Wahrzeichen dürfen keine Warenzeichen werden.

Stadtteile stärken

Neben der City müssen die Stadtteile die Chance erhalten, sich weiter zu entwickeln und notwendige dezentrale Versorgungsstrukturen zu sichern. In diesen Nebenzentren findet das alltägliche Leben der DortmunderInnen statt. Vor allem angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung gewinnen die Vororte an Bedeutung. Wohnortnahe Versorgung mit Geschäften, kulturellen Angeboten und sozialen Einrichtungen sowie gute Nahverkehrsverbindungen zur Innenstadt und zwischen den Stadtteilen sind für die Lebensqualität von wesentlicher Bedeutung, insbesondere für Eltern und Kinder, für Jugendliche und alte Menschen.

Zur Stärkung der Nebenzentren und Vororte gehören auch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung und Stadtgestaltung, wie sie auch in der Innenstadt durchgeführt werden. Auch hier gilt es, eine gesunde Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Sport und Erholung zu erzielen.

Wirtschaftsflächen ökologisch verträglich entwickeln

Die Zukunft der Gewerbe- und Wirtschaftsflächenentwicklung liegt für uns nicht in einer aggressiven, Freiflächen verbrauchenden Ansiedlungspolitik. Potenziell kann in Dortmund der Wirtschaftsflächenbedarf weitgehend auf den Brachflächen des Stadt- und Regionalgebiets befriedigt werden. Im regionalen Konsens mit Nachbarkommunen, bei Beachtung aller schützenswerten Freiräume sowie der Nutzung aller zur Verfügung

stehenden ehemaliger Industriegelände werden wir den wirtschafts- und umweltverträglichen Auf- und Ausbau sowie den Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen fördern (siehe auch Regionale Potenziale nutzen, S. 75).



Kommunal gleich regional

Im Oktober 2004 ist mit der Gründung des Regionalverbands Ruhr (RVR) ein wichtiger Schritt für das Zusammenwachsen des Ruhrgebiets erfolgt. Ein vielfältiges und selbstbewusstes Ruhrgebiet wird den BürgerInnen der Stadt Dortmund einen attraktiven Lebens-, Freizeit- und Arbeitsraum bieten. Die Aktivitäten im Rahmen des Kulturhauptstadtjahrs 2010 werden dem Ruhrgebiet, das als touristisches Ziel von Jahr zu Jahr interessanter wird, einen weiteren Schub für die Entwicklung einer regionalen Identität geben.

Wir GRÜNE wollen das Ruhrgebiet zu einer zukunftsfähigen Region weiterentwickeln. Dazu gehören die Kooperation der Kommunen und regionales Handeln, das sich nicht in Absichtserklärungen erschöpft. Eine städteübergreifende Flächennutzungsplanung ist ebenso überfällig wie eine intensivere Zusammenarbeit durch die Zusammenlegung von Ämtern und Behörden. Dieser Prozess verläuft nach wie vor schleppend. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern den Konsens suchen, um ihre Stärken gemeinsam zu nutzen.

3 WOHNEN

Was haben wir erreicht?

- Die Beratung für MieterInnen, die von Wohnungsverkäufen betroffen sind, wurde verbessert.
- Dortmund wurde zur Modellstadt für nachbarschaftliche Wohnformen.
- Auf GRÜNE Initiative wurde im Wohnungsamt eine zentrale Stelle zur Unterstützung von Menschen eingerichtet, die alternative Wohnformen suchen.
- Wir haben uns für eine Begrenzung der Ausweisung von neuem Bauland eingesetzt und erreicht, dass z. B. Wickede-West nachrangig entwickelt wird.

Das Thema Wohnen ist aktueller denn je. Die sog. Heuschrecken kaufen ganze Wohnungsbestände auf, verkaufen, zerstückeln und privatisieren sie, bis die Siedlungen heruntergewirtschaftet sind. Auf Landesebene haben sich GRÜNE durchgängig mit der Thematik befasst, um – wenn auch vergeblich – Verkäufe wie die der LEG-Wohnungen durch die Landesregierung zu verhindern und zumindest die Folgen der Verkäufe aufzufangen.

In Dortmund haben wir erreicht, dass das Wohnungsamt neben seiner hervorragenden Wohnungsmarktbeobachtung auch beratend tätig ist, um in Zusammenarbeit mit MieterInnenvertretungen, öffentlichen und privaten Wohnungseigentümern negative Folgen für die MieterInnen zu mildern.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung der mittlerweile hoch begehrten nachbarschaftlichen Wohnformen. In diesem Bereich hat sich Dortmund inzwischen zur Modellstadt entwickelt. So können InteressentInnen Optionen für geeignete Grundstücke erwerben. Außerdem wurde auf Initiative der GRÜNEN beim Wohnungsamt eine zentrale Stelle eingerichtet, die jungen, aber besonders auch älteren Menschen dabei hilft, nachbarschaftliche Wohnformen zu entwickeln und als Gruppe Kontakt zu Wohnungsunternehmen aufzunehmen.

Trends auf dem Wohnungsmarkt

„Wir werden weniger, bunter und älter“ – die einfache und treffende Aussage zur Bevölkerungsentwicklung gilt auch für Dortmund und wirkt sich deutlich auf dem Wohnungsmarkt aus. Die Ausrichtung auf das „Wohnen in den besten Jahren“ wird für den Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren zum Gütesiegel werden – die DoGeWo macht es erfolgreich vor, andere werden sich daran messen lassen müssen. Gepaart mit energetischer Optimierung ist dieser Ansatz ein Zukunftsmodell für den Bestand. Barrierefreies Wohnen ist für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kindern gleichermaßen von Vorteil (siehe auch Demografischer Wandel – älter, bunter und weniger, S. 55).



Genauso wird es immer stärker die Aufgabe der Wohnungsunternehmen sein, an problematischen Standorten gemeinsam zu handeln und z. B. Verantwortung für Quartiersmanagement zu übernehmen. Auch hier spielt die Stadttochter DOGEWO bereits eine wichtige Rolle und wird dabei von den GRÜNEN unterstützt (siehe auch DOGEWO – mehr Wohnungsbestände in kommunale Trägerschaft, S. 85).

Wohnen befindet sich in einem steten Wandel. Immer mehr Menschen, deren Kinder flügge geworden sind, zieht es zurück in die Stadtmitte, und sie denken frühzeitig daran, wie sie leben möchten, wenn die eigenständige Versorgung schwierig wird. Gleichzeitig schwächt sich der Bauboom bei den Einfamilienhäusern zugunsten von Bestandsgebäuden ab. Das bedeutet, dass sich der Bedarf an Baugebieten mit „Bauträgerhäuschen“ vor allem in den äußeren Stadtbezirken deutlich verringern wird. Vor diesem Hintergrund bremsen wir GRÜNE seit Jahren Neuausweisungen wie das riesige Neubaugebiet in Wickede-West und verteidigen das Prinzip der Nachrangigkeit trotz erheblicher Widerstände (siehe auch Bauland satt, S. 65).

Sicherung preiswerten Wohnraums

Der Verkauf der LEG hat allein in Dortmund 11.000 Wohnungen auf den Markt geworfen und damit insbesondere deren MieterInnen in Sorge versetzt. Kaum war die Tinte unter dem Vertrag trocken, da wurde auch bereits die vertraglich zugesicherte Instandsetzungsverpflichtung reduziert. Für uns Grüne geht es vor allem um den Schutz der MieterInnen vor den Auswirkungen des Ausverkaufs an „Heuschrecken“. Aber es geht auch darum, dass ganze Stadtteile nicht in einen Abwärtsstrudel geraten. Letztlich werden wir uns in den nächsten Jahren Entwicklungen stellen müssen, an deren Ende die Entscheidung für einen Abriss heruntergewirtschafteter Immobilien stehen kann.

Bevor es dazu kommt, sind alle Alternativen auszuloten, entweder die Übernahme von Siedlungen durch einen verlässlichen Partner wie z. B. die DOGEWO oder – bei kleineren Beständen – durch Genossenschaften oder andere alternative Rechtsformen.

Stärkung von Wohnquartieren

Zunächst aber sollte in den Stadtteilen, bei denen besonderer Handlungsbedarf zur sozialen Stabilisierung festgestellt wurde, ein Quartiersmanagement nach dem Vorbild der Nordstadt eingerichtet werden. Die Beteiligung der AntwohnerInnen vor Ort führt zu einer stärkeren Identifikation mit dem Wohnstandort. Dazu gehört eine Vernetzung von Dienstleistungsangeboten unterschiedlicher Anbieter, um sowohl für ältere Menschen als auch junge Familien, Alleinerziehende und Jugendliche Hilfestellung bei der Bewältigung des Alltags anbieten zu können. Die kleinräumigen Analysen im Masterplan Wohnen bieten hier Ansatzpunkte, die GRÜNE vor Ort umgesetzt sehen wollen.

Unterstützung überforderter EigentümerInnen

Die Erfahrung zeigt, dass nicht nur MieterInnen Beratungsangebote benötigen. Zunehmend kann man in Stadtteilen wie der Nordstadt das Phänomen der „überforderten EigentümerInnen“ wahrnehmen. Notwendige Modernisierungen und Instandsetzungen werden nicht mehr vorgenommen, die Häuser werden preiswert abgewohnt oder stehen leer. Andere vermieten geschäftstüchtig Häuser ohne jeden Standard zu horrenden Preisen an MieterInnen, die nur kurze Zeit hier arbeiten. Das

Modellprojekt „Housing Improvement District“ (HID, Aufwertung von Wohngebieten) in der Brunnenstraße zeigt auf, wie die Kommune mit Wohnungsmarktakeuren, EigentümerInnen und MieterInnen vor Ort zur eigentümerorganisierten und -finanzierten Aufwertung von reinen und allgemeinen Wohngebieten zusammenarbeiten kann. Wir GRÜNE unterstützen einen solchen Weg auch an anderen Stellen im Dortmunder Stadtgebiet, wenn durch den Landtag hierfür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Bauland satt

Die großzügige Ausweisung von Bauland zur Reduzierung der Abwanderung aus Dortmund war GRÜNEN oft ein Dorn im Auge. Mittlerweile hat der Markt reagiert, der Boom ist vorbei – zurzeit hat Dortmund Baugebiete ausgewiesen, die bei der augenblicklichen Bautätigkeit für die nächsten 15 Jahre ausreichend Grundstücke bieten. So wurden im Jahr 2006 noch 886 Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser erteilt, im Jahr 2007 waren es nur noch 504.

Wir GRÜNE fordern deshalb eine Begrenzung bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Wir wollen insbesondere jene Flächen schützen, die für Natur und Landschaft eine wichtige Bedeutung haben.

Angesichts der zurückgehenden Nachfrage sollten große Wohnbauflächen (z. B. Hohenbuschei, Phoenix-Ost) nicht gleichzeitig erschlossen und stückweise vermarktet werden. Eine Steuerung der Vermarktung auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse für die Stadtbezirke soll dazu beitragen, dass geschlossene Neubaugebiete entstehen statt eines Flickenteppichs einzelner Eigenheime ohne soziale Infrastruktur.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiestandards für städtische Grundstücke auch Maßstab für andere Grundstücke werden. Der bekannteste Energiestandard für eine Förderung durch die KfW-Bank (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist das KfW-60-Haus bzw. jetzt KfW-Effizienzhaus 70, das sich in Dortmund mittlerweile als Standard in allen städtischen Baugebieten durchgesetzt hat. Wir GRÜNE wollen die „nächste Stufe zünden“ und das KfW-Effizienzhaus 55 zum Markenzeichen der Energiesparstadt Dortmund machen. Darüber hinaus wollen wir in Dortmund ein Modellprojekt mit Plusenergiehäusern wie in Freiburg umsetzen (siehe Klimaschutz ist machbar – kommunales Handlungsprogramm, S. 52).

Vielfalt der Wohnformen

Innerhalb der Baugebiete sind alle Wohnformen nebeneinander zu entwickeln, das heißt Mietwohnungen sollen genauso ihren Platz haben wie Eigenheime, Wohnprojekte für unterschiedliche Zielgruppen, Angebote für junge und alte Menschen.

Gerade in Anbetracht des demografischen Wandels wollen wir Wohnen in generationsübergreifenden, sozialen und ökologischen Wohnformen weiter unterstützen. Die Erfahrung auch in Dortmund zeigt, dass das Spektrum der Aktivitäten von Kinderbetreuung, Existenzgründung, künstlerischen Tätigkeiten, Hilfeleistungen für ältere und behinderte Menschen bis zu der Möglichkeit reicht, Arbeit und Leben am selben Ort zu verwirklichen. Solche Wohnprojekte sind fast immer ein besonderer Kristallisationspunkt nachbarschaftlichen Lebens im Quartier und bieten eigenständig, ohne städtische Finanzierung, Infrastruktur wie z. B. Gemeinschaftsräume.

Diese Gruppen brauchen professionelle Unterstützung, nicht nur bei Fragen zu Rechtsformen und Finanzen. GRÜNE wollen die vorhandenen Angebote sichern und erweitern und sich dafür einsetzen, dass städtische Grundstücke bei Bedarf auf Erbpachtbasis vergeben werden. Die Unterstützung bei der Suche, Vergabe und Optionierung von Grundstücken für Wohngruppen durch das Wohnungsamt ist fortzuführen und zu erweitern. Die Stadt selbst könnte besondere Gebiete analog zu Städten wie Tübingen, Freiburg, Hamburg oder Köln zu einem Standort für Baugruppen entwickeln, z. B. den Güterbahnhof-Ost. Je nach Standort wäre auch eine Verbindung mit dem Ziel einer autoarmen Siedlung möglich.

Altbausanierung und Sicherung des Bestands

Bei Altbauten besteht ein großer Handlungsbedarf im Hinblick auf ihre energetische Situation und die Heizkosten. Die Einführung des Energiepasses war ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus halten wir ein Förderprogramm für die ökologische Optimierung im Altbau für dringend erforderlich. Hier schlummert nach wie vor ein gigantisches Energieeinsparpotenzial.

Bestände werden in Zukunft immer mehr um langfristige MieterInnen

konkurrieren. Wir GRÜNE unterstützen alle Angebote im Umweltbereich. Ein Beispiel ist das MieterInnenmobil, das heißt ein VRR-Ticket als Zugabe zur Miete. Ein weiteres Beispiel sind Carsharing-Modelle zur Reduzierung der Kfz-Kosten im Haushalt (zurzeit ein Agenda-Projekt). Solche Maßnahmen müssen Standortfaktoren werden, damit sie auch ohne öffentliche Unterstützung NachahmerInnen finden.

4 VERKEHR

Was haben wir erreicht?

- Wir haben im Masterplan Mobilität für eine umfassende Förderung des Radverkehrs gesorgt.
- Dortmund ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte geworden.
- Die Zahl der Fahrradabstellanlagen wurde erhöht.
- Mittlerweile acht Fahrradhäuser bieten sichere Stellplätze für Fahrräder in den dicht besiedelten Innenstadtbezirken.
- Eine Vielzahl von Einbahnstraßen wurde für den Radverkehr in beiden Richtungen geöffnet.
- Vielerorts wurden Radfahrrampeln eingebaut.
- Die Ausweitung der markierten Radwege hat die Sicherheit für den Radverkehr gesteigert.
- Für die Stadtverwaltung haben wir die Einführung eines Mobilitätsmanagements beschlossen.

Mobilität sicherstellen – Umweltbelastungen reduzieren

Der Pkw- und Lkw-Verkehr erweist sich zunehmend als veränderungsresistent. Alle wollen fahren und dennoch von Lärm und Abgasen verschont bleiben. Vor kilometerlangen Staus auf den Autobahnen und der Luftbelastung durch gesundheitsschädliche Feinstäube und Stickoxide ist jedoch keiner gefeit.

Wir GRÜNE haben im Rat durchgesetzt, dass Straßenbaumaßnahmen zurückgestellt wurden. Allerdings konnten wir in der Koalition mit der SPD nicht erreichen, dass große Straßenbauprojekte wie der umstrittene Weiterbau der OW III a infrage gestellt wurden.

Für uns GRÜNE war es ein wichtiger Schritt, dass die Stadt der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte beigetreten ist. Dies hat einen Schub für das Radfahren in Dortmund gebracht, der noch weiter anhalten wird.

Nachdem die EU-Richtlinie für Feinstäube (ab 2010 auch für Stickoxide) in Kraft getreten war, ist deutlich geworden, dass die Schadstoffe des motorisierten Verkehrs deutlich gesenkt werden müssen. Die Umweltzonen in Dortmund und im Ruhrgebiet reichen nicht aus, um hier Abhilfe zu schaffen. Hinzu kommt der Lärm, der in erster Linie verkehrsbedingt ist (siehe auch Luftkurort Dortmund?, S. 45, und Schlafen ohne Ohrstöpsel, S. 46).

Ein wichtiger Schritt, um die Verkehrsbelastungen und die Möglichkeiten ihrer Verminderung einschätzen zu können, war die Erstellung des Masterplans Mobilität, der unter Beteiligung der unterschiedlichsten Interessengruppen erstellt wurde. Neben dem sonst im Mittelpunkt stehenden Pkw- und Lkw-Verkehr ist mit dem Masterplan Mobilität für die Stadt Dortmund erstmals eine umfassende Analyse für den Radverkehr und die Belange des Fußverkehrs erstellt worden. Auf dieser Basis sind dann umfassende Ziele und Handlungsschritte umgesetzt worden. Deshalb muss der Masterplan Mobilität fortgeschrieben werden. Mobilität für alle bedeutet, dass alle DortmunderInnen und Gäste auch ohne Auto jeden beliebigen Ort bequem und preiswert erreichen können.

Mobil mit Bus und Bahn

Die Kürzungen von Bundes- und Landeszuschüssen für Busse und Bahnen zwingen die Dortmunder Stadtwerke (DSW) zu ständigen Preiserhöhungen bei gleichzeitigen Leistungseinschränkungen. Wir GRÜNE haben über alle Ebenen hinweg diese Kürzungsorgien für die umweltverträglichen Verkehrsmittel kritisiert und abgelehnt. Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Busse und Bahnen (siehe auch DSW – für den ÖPNV stärken, S. 84).

Auch Dortmunds öffentliches Nahverkehrssystem muss optimiert und an neue Bedürfnisse angepasst werden. Nicht nur Behinderte, sondern auch die zunehmende Anzahl älterer Menschen benötigt barrierefreie Haltestellen und einfach zu bedienende Automaten sowie durchschau-

bare Tarife. Wir wollen bis zum Ende der Wahlperiode eine barrierefreie Ost-West-Strecke.

DSW-Busse dürfen nicht länger als Dreckschleudern durch die Stadt fahren. Die Umrüstung mit funktionierenden Rußfiltern und die Anschaffung von spritsparenden und sauberen Fahrzeugen müssen beschleunigt werden.



Der Hauptbahnhof hat die Chance Bahnhof zu bleiben und endlich so modernisiert zu werden, wie es funktional notwendig ist und der Zahl von täglich ca. 125.000 Reisenden in einer Großstadt wie Dortmund entspricht. Parallel dazu brauchen wir eine Modernisierungsoffensive für die Haltepunkte der Bahn auch in den Nebenzentren.

Eine Citymaut für die Metropole Ruhr muss erwogen werden, wenn der Verkehr die Städte mehr und mehr lahmlegt. Erfolgreiche Beispiele in London oder Stockholm haben gezeigt, dass die Luft sauberer, der Lärm geringer ist und alle Menschen von dem zunehmenden Platz für den Fuß- und Radverkehr profitieren. Einnahmen aus einer solchen Citymaut sollten konsequent zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme genutzt werden.

Straßen sind für alle da

Parkende und fahrende Autos bestimmen das Straßenbild mehr denn je. Wir wollen, dass die Parklizenzierung in den Innenstadtbereichen ausgeweitet wird. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und Anwohnerparken mit dem Thema Umwelt- und Klimaschutz verbinden. BesitzerInnen von besonders umweltschonenden Autos sollen den AnwohnerInnenparkausweis für die Hälfte erhalten. Kriterium für umweltschonende Autos können dabei eine CO₂-Emission von unter 120 g/km sein oder eine Auflistung in der aktuellen Umweltliste des Verkehrsclub Deutschland (VCD), der besonders spritsparende und schadstoffmindernde Autos auszeichnet. Aber auch Kfz-BesitzerInnen mit einem gül-

tigen Jahresticket für Busse und Bahnen sollen in den Vorteil des Umweltbonus kommen und den Parkausweis für die Hälfte erhalten. Wir wollen damit die Anschaffung von spritsparenden Automodellen unterstützen und einen Anreiz für die Nutzung der klimafreundlichen Busse und Bahnen schaffen. AnwohnerInnenparken wird damit auch zu einem Instrument des Klimaschutzes.

In der kommenden Wahlperiode soll es außerdem in jedem Stadtbezirk ein Shared-Space-Projekt (geteilter Raum) geben. Dabei werden Verkehrswege zu Gemeinschaftsstraßen, die allen gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

Shared Space

Auffälligstes Merkmal einer solchen Gemeinschaftsstraße ist, dass sämtliche Verkehrsschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen fehlen. Die Wege werden nicht mehr nach Auto-, Fuß- oder Radverkehr unterschieden. Eine einheitliche Verkehrsfläche steht allen VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt zur Verfügung. Autofahrenden soll bewusst werden, dass sie sich im öffentlichen Raum bewegen und ihr Fahrverhalten anpassen müssen. In der niedersächsischen Gemeinde Bohmte wurde die Bundesstraße als Gemeinschaftsstraße umgestaltet. In mehr als 107 Städten der Niederlande sind solche Projekte bereits realisiert.

Für die häufig benachteiligten FußgängerInnen wollen wir ein Aktionsprogramm „Sicherer und barrierefreier Bürgersteig“ auflegen. Dazu sollen für jeden Stadtbezirk 100.000 Euro jährlich aus der Straßenunterhaltung für die Sanierung der Bürgersteige und konsequente Absenkung von Überwegen für Kinderwagen, Rollatoren und RollifahrerInnen ausgegeben werden.

Wir GRÜNE wollen die Initiative „Walking Bus“ bzw. „Kinder haben Beine“ unterstützen und dafür sorgen, dass Schulkinder den Weg zur Schule zu Fuß gehen und das „Elterntaxi“ zu Hause bleibt. Kinder werden dadurch selbstständiger und umweltbewusster. Das setzt aber voraus, dass die Wege sicher und übersichtlich gestaltet werden.

Der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen ist zu verdoppeln. Die Stadtbezirke sollen weiterhin je 20.000 Euro pro Jahr für den Radverkehr verausgaben. Mindestens 50 Schulen sollen Fahrrad-

wachen und/oder diebstahlsichere Radabstellanlagen erhalten. Die Aufstellung von sicheren Fahrradhäusern in den Stadtbezirken muss weiter gefördert werden. Der Bahnhof muss eine ausreichend dimensionierte Radstation erhalten. Wir werden ein Bicycle-Policy-Audit (BYPAD) einführen und damit die städtische Radverkehrspolitik aktiver gestalten.

BYPAD

BYPAD bedeutet BicYcle-Policy-AuDit (Überprüfung der Fahrradpolitik). Die städtische Radverkehrspolitik wird durch ein Qualitätsmanagement auf ihre Wirksamkeit überprüft. Stärken und Schwächen einer systematischen Fahrradpolitik werden erkennbar. Damit können besser Prioritäten gesetzt und zielgerichtete Entscheidungen herbeigeführt werden. BYPAD als Instrument der Radverkehrsförderung ist erprobt und wird u. a. in Troisdorf, Münster, Köln und Marl angewendet.

ARBEIT, WIRTSCHAFT, FINANZEN

1 KLIMA- WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE GEMEINSAM ANGEHEN – FÜR EINEN GRÜNEN NEW DEAL IN DORTMUND

Weltweit erleben wir die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Deutschland steckt in einer Phase des Abschwungs und es ist nicht absehbar, wann sich die Wirtschaft wieder erholen wird. Die unregulierte Gier der Bankvorstände und Kapitalmärkte nach zweifeligen Zuwachsraten bei Gewinnen und Aktiendividenden hat sich weltweit als zerstörerisch erwiesen.

Das Bankensystem hat sich immer mehr von der eigentlichen Aufgabe, der Vergabe von Krediten für Investitionen für die Wirtschaft und Privatpersonen, entfernt. Der Handel z. B. mit hoch spekulativen Papieren versprach höhere Bilanzgewinne, als die Vergabe eines Kredits an das kleine mittelständische Handwerksunternehmen für Investitionen und die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen. Eine weitgehende Ausnahme haben hierbei die kommunalen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken gebildet, die sich auch in diesen bewegten Zeiten als verlässliche Partnerinnen der Unternehmen in Dortmund und der Region erwiesen haben.

Mit einer ökologischen industriellen Revolution muss deshalb ein anderes Weltwirtschaftssystem gestaltet werden: eines, das die Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

Wir GRÜNE treten im Europaparlament, dem Deutschen Bundestag, dem Landtag NRW sowie im Rat der Stadt für einen GRÜNEN New Deal ein, der die Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise gemeinsam angeht. Im Gegensatz zu einer Politik des „Privat vor Staat“ setzen wir auf den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Wirtschaften und Produzieren muss auf eine ökologische und soziale Basis gestellt werden und auf Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit, Bildung, qualitativem Wachstum und nachhaltigem Konsum beruhen. Technologien, die vor allem auf Verbrauch und Umweltbelastungen setzen, haben ausgedient und retten weder Arbeitsplätze noch Wohlstand.



Auch Dortmund bleibt von der Wirtschaftskrise nicht verschont. Wegbrechende Aufträge, zunehmende Kurzarbeit und ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen sind die direkten Folgen der Finanzkrise. Insbesondere Unternehmen und Beschäftigte aus dem Maschinenbau, der Autozulieferindustrie und der Logistikwirtschaft, die ihre Produkte und Dienstleistungen weltweit exportieren, sehen in den nächsten Monaten unsicheren Zeiten entgegen.

Dortmund hat sich – auch unter GRÜNER kommunalpolitischer Verantwortung – in den letzten Jahren vom monostrukturierten Kohle- und Stahlrevier zu einem vielfältigen Standort der Technologie, Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung sowie Logistik entwickelt. Ein „tausendfüßiger“ Wirtschaftsstandort kann der aktuellen Wirtschaftskrise deutlich besser begegnen.

Die Märkte der Zukunft sind grün! Die Umweltwirtschaft wächst kontinuierlich und hat die stärksten Zuwachsraten: Deutschlandweit arbeiten nach einer aktuellen Erhebung der Bundesregierung hier fast 1,8 Millionen Menschen. In den letzten zwei Jahren sind 200.000 neue Arbeits-

plätze in dieser Branche entstanden. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien wurde im Jahr 2008 ein Umsatz von rund 30 Milliarden Euro erzielt. Unser kommunalpolitisches Ziel für die nächsten Jahre ist, diese Zukunftsmärkte für die Schaffung von Arbeitsplätzen konsequent zu stärken und auszubauen.

Im Rahmen eines GRÜNEN New Deal wollen wir mit einem konzentrierten sozial-ökologischen Investitionsprogramm die Krise in Dortmund angehen. Ökologie und Ökonomie passen auch in Dortmund gut zusammen. Wir haben bereits frühzeitig mit dem im Jahr 2004 aufgelegten Programm zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäuden die Verbindung zwischen dem notwendigen kommunalen Klimaschutz und der Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen aufgebaut. Mithilfe der Gelder aus dem Konjunkturprogramm II wollen wir dies im größeren Maßstab vorantreiben, um Klimaschutz und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu verbinden.

Aber wir wollen mehr: Die finanziellen Mittel der Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes wollen wir darüber hinaus für Verbesserungen im Bereich von Schule und Kinderbetreuung einsetzen. Investitionen in die Bildung unserer Kinder und in den Klimaschutz helfen bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und schaffen dadurch in Dortmund Voraussetzungen zur Überwindung der Krise.

2 GRÜNE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSSTRATEGIEN 2009–2014

Was haben wir erreicht?

- Die Fläche Groppenbruch ist bislang kein Gewerbegebiet geworden, sondern für die Natur erhalten geblieben.
- Am Buddenacker konnten wir eine Reduzierung der aus GRÜNER Sicht nicht notwendigen geplanten Gewerbenutzung erreichen.
- Wir unterstützen die Entwicklung der Westfalenhütte und von Phoenix-West.
- Durch das von GRÜNEN initiierte Energiesanierungsprogramm für städtische Immobilien wird für Beschäftigung gesorgt.
- Auf GRÜNE Initiative hin hat die Wirtschaftsförderung das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit in ihr Arbeitsprogramm mit aufgenommen.

Bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu Beginn der letzten Wahlperiode bestand große Einigkeit darüber, dass der Strukturwandel zugunsten der vielen 1000 Arbeitslosen fortgesetzt werden muss.

Konflikte entstanden allerdings über die Größe und Zahl von Gewerbeflächen, die für ansiedlungswillige Unternehmen bereitgestellt werden sollten. Der Flächennutzungsplan war zu diesem Zeitpunkt bereits gegen unsere Stimmen verabschiedet worden. Dennoch konnten wir vereinbaren, dass die Fläche Groppenbruch als Freifläche erhalten blieb. Wir konnten aber nicht erreichen, dass dies im Gebietsentwicklungsplan festgeschrieben wurde, sodass nach der Wahl erneut darüber verhandelt werden muss. Die CDU hat bereits deutlich gemacht, dass sie diese Fläche sofort in ein Gewerbegebiet umwandeln würde. Am Buddenacker, einer zweiten großen Fläche, konnte die Gewerbenutzung reduziert werden (siehe auch Wirtschaftsflächen ökologisch verträglich entwickeln, S. 60).

Unterstützt haben wir die Reaktivierung von Brachflächen wie Westfahlenhütte, Phoenix-West und Phoenix-Ost. Für den ehemals industriell stark belasteten Standort Hörde ist der Phoenix-See eine notwendige Aufwertung.

Obwohl die Wirtschaftsförderung offiziell nicht mehr für Beschäftigungsförderung zuständig ist und die Kompetenzen bei der Betreuung von arbeitssuchenden Menschen komplett bei der ARGE konzentriert worden sind, hat die Stadt auf GRÜNe Initiative hin durch die Bereitstellung von Mitteln für die Energiesanierung für Aufträge und damit Beschäftigung gesorgt (siehe auch Dortmund im Klimabündnis, S. 50).

Die strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung Dortmund ist aus Sicht der GRÜNEN für die kommenden zehn Jahre deutlicher regional- und beschäftigungspolitisch zu akzentuieren. Dabei ist unbestritten, dass Dortmunds Wandel vom ehemaligen Montanstandort zu einem Standort für Logistik, Informationstechnologie und Mikrosystemtechnologie strukturell weitgehend gelungen ist und dieser Weg fortgesetzt werden muss. Es ist aber auch klar geworden, dass das Problem der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit bisher nicht gelöst wurde. Hierzu trägt bei, dass z.B. die Logistikbranche trotz der enormen Flächenansprüche immer weniger Menschen im sog. Blaumannbereich benötigt.

Beschäftigung fördern

Wirtschaftsförderung, die dem Gemeinwohl dient, wirkt auch positiv auf Beschäftigung. Wir GRÜNE plädieren dafür, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund ihre Leistungsfähigkeit gezielt dazu nutzt, durch Wirtschaftsförderung dauerhaft Beschäftigung zu fördern. Als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben, Unternehmen und ExistenzgründerInnen sollte die Wirtschaftsförderung intensiv über Förderangebote und Programme informieren, um Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenziale, aber auch Ausbildungsplatzangebote insbesondere für schwierige Zielgruppen zu erschließen (siehe auch Armut und nicht die Armen bekämpfen, S. 12).

Regionale Potenziale nutzen

Durch eine Zusammenarbeit der Kommunen lässt sich Schlagkraft entwickeln und gleichzeitig Freiflächenverbrauch reduzieren. Aus unserer Sicht wächst die Notwendigkeit eines städteübergreifenden Handelns in der Wirtschaftsförderung. Die Gründung der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH stellt eine gute Ausgangsbasis dafür dar. Die Potenziale des regionalen Wirtschaftsstandorts und des regionalen Arbeitsmarkts in der Metropole Ruhr müssen konsequent genutzt werden. Eine solche Vorgehensweise vermindert den Konkurrenzkampf der Kommunen, dient der neuen Nutzung industrieller Brachflächen und ist damit auch ein ökologischer Beitrag zur Verminderung des Freiflächenverbrauchs (siehe auch Positionspapier: Umbau 2010 des Bezirksverbands Ruhr, S. 101).

Wir GRÜNE wollen:

- ▶ dass die interkommunale Kooperation der Wirtschaftsförderungsämter bzw. -betriebe und GmbHs der Kreise und kreisfreien Städte des Ruhrgebiets ausgebaut wird
- ▶ dass ansiedlungswillige Unternehmen auch regional vermittelt werden, wenn in der jeweiligen Kommune keine geeignete Fläche bereitgestellt werden kann
- ▶ dass vorrangig Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben bzw. geschaffen werden
- ▶ dass eine Ausweitung von Gewerbeflächen in Dortmund mindestens in den nächsten fünf Jahren nicht vorgenommen wird

Wir GRÜNE plädieren dagegen für die Ausweisung von interkommunalen Gewerbegebieten, um großflächige An- und Umsiedlungsvorhaben zu ermöglichen. Diese Flächen müssen sich keineswegs an der Stadtgrenze einer Kommune befinden, weil sie dort möglicherweise wie im Fall Groppenbruch Naturschutzbelange beeinträchtigen.

Konjunkturprogramm für kleinere und mittlere Handwerksunternehmen

Der barrierefreie Umbau und die energetische Sanierung der Wohnungsbestände sind ein effizientes Konjunkturprogramm für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe in Dortmund. Die Wirtschaftsförderung nimmt damit die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimaschutzes an (siehe auch Dortmund im Klimabündnis, S. 50).



GRÜNE wollen, dass im Dienstleistungszentrum Wirtschaft explizit die Beratung privater Gebäudeeigentümer über vorhandene Förderprogramme zum barrierefreien Umbau von Wohneigentum in Kombination mit einer energetischen Sanierung angeboten wird (siehe auch Altbausanierung und Sicherung des Bestands, S. 66).

Von der „Hauptstadt der Minijobs“ zur „Hauptstadt für faire Beschäftigung“

Das Beschäftigungssystem ist auch in Dortmund brüchiger und fragiler geworden. Die Weltwirtschaftskrise verstärkt diese Situation noch. Dies ist daran erkennbar, dass Neueinstellungen fast ausschließlich befristet sind und mehr als die Hälfte als Leiharbeitsverhältnisse abgeschlossen werden. Die Zahl der Minijobs hat innerhalb von drei Jahren um 30 Prozent zugenommen. Gute Arbeit, die Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen und den gesellschaftlichen Erfolg insgesamt ist, geht dagegen zurück. Deshalb müssen sich Unternehmen, Tarifparteien und die

Politik zusammenschließen und die Bedingungen dafür schaffen, dass Gute Arbeit in Betrieben und Verwaltungen Wirklichkeit werden kann.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

- ▶ dass für die stadteigenen Unternehmen und Konzerne Standards fairer Beschäftigung entwickelt werden
- ▶ dass Dortmund ein „Bündnis für Gute Arbeit“ schließt und sich als Stadt der fairen Beschäftigung profiliert
- ▶ dass Unternehmen, die dem „Bündnis für Gute Arbeit“ beitreten, Vorteile z. B. bei der Vergabe von stadteigenen Grundstücken eingeräumt werden
- ▶ dass bei der Vergabe des Wirtschaftsförderungspreises entsprechende Standards fairer Beschäftigung zum Entscheidungskriterium werden

Mit Qualifizierungsoffensive fehlende Fachkräfte (re)aktivieren

Um dem zunehmend beklagten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte eine Qualifizierungsoffensive gestartet werden. Letztlich dient auch das Bereitstellen hochwertiger Ausbildungsplätze dem Abbau des Fachkräftemangels.

Wir GRÜNE wollen deshalb:

- ▶ dass die Wirtschaftsförderung mit der ARGE ein Programm entwickelt, um die Qualifikationen älterer Arbeitsloser oder von Menschen, die ihre Ausbildung im Ausland erworben haben, an den bestehenden Bedarf anzupassen
- ▶ dass neue Anreizsysteme entwickelt werden, um die Unternehmen dazu motivieren, auch in ihrem eigenen Interesse Nachwuchs auszubilden
- ▶ dass Jugendliche in allen Stadtbezirken im Rahmen des sozialen Arbeitsmarkts in Kombination mit Zusatzjobs Schulabschlüsse nachholen können
- ▶ dass Dortmund beim Städtetag eine Initiative startet, um die Rechtsgrundlage für eine Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Kriterien – insbesondere des Kriteriums Ausbildungsplätze – bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen

Die Märkte der Zukunft sind GRÜN

Bio- und Umwelttechnologien sind derzeit die Wachstumsbranchen. Dies betrifft sowohl den Einzelhandel als auch die „klassische Produktion“ für den gesamten Bereich der erneuerbaren Energien. Die wirtschaftlich attraktive Konsumentengruppe, die z. B. im Bioladen einkauft und nachhaltige Urlaubsaktivitäten in der Natur unternimmt, könnte gezielt angesprochen werden.



Wir GRÜNE wollen deshalb, dass ein Öko-Cluster aufgebaut wird, das sich zu einer echten Bereicherung für das Oberzentrum Dortmund entwickelt. Dabei muss eine Verzahnung mit dem Konzept „Hauptstadt des fairen Handels“ erfolgen. Es soll ein innovatives Netzwerk einschließlich spezialisierter Beratungsunternehmen entstehen, wobei die Wirtschaftsförderung dafür ein Dortmunder Markenzeichen entwickelt.

Wirtschaftliche Potenziale von Unternehmen mit Migrationshintergrund

Wir halten eine Stärkung der lokalen Ökonomie und speziell der Unternehmen mit Migrationshintergrund für erforderlich (siehe auch Integration statt Ausgrenzung, S. 95).

Wir GRÜNE wollen deshalb:

- ▶ dass nach Möglichkeiten gesucht wird, die Ergebnisse der Projekte des Urban-II-Förderprogramms zur ethnischen Ökonomie zu nutzen und in neuen, stadtweiten Maßnahmen weiterzuentwickeln
- ▶ dass das Instrumentarium der Wirtschaftsförderung z. B. mithilfe eines Migrationsbeauftragten bei der Wirtschaftsförderung ergänzt wird
- ▶ dass mit muttersprachlichen Fachkräften gezielter auf die spezifischen Bedürfnisse dieser UnternehmerInnengruppe eingegangen wird

3 STÄDTISCHE HAUSHALTPOLITIK

Was haben wir erreicht?

- Wir haben beschlossen, dass Verwaltungseinheiten – wo es inhaltlich sinnvoll ist – innerhalb der städtischen Unternehmen zusammengefasst werden, um Verwaltungskosten zu sparen.
- Wir haben die regionale Zusammenführung des Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamts (CLUA) vereinbart.
- Wir haben die Erstellung regelmäßiger Controllingberichte mit den wesentlichen Kenndaten der städtischen Fachbereiche beschlossen.
- Wo es sinnvoll ist, werden ausgegliederte Aufgabenbereiche wieder eingegliedert.

Dortmund lebt über seine Verhältnisse. Der städtische Haushalt wird aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren – ohne Berücksichtigung von Sondereffekten – defizitär sein. Damit werden die Spielräume für die eigenen kommunalpolitischen Akzente geringer sein. Die Haushaltsplanungen weisen für 2008 und 2009 ein Defizit von 102 Millionen Euro aus. Die Ausgleichsrücklage zur Abdeckung von Defiziten ist nahezu aufgezehrt. Angesichts der sich abzeichnenden Rezession und der daraus resultierenden Folgen wie Steuermindereinnahmen und wachsende Sozialaufwendungen werden erhebliche Anstrengungen notwendig werden, um die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Gemeindefinanzreform gescheitert

Eine Ursache der Finanzmisere ist die Übertragung von Aufgaben an die Kommunen, ohne dass Bund und Land die Städte mit den entsprechenden Finanzen dafür ausstatten. Die verfassungsrechtlich geschützte kommunale Selbstverwaltung verkommt angesichts der Zwänge durch zu geringe kommunale Finanzausstattung zur Phrase.

Die Ende 2003 verabschiedete Gemeindefinanzreform ist gescheitert. Von 396 NRW-Kommunen müssen derzeit 197 mit Haushalts sicherungskonzepten arbeiten, davon sogar 115 mit einem Nothaushalt. Beispiele sind Mülheim, Gelsenkirchen, Essen, Duisburg, Herne, Leverkusen und Gelsenkirchen. Traurige Realität der letzten Jahre ist es, dass viele Kommunen sogar ihre Pflichtaufgaben nicht mehr finanzieren können.

CDU/FDP-Landespolitik auf Kosten der Kommunen

Statt die NRW-Kommunen mit ausreichenden Finanzen auszustatten, wird der Landeshaushalt zulasten der kommunalen Kassen finanziert. Bis Ende 2008 haben CDU und FDP den Kommunen ca. 1 Milliarde Euro strukturell entzogen. Für Dortmund sind dies rund 30 bis 40 Millionen Euro. Jahr für Jahr hat die Landesregierung einen zusätzlichen Anteil aus dem Steueraufkommen behalten und darüber hinaus ohne finanzielle Entschädigung Aufgaben auf die Kommunen verlagert. Um nur einige Beispiele dafür zu nennen:

- ▶ Der kommunale Anteil an den Investitionen für die Krankenhäuser wurde verdoppelt; für Dortmund bedeutet dies eine Belastung von 6,4 statt früher 3,2 Millionen Euro.
- ▶ Die Zuwendungen des Landes für die Verbraucherzentralen wurden 2006 und 2007 massiv reduziert. Die von CDU und FDP zugebilligte Mittelausstattung ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.
- ▶ Das flächendeckende Netz der Biologischen Stationen, die Beobachtungsdaten über den Zustand der Natur erheben, die Ergebnisse den Kommunen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellen und Konzepte für eine naturverträgliche Nutzung der sensiblen Bereiche entwickeln, wird zerrissen. Mindestens ein Viertel bis die Hälfte der 31 Stationen soll geschlossen werden. Hier müssen die Kommunen einspringen (siehe auch Naturschutz – ökologische Aufwertung statt Zersiedelung, S. 43).

Eigene Sparanstrengungen

Das strukturelle Haushaltsdefizit beträgt rund 50 bis 80 Millionen Euro. Intelligente Ideen sind gefragt, denn der Rasenmäher darf nicht zum Maßstab der Haushaltskonsolidierung werden. In früheren Haushaltsjahren hat die GRÜN-rote Ratsmehrheit mehrere Maßnahmen zur Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen vereinbart, um Synergien zu nutzen und Gemeinkosten zu verringern. Diese Maßnahmen gilt es umzusetzen und fortzuführen. So soll das Stadtbahnbauamt von DSW21 übernommen werden. Parallel arbeitende Organisationseinheiten, z. B. in Gesundheits- und Sozialamt, sind zusammenzufassen. Auf regionaler Ebene soll das Chemische und Lebensmitteluntersuchungsamt (CLUA) mit Bochum fusionieren, ebenso ist das Vermessungs- und Katasteramt zu regionalisieren.

Wir wollen ausgegliederte Aufgabenbereiche wieder eingliedern. Es macht keinen Sinn, einerseits ein neues Vergabe- und Beschaffungsamt einzurichten und andererseits externe Büros zur Vergabe von Planungs- und Bauleistungen einzubinden. Oder warum muss der Abschleppdienst durch Außenstehende erfolgen? Wir können uns vorstellen, dass diese Aufgabe durch MitarbeiterInnen des Ordnungsamts kostengünstig erledigt werden kann.

Die Stadtverwaltung soll mittelfristig außerdem vermehrt freie Programme und Betriebssysteme, z. B. Linux, verwenden. Die eingesparten Lizenzgebühren würden den städtischen Haushalt nachhaltig entlasten. Die notwendige Anschubfinanzierung, insbesondere für die Schulung der Beschäftigten, würde sich rasch rentieren. Dabei kann Dortmund von den Erfahrungen anderer Großstädte, die bereits umgestiegen sind, z. B. München, profitieren.

Um die Sparanstrengungen wirksam kontrollieren zu können, ist eine umfassende Kontrolle der Fachbereiche notwendig, über deren wesentliche Kenndaten die politischen Gremien regelmäßig informiert werden.

Städtische Einnahmen steigern

Uns Grünen ist klar, dass selbst bei einem konsequenten Umbau der Verwaltung, einer Straffung der Arbeitsabläufe und einer durchgreifenden Aufgabenkritik sich die offene Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht schließen wird.

Eine Haushaltskonsolidierung durch Verkauf von städtischem Tafelsilber wurde aber nur vordergründig Entlastung schaffen. Wir wollen deshalb an den kommunalen Töchtern festhalten. Wir erwarten allerdings auch, dass die städtischen Töchter ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Gewinnabführungen leisten. Dies gilt auch für die zu erwartenden Mehreinnahmen durch eine Neubewertung des damaligen Aktienumtauschkurses im Zuge der Fusion von VEW und RWE (siehe auch „Privat vor Staat“ beschränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen, S. 83).

Seit 1995 wurde die Gewerbesteuer nicht mehr angehoben. Anzustreben ist eine Vereinheitlichung der Gewerbesteuer im Ruhrgebiet, um den ruinösen Wettbewerb der Städte mit einer Subventionierung ansiedlungswilliger Unternehmen durch Aussetzung der Gewerbesteuer zu

beenden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten erreichen, dass Straßenreinigungsgebühren nicht mehr erhoben werden und dafür die Grundsteuer entsprechend erhöht wird. Das senkt den Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten werden eingespart.

4 PERSONALENTWICKLUNG BEI DER STADT DORTMUND

Personalpolitische Fragen haben in den letzten Jahren eine zunehmende Rolle bei der öffentlichen Wahrnehmung der Stadtverwaltung gespielt. Die sog. Bargeldaffäre im Amt des Oberbürgermeisters gipfelte in einer Protestkundgebung der Bediensteten, als im Schnellverfahren zwei fristlose Kündigungen ausgesprochen wurden. Wegen weiterer personalrechtlich fragwürdiger Maßnahmen fand im Jahr 2008 eine Ratssondersitzung statt.

Diese Vorgänge haben deutlich gemacht, was wir GRÜNE seit Jahren problematisieren und einfordern. Es gibt eine wachsende Zahl von Aufgaben insbesondere im sozialen Bereich, die mehr Personal erfordern. Gleichzeitig macht die zunehmende Modernisierung der Verwaltung andere Arbeitsbereiche überflüssig. Dies führt einerseits zur Überlastung und andererseits zur Unterforderung von MitarbeiterInnen, die zu Recht immer unzufriedener werden.

Was fehlt, ist ein Personalentwicklungs- und Qualifizierungskonzept für die VerwaltungsmitarbeiterInnen: Es muss so bald als möglich in enger Kooperation mit dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten erarbeitet werden und sollte nicht nur Fortbildungen, sondern auch Umschulungsmaßnahmen anbieten. Kommunale Aufgabenstellungen ändern sich, hierauf müssen wir flexibel reagieren.

Dabei darf es jedoch nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen, diese sollen für die kommende Wahlperiode ausgeschlossen sein.

Die Verwaltungsmodernisierung, die mit vielen Projekten und Teilprojekten gestartet ist, ist ins Stocken gekommen. Das Projekt Verwaltung 2020 ist auf den Säulen „Kundenzufriedenheit“ und „Wirtschaftlichkeit“ aufzubauen. Aufgabenbereiche werden infrage gestellt, Verwaltungsabläufe müssen verschlankt werden. Diese Entwicklungen müssen transparent sein, die MitarbeiterInnen sind daran zu beteiligen. Es wird nicht

gelingen, das Projekt 2020 von oben nach unten durchzudrücken. Im Gegenteil: Wir müssen die MitarbeiterInnen einbinden und ihre Kenntnisse der internen Abläufe nutzen. Bei der anstehenden Verwaltungsmodernisierung muss an dem Ziel einer Erhöhung des Frauenanteils in den höheren Verwaltungs- und Qualifikationsebenen festgehalten werden (siehe auch Gleichstellung von Männern und Frauen, S. 93).

Wir GRÜNE halten es aus diesen Gründen für notwendig, in der neuen Wahlperiode ein Personaldezernat zu schaffen und diese Aufgabe nicht weiter der Kämmerei zu überlassen. Wir plädieren für eine intensive politische Begleitung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung.

5 KOMMUNALE UNTERNEHMEN

„Privat vor Staat“ beschränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen

Mit der sog. Reform der Gemeindeordnung hat die CDU/FDP-Landesregierung getreu der Devise „Privat vor Staat“ die kommunalen Unternehmungen wie die DEW21, die DSW21, die EDG, die DOGEWO, die DOKOM u. a. in ihrem wirtschaftlichen Handlungsspielraum beschränkt und setzt sie damit einem schleichenden Niedergang aus. Wenn die Städte zukünftig nur noch dann wirtschaftlich tätig werden können, wenn ein dringendes öffentliches Interesse vorliegt, dann gibt es keine Möglichkeiten mehr, verlustbringende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie z. B. Busse und Bahnen) durch wirtschaftliche Gewinne an anderer Stelle zu finanzieren. Die Neufassung der Gemeindeordnung ist deshalb an dieser Stelle nichts anderes als ein Kniefall vor den wirtschaftspolitischen Interessen der FDP. Sie hat sich damit in der Landesregierung zulasten der Städte durchgesetzt.

Ungeachtet dessen halten wir GRÜNE an der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt im jetzigen Umfang fest. Angesichts der erheblichen Haushaltsrestriktionen und der gescheiterten Gemeindefinanzreform würde bei einem Verkauf von städtischen Beteiligungen jeder kommunale Gestaltungsspielraum aufgegeben. Die positiven Wirkungen entsprechender Einnahmen für den städtischen Haushalt sind schnell verpufft, wie Beispiele aus anderen Städten (Düsseldorf, Wuppertal, Essen) zeigen. Allenfalls Veräußerungen innerhalb der kommunalen Unternehmen werden von uns befürwortet (siehe auch Städtische Einnahmen steigern, S. 81).

Ausgehend von der Tatsache, dass ein hohes Renditeversprechen immer auch eine hohe Risikoakzeptanz voraussetzt, sind die Eigenanlagen der städtischen Tochterunternehmen von risikobehafteten Wertpapierengagements zu verschonen. Es ist Aufgabe aller Mitglieder der Aufsichtsgremien darauf zu achten.

Aufträge für die regionale Wirtschaft

Aktivitäten der kommunalen Unternehmen, die weitere Existenzgründungen vor Ort stützen und neue Arbeitsplätze in innovativen mittelständischen Unternehmen zur Folge haben, sehen wir positiv. All das dient direkt und indirekt den Dortmunderinnen und Dortmundern. Wir GRÜNE unterstützen deshalb die Bemühungen aller kommunalen Unternehmen, ihre Aufträge an lokale oder regionale MittelständlerInnen zu vergeben. Das gilt insbesondere dann, wenn Qualitäts- und Kostenaspekte dies nahelegen. Es ist ein Beitrag, Arbeitsplätze in der Stadt wie der Region zu schaffen, zu erhalten und Investitionen vor Ort zu beflügeln.

DSW – für den ÖPNV stärken

Die Dortmunder Stadtwerke (DSW21) nehmen im Beteiligungsportfolio eine herausragende Rolle ein. Einerseits fungieren sie als Holding für eine Vielzahl städtischer Beteiligungen (DEW, Gelsenwasser, Hafen, DOGEWO, Flughafen, DOKOM usw.), andererseits treten sie als öffentliches Verkehrsunternehmen in Dortmund auf. Der Zuwachs an Fahrgästen insbesondere seit Einführung des Sozialtickets kann sich im Vergleich zu anderen Betrieben im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr sehen lassen. Dies ist u. a. ein Ergebnis GRÜNER Politik (siehe auch Mobil mit Bus und Bahn, S. 68).

Da die Verkehrsleistungen nicht kostendeckend erbracht werden können, werden sie zusätzlich zu den Ticketeinnahmen durch die Gewinne des örtlichen Energieversorgers, die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung (DEW21), sowie durch Erträge aus Finanzbeteiligungen und die Dividendenausschüttungen aus dem RWE-Aktienbesitz finanziert. Ein Verkauf von RWE-Aktien zum Stopfen von Haushaltslöchern würde diese seit Jahren bewährte Querfinanzierung infrage stellen.

Wir GRÜNE wollen an den Dortmunder Stadtwerken als Aufgabenträ-

ger des ÖPNV festhalten. Das heißt aber auch, dass sich die Dortmunder Stadtwerke angesichts der veränderten Rahmenbedingungen durch Verschlankung, Restrukturierung und Senkung der Personalkosten für den bevorstehenden Wettbewerb fit machen müssen.



Die Dortmunder Stadtwerke haben sich mit ihren Entwicklungsgesellschaften zur Umnutzung von Industriebrachen und Konversionsflächen (z.B. Hohenbuschei, Stadtkrone-Ost und Phoenix) auch als Infrastrukturunternehmen bewährt. Über DSW21 kann die Stadt Einfluss auf die geplante Entwicklung nehmen und zum anderen direkt oder indirekt finanziell von der Wertsteigerung der Brachflächen profitieren. Wir wollen deshalb prüfen, inwieweit über die Stadtwerke die neue Nutzung der brachliegenden Westfalenhütte beschleunigt werden kann.

DOGEWO – mehr Wohnungsbestände in kommunale Trägerschaft

Die Entwicklung der Wohnungsbestände und Siedlungen wie z.B. in Lanstrop oder Westerfilde zeigt die mit einer Privatisierung verbundenen Probleme deutlich auf. Vor allem der Verkauf von 93.000 Wohnungen der LEG durch das Land NRW hat ein Karussell von Ankäufen und Weiterverkäufen in Gang gesetzt, an dessen Ende ganze Siedlungen heruntergewirtschaftet sind – eine Katastrophe für die betroffenen MieterInnen. Die Erfahrungen zeigen, dass die sog. Sozialcharta in kürzester Zeit wertlos ist und nicht nur eine Explosion der Mietkosten, sondern auch die Verwahrlosung ganzer Siedlungen droht.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, Wohnungsbestände über die DOGEWO in kommunale Trägerschaft zu übernehmen, um die Entwicklung über wohnungspolitische Instrumente steuern zu können. Jede Form der MieterInnenselbstorganisation und ggf. des Widerstands gegen unseriöses Geschäftsgebaren von Privaten werden wir unterstützen (siehe auch Sicherung preiswerten Wohnraums, S. 64).

DEW – kommunaler Energiedienstleister

Sowohl die Liberalisierung der Energiemärkte als auch die Neufassung der Gemeindeordnung haben die Wettbewerbsbedingungen für die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung als kommunaler Energieversorger erheblich erschwert. Während die privatisierten Stadtwerke Düsseldorf (Eigentümer EnBW/EdF) Strom an Dortmunder KundenInnen verkaufen können, ist der Absatzmarkt der DEW21 auf die Gemeindegrenzen beschränkt. Wir GRÜNE wollen ungeachtet der erschwerten Rahmenbedingungen die DEW21 als kommunalen Energiedienstleister ausbauen.

Im Rahmen einer vorzeitigen Verlängerung der Konzessionsverträge zwischen der Stadt Dortmund und DEW21 haben wir dafür Sorge getragen, dass

- ▶ ergänzende Regelungen zum Einsatz von regenerativen Energien beim Um- und Neubau von städtischen Gebäuden auf Grundlage des Wärmelieferungsvertrags mit DEW21 vereinbart wurden
- ▶ das innerstädtische Dampf-/Kondensatnetz zur Fernwärmeversorgung auf ein Heißwassernetz umgestellt wird. Parallel hierzu wird der Fernwärmebezug über das Kraftwerk Weißenburger Straße aufgegeben bzw. durch ein Grundlast-Blockheizkraftwerk (BHKW) mit Biomasse ersetzt. Bei der künftigen innerstädtischen Fernwärmeversorgung werden dezentrale Einspeisepunkte zur Einbindung von weiteren BHKW-Anlagen (z. B. für das Uniongelände) vorgehalten.

Mit der DEW21 in kommunaler Trägerschaft besteht die Chance, den Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen voranzutreiben, die Modernisierung des Dortmunder Wohnungsbestands zu fördern, eine wirksame Energieberatung sicherzustellen und bei Neubauvorhaben nachhaltige Energieversorgungskonzepte umzusetzen.

Die 1984 in der berüchtigten Bittermarkrunde vereinbarte Beteiligung der RWE an der DEW21 läuft 2014 aus. Wir GRÜNE wollen angesichts der RWE-Geschäftspolitik die DEW21 wieder ganz in kommunale Trägerschaft übernehmen.

Sparkasse als kommunales Unternehmen erhalten

Gerade die aktuelle Finanzkrise belegt es deutlich: Die Kreditwirtschaft ist kein wirtschaftsliberales Spielfeld! Charakter und Leistungsfähigkeit der Sparkasse Dortmund dürfen keinesfalls verwässert werden. Dieses Unternehmen bleibt selbstständig, kommunal getragen und zugleich öffentlich-rechtlich verfasst. Jegliche Form einer Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkasse Dortmund lehnen wir GRÜNE grundsätzlich ab. Auch die Bildung von sog. Trägerkapital halten wir für absolut überflüssig.



Ausschüttungen sind ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden (Soziales, Bildung, Kultur, Sport sowie in besonderer Weise für die Belange von Natur und Umwelt). Die Sparkasse bleibt weiter auf PrivatkundInnen, den Mittelstand und auf Selbstständige ausgerichtet. Sie garantiert ihren KundInnen mit einer entsprechenden Präsenz einen unverzichtbaren Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Trägerkapital und Privatisierung

Trägerkapital (ein anderer Begriff für Stammkapital) weist die Kommunen als Eigentümer aus. Eigentümer können bekanntlich ihr Eigentum verkaufen. Die Landesregierung NRW argumentiert damit, dass die Bildung von Trägerkapital freiwillig sei, und dass die Eigentümer dieses Trägerkapital nicht übertragen oder veräußern dürfen. Ebenso fragwürdig wie die Freiwilligkeit der Bildung von Trägerkapital ist das Weiterverkaufsverbot. Das neue NRW-Sparkassengesetz ist eine Einladung an die Privatbanken, gegen das Weiterverkaufsverbot des Trägerkapitals vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen. Setzen sie sich durch, steht für eine Privatisierung die Tür weit offen.

Patient Klinikum

Wie viele andere Krankenhäuser ist das Klinikum Dortmund im Zuge der Kostendämpfungsgesetze für das Gesundheitswesen in eine existenzbedrohende Schieflage geraten. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft schätzt, dass wegen der von der Bundesregierung vorgenommenen Einschnitte in das stationäre Gesundheitswesen rund 30 Prozent aller Krankenhäuser nicht überleben werden.

Das Klinikum Dortmund kommt dabei in eine doppelte Zange: Während die CDU/FDP-Landesregierung einerseits ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Investitionsmitteln für die Krankenhäuser nur unzureichend nachkommt, führen steigende Personalkosten bei gedeckelten Erlösen zu einer chronischen Finanzklemme des Klinikums. Und insbesondere der erhebliche Sanierungs- und Investitionsstau hat die existenzielle Krise des Klinikums ausgelöst.



Für uns GRÜNE gilt: Gesundheit ist keine Ware, sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe – von allen für alle. Dazu gehört es auch, dass Land und Bund die Städte, ihre Krankenhäuser und die Beschäftigten nicht allein lassen, indem sie sich aus der Finanzverantwortung zurückziehen. Dies gilt vornehmlich für notwendige Investitionen, aber auch für Personalkostenerhöhungen aufgrund von Tarifsteigerungen und einer fairen Entlohnung für alle Beschäftigten.

Wir GRÜNE wollen auch in schlechten Zeiten an der kommunalen Trägerschaft festhalten. Eine Privatisierung würde die fortschreitende „Rosinenpickerei“ bei der Behandlung von Krankheiten fortsetzen und verschärfen. Eine Schließung unrentabler Abteilungen und Häuser sowie eine deutliche Verschlechterung der Situation der Beschäftigten wären zu erwarten. Wir aber wollen eine umfassende stationäre Krankenversorgung nicht von den Kapitalinteressen eines börsennotierten Konzerns abhängig machen und lehnen eine Privatisierung des Klinikums kon-

sequent ab. Auch Menschen, die sich für das Gesundheitssystem nicht „rechnen“, haben einen Anspruch auf eine umfassende medizinische Hilfe.

Wir haben in dieser schwierigen Situation das Klinikum nicht im Stich gelassen, sondern gemeinsam mit der SPD die notwendigen Schritte zur Sanierung des Klinikums eingeleitet sowie für eine entsprechende Finanzausstattung Sorge getragen.

Unser Engagement für das Klinikum

November 2004:

- ▶ Übertragung von Grundstücken im Wert von 1,43 Millionen Euro an das Klinikum

Juni 2005:

- ▶ Patronatserklärung über 17 Millionen Euro zum Bau des Logistikzentrums
- ▶ Bürgerschaftserklärung über 73,8 Millionen Euro zum Bau des neuen OP-Trakts

Dezember 2006:

- ▶ 580.000 Euro für das Sozialpädiatrische Zentrum

Juni 2008:

- ▶ 10 Millionen Euro Gesellschafterdarlehen als Liquiditätshilfe
- ▶ 19,25 Millionen Euro Investitionskostenzuschuss für den neuen OP-Trakt
- ▶ 9,4 Millionen Euro Sonderausschüttung der EDG, verteilt auf 2008 und 2009
- ▶ Einbindung eines externen Sanierers

Gleichzeitig haben wir uns dafür eingesetzt, dass die hausinternen Probleme im Rahmen diverser Sanierungsgutachten aufgearbeitet werden und unter Einbindung eines externen Sanierers und der Beschäftigten umgehend in Angriff genommen werden.

Wir GRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Klinikum. Es muss auch künftig sichergestellt werden, dass in einer Stadt wie Dortmund mit einem weiträumigen Umland alle Leistungen angeboten werden, die nachgefragt werden. Diese kommunale Versorgungsgarantie muss auch zukünftig gewährleistet sein, wobei Spezialisierungen, Kooperationen oder Auslagerungen von Leistungen in den ambulanten Bereich nicht

ausgeschlossen und sogar wünschenswert sind. Allerdings bleibt auch festzuhalten, dass angesichts des defizitären städtischen Haushalts die notwendigen, aber erheblichen Finanzmittel zur Sanierung des Klinikums nicht allein von der Stadt bereitgestellt werden können. Hier müssen Lösungen innerhalb der kommunalen Unternehmungen gefunden werden.

Flughafen: Keinen Meter mehr – keine Minute länger

Entgegen unserem politischen Willen haben im Juli 1993 SPD und CDU die Voraussetzungen für den Ausbau des Dortmunder Flughafens geschaffen. Rund 242 Millionen Euro wurden in den Folgejahren zum Ausbau des Terminals und einer neuen Start- und Landebahn investiert. Von 1995 bis 2007 mussten ca. 150 Millionen Euro Verluste von den Dortmunder Stadtwerken und so indirekt von den Dortmunder GebührenzahlerInnen getragen werden. Wir GRÜNE haben die überdimensionierten Planungen aus wirtschaftlichen und aus ökologischen Gründen stets abgelehnt.

In Verhandlungen mit der SPD ist es uns 2004 gelungen, den Status quo des Flughafens für die aktuelle Wahlperiode zu sichern. In der Koalitionsvereinbarung heißt es wörtlich: „SPD und GRÜNE stellen sicher, dass es in dieser Wahlperiode am Dortmunder Flughafen weder zu einer Ausweitung der Betriebszeiten noch zu einem Ausbau der Start- und Landebahn kommen wird.“ Diese Vereinbarung wurde trotz vielfältigen Drucks seitens der Flughafengeschäftsführung nicht angetastet. Bei dem einzigen Versuch, Verluste des Flughafens durch eine Kapitalaufstockung und die Übernahme von Krediten durch die Stadtwerke zu kaschieren, haben GRÜNE im Aufsichtsrat Flughafen und im Aufsichtsrat der Stadtwerke gegen dieses Vorhaben gestimmt und sich damit deutlich vom Koalitionspartner distanziert, der die Bilanzschönung um 2,5 Millionen Euro im Jahr mitgetragen hat. Tatsächlich hat die Flughafen GmbH keinen Euro mehr als zuvor erwirtschaftet.

Nach Ansicht der Geschäftsführung des Flughafens müssten sowohl die Betriebszeiten angepasst als auch die Landebahn verlängert werden, um das Passagieraufkommen zu erhöhen und damit die Wirtschaftlichkeit des Flughafens zu verbessern. Im Jahr 2006 wurden deshalb Pläne für eine Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2800 Meter und eine Erweiterung der Betriebszeiten mit einer Verspätungsregelung bis 24

Uhr und eingeschränktem Flugbetrieb ab 5 Uhr morgens vorgelegt. Bei der Untersuchung verschiedener Szenarien stellte sich heraus, dass die vom Flughafen favorisierte Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2800 Meter mit 132 Millionen Euro nicht finanzierbar ist.

Eine abgeschwächte Variante sieht eine Verlängerung der Betriebszeiten um eine Stunde bis 23 Uhr, eine Verspätungsregelung bis 24 Uhr und eine Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2300 Meter vor. Die Kosten dafür würden ca. 73 Millionen Euro betragen.

Wir GRÜNE halten es jedoch für unwahrscheinlich, das Passagieraufkommen zu erhöhen – ganz unabhängig von den Rahmenbedingungen am Dortmunder Flughafen. Die Geschäftsentwicklung 2008 macht deutlich, dass der Einbruch bei den Passagierzahlen trotz des Versuchs, mit Billigfliegern Marktnischen zu besetzen, nicht zu verhindern



war. Der Grund liegt nicht in den angeblich unzureichenden Betriebszeiten, sondern in steigenden Kerosinpreisen und einem Anwachsen der Konkurrenz bei den Billigfliegern, sodass die Durchschnittserlöse weiter zurückgegangen sind. Zudem wird die Wirtschaftskrise für einen Rückgang der Flugreisen sorgen. Seit August 2008 sind die Passagierzahlen in der deutschen Luftfahrt insgesamt mit -1,1 Prozent rückläufig.

Der Verdrängungswettbewerb wird immer härter. Münster-Osnabrück wird die Start- und Landebahn auf 3800 Meter verlängern und damit ein zunehmend interessanter Standort. Aus der Sicht von Wirtschaftsexperten sind die meisten Ausbauprojekte für Regionalflughäfen allerdings nicht notwendig, da genug Flughafenkapazitäten existieren. Auch der Initiativkreis Ruhr sieht keine Notwendigkeit für einen weiteren Dortmunder Ausbau, und selbst das Land NRW will sein Luftverkehrskonzept nicht zugunsten eines Ausbaus des Dortmunder Flughafens ändern.

Die Subventionierung der Fluglinien durch das Programm NERES in Dortmund hat zu einem Prüfverfahren bei der EU-Kommission wegen

vermuteter unzulässiger Beihilfen geführt. Der Abschluss des Verfahrens ist nicht vor dem Frühjahr/Sommer 2009 zu erwarten. Klar ist schon jetzt, dass die Subventionierung der Regionalflughäfen ein Ende haben wird. Anders als beim Klinikum oder beim Sozialticket handelt es sich beim Flughafen nicht um einen Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge. Bei Bussen und Bahnen müssen nur 48 Cent pro Fahrgast an Defizit ausgeglichen werden, Fluggäste dagegen werden mit 9,48 Euro von den Stadtwerken subventioniert.

Weitere Informationen

Zu den Ausbauplänen finden Sie weitere Angaben im Internet auf der Seite des Flughafens unter: <http://www.dialog-dortmund-airport.de>. Zum Förderprogramm NERES siehe: http://www.dortmund-airport.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dokumente/NERES_DE_NeuesLogo.pdf

Neben diesen wirtschaftlichen Gründen halten wir GRÜNE einen Ausbau des Flughafens auch klimapolitisch für unverantwortlich. Abgesehen von den CO₂-Emissionen verursachen Flugzeuge anders als der Pkw-Verkehr auch in den höheren Schichten der Atmosphäre gravierende Schäden. Für die AnwohnerInnen ist eine Verlängerung der Betriebszeiten nicht hinnehmbar. Fluglärm ist Lärm, der in besonderer Weise stresst und Krankheiten verursacht, wie durch Untersuchungen belegt ist. Der Standort des Flughafens inmitten gewachsener Wohnsiedlungen erfordert das Beibehalten der aktuellen Schutzzeiten. Das gilt auch für das Neubaugebiet am Phoenix-See, das stark durch Fluglärm beeinträchtigt sein wird.

Von daher ist klar, dass wir GRÜNE uns strikt gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens und die Ausweitung der Betriebszeiten und Verspätungsregeln wenden. Wir werden nicht dazu beitragen, ein ökologisch und ökonomisch unsinniges Projekt mit weiteren 100 Millionen Euro Verlusten für die Jahre 2008 bis 2012 plus Investitionen in Höhe von über 70 Millionen Euro oder mehr zu finanzieren.

Ein vollständiger und gezielter Rückbau ist wünschenswert. Aufgrund der trotzdem notwendigen Zahlungen für Zinsen und Tilgung ist diese Variante ökonomisch derzeit nicht zu realisieren. Als langfristige Perspektive sind die Schrumpfung und die Aufgabe des Flughafens jedoch zu prüfen.

Wir GRÜNE bleiben bei unserer Auffassung, dass ein Ausbau des Flughafens schon deshalb unverantwortlich ist, weil die dafür erforderlichen Mittel dringend für soziale Infrastrukturmaßnahmen benötigt werden.

DEMOKRATISCHES DORTMUND

1 EMANZIPATION, MIT- UND SELBSTBESTIMMUNG

Was haben wir erreicht?

- Wir haben mit der GRÜNEN Schul- und Jugenddezernentin eine weitere Frau im Verwaltungsvorstand der Stadt Dortmund etabliert.
- Durch die Verbesserung der Ganztagsbetreuung haben wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.
- Auf GRÜNE Initiative hat sich die Wirtschaftsförderung das Ziel, familienbewusste Arbeitswelt mit zu gestalten und zu unterstützen.
- Mit dem Masterplan für Integration haben wir eine Diskussion über die Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte angestoßen.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Trotz Frauenförderplan, regelmäßiger Berichterstattung im zuständigen Ausschuss und wohlwollender Absichtserklärungen ist die Stadtverwaltung wie auch jedes ihrer Beteiligungsunternehmen eine Männerdomäne. Im Bereich der allgemeinen Verwaltung sind nur 21 Prozent aller Führungsstellen mit Frauen besetzt. Frauen sind in allen Führungsebenen unterrepräsentiert: Je höher die Führungsebene, desto geringer der Frauenanteil.

Da, wo wir direkte Einflussmöglichkeiten hatten, ist es uns gelungen, diese Quote zu verbessern. Zum einen haben wir mit der Wahl unserer Dezernentin für Kinder, Jugend und Schule dafür gesorgt, dass eine weitere Frau im Verwaltungsvorstand sitzt, zum anderen ist es mit der Besetzung der Leitung des Büros unseres Rechts- und Umweltdezernenten gelungen, eine ebenfalls hoch dotierte Stelle mit einer qualifizierten Frau zu besetzen.

Ansonsten dreht sich das Personalkarussell weiter wie gehabt um Posten für verdiente männliche Genossen. Die geringe Zahl der Frauen in Füh-

rungsverantwortung lässt sich nur so interpretieren, dass das immerhin seit 1999 gültige Landesgleichstellungsgesetz nicht ernst genommen wird. Danach sind nämlich Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bei Beförderungen und Höhergruppierungen zu bevorzugen. Die Zahlen besagen, dass es nicht gelungen ist, diese Anforderungen umzusetzen.

Wir werden in unserem Wirkungsbereich weiter für die Erhöhung der Zahl von Frauen in höheren Hierarchieebenen sorgen. Darüber hinaus versuchen wir, in diesem Sinn unseren Einfluss auf die Besetzung von AmtsleiterInnen- und stellvertretenden AmtsleiterInnenpositionen geltend zu machen.

Im Bereich der Ganztagsbetreuung haben wir in den letzten Jahren die Versorgungsquote deutlich verbessert, um mehr Frauen und Männern zu ermöglichen, Familie und Berufstätigkeit zu verbinden. Wir werden weiter daran arbeiten, dass eine Bedarfsdeckung von 100 Prozent erreicht wird (siehe auch Betreuung ausbauen – Qualität sichern, S. 22).

Die Regionalstelle Frau und Wirtschaft ist von der Landesregierung nicht mehr kofinanziert worden, weshalb die erfolgreiche Projektarbeit der Regionalstelle zum 1. Oktober 2008 ausgelaufen ist. Weit über 700 Frauen haben von den Projekten zur Förderung der Erwerbstätigkeit profitiert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in der Zukunft bei der Dortmunder Wirtschaftsförderung Frauenförderung betrieben wird, um die von Frauen gegründeten Unternehmen zu stärken, zu vernetzen und ihnen Raum für ihre Präsentation zu bieten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Frauenanteil in Dortmunder Unternehmen erhöht wird und Frauen in Führungspositionen gelangen. Wir GRÜNE wollen, dass die Wirtschaftsförderung ein neues Mentoringprogramm für Frauen in Unternehmen initiiert. Der auf unsere Anregung hin aufgenommene Zusatz in der Satzung der Wirtschaftsförderung, familienbewusste Arbeitswelt mit zu gestalten und zu unterstützen, muss mit Leben gefüllt werden. Das erfordert u. a. eine Fortführung des Arbeitsschwerpunkts Geschlechtergerechtigkeit mit der Kapazität mindestens einer Person innerhalb der Wirtschaftsförderung.

Neben der notwendigen Frauenförderung heißt Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) aber auch, beide Geschlechter gleich-

berechtigt im Blick zu haben. So sind z. B. Jungen häufiger von Hei-
munterbringung betroffen als Mädchen und besuchen weit häufiger
Förderschulen. Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe soll auch
in Dortmund den zielgerichteten Einsatz von finanziellen und perso-
nellen Ressourcen für den Bedarf von Mädchen und Jungen, Frauen und
Männern ermöglichen.

Integration statt Ausgrenzung

In Dortmund leben etwa 130.000 BürgerInnen mit Zuwanderungsge-
schichte, den größten Anteil stellen die Menschen osteuropäischer Her-
kunft mit 10 Prozent, gefolgt
von der türkischen Minder-
heit mit 8 Prozent. Konkretes
Wissen über diese bedeu-
tende Minderheit ist kaum
vorhanden, diffuse Vorurteile
beherrschen oft das Klima in
unserer Stadt.



Diese werden u. a. durch die
sozialräumliche Trennung von
BewohnerInnen bestärkt, die
als Gruppe mit sozialen, kul-
turellen oder ethnischen Gemein-
samkeiten in bestimmten Stadtvierteln
wohnen, wo sich auch die Infra-
struktur allmählich anpasst. Unters-
uchungen machen jedoch deutlich, dass trotz einer Tendenz zu größerer
Religiösität eine leicht zunehmende gesellschaftliche Durchmischung
und keineswegs die Entwicklung einer Parallelgesellschaft zu beobach-
ten ist.

Mit dem von uns initiierten Masterplan für Integration haben wir GRÜ-
NE eine stadtweite Diskussion angestoßen. Ob die gesellschaftliche In-
tegration gelingen kann, wird sich vor Ort entscheiden, in den einzelnen
Stadtteilen in ihrer Funktion als Lebensmittelpunkt für Zugewanderte
und Mehrheitsgesellschaft.

Auf der Liste der Aufgaben steht die Bildungsfrage weit vorn. Es ist nicht
mehr länger hinzunehmen, wenn aus einem Schuljahrgang ca. 35 Pro-
zent der männlichen sowie 40 Prozent der weiblichen Jugendlichen mit

Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss bleiben (Zahlen von 2006, NRW-Institut für Schulentwicklungsforschung).

Wir wollen bereits im Vorschulalter Rahmenbedingungen schaffen, um zu mehr Chancengleichheit beizutragen und soziale Benachteiligungen auszugleichen. Wir GRÜNE wollen, dass Mehrsprachigkeit Normalität im Schulalltag ist. Integrationspolitisch bedeutet das die Anerkennung der Familiensprache der MigrantInnen und die Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache. Wir unterstützen deshalb die zweisprachigen Modellprojekte in den Kitas, russisch-deutsch sowie türkisch-deutsch. Zudem streben wir für mindestens eine weiterführende Schule die Einführung eines derartigen bilingualen Zweigs an. Die Mittel für die kommunale Bildungsarbeit, insbesondere für die Unterstützung der Elternarbeit bei MigrantInnen (z. B. für flächendeckende Eltern- und Schülercafés) sind aufzustocken. Notwendig ist auch eine institutionelle Förderung von MigrantInnenselbstorganisationen, die sich ehrenamtlich für die Bildungs- und Jugendarbeit einsetzen (siehe auch Kinder und Familien mit Migrationshintergrund fördern, S. 34).

Die oft nur aus populistischen Gründen geführte Debatte um den schulischen Religionsunterricht wollen wir entschärfen. Wir setzen uns für einen in deutscher Sprache vermittelten Unterricht in der jeweiligen Religionszugehörigkeit ein.

Im Sinne von Einbindung statt Ausgrenzung fordern wir die Einführung einer Ausbildungsquote für Auszubildende mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Auch bei den Gesellschaften der Stadt müssen die Bemühungen verstärkt werden, um den Anteil der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung zu erhöhen.

Die allmähliche Integration der Zugewanderten macht sich in der Wirtschaft deutlich bemerkbar. Etwa 7 Prozent der Dortmunder Unternehmen werden von MigrantInnen geführt. Der ethnische Markt ist ein untrennbarer Bestandteil der lokalen Ökonomie der Nordstadt. Von etwa 2500 Unternehmen haben ca. 850 einen Migrationshintergrund. Diese Entwicklung muss als Bereicherung eines vielfältigen Dortmunds gefördert werden (siehe auch Wirtschaftliche Potenziale von Unternehmen mit Migrationshintergrund, S. 78).

Wesentliche Voraussetzung für das Gelingen eines Miteinanders der Kulturen ist die politische Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Nach dem Motto: Hier lebe ich, hier will ich entscheiden! unterstützen die GRÜNEN die Initiative für ein kommunales Wahlrecht der MigrantInnen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. In Dortmund unterstützen wir den Beschluss des AusländerInnenbeirats zur Einführung eines Integrationsrats in der nächsten Wahlperiode.

Integrationspolitik bedeutet aber auch die Verpflichtung, sich für diejenigen einzusetzen, die aus ihren Heimatländern geflüchtet sind und sich bei uns als „Geduldete“, Asylbewerber und „Illegale“ aufhalten. Es ist notwendig, Verständnis für die Situation der Betroffenen zu wecken und ihnen Schutz zu gewähren, wo es rechtlich möglich und aus humanitären Gründen notwendig ist. Runde Tische können dazu beitragen, die notwendige Hilfe über Schulen, Ärzte, Anwälte, Wohnungsgesellschaften und Verwaltung zu organisieren. Wir wollen insbesondere die Situation von Menschen ohne Papiere thematisieren und ein effektives Unterstützungssystem für die Betroffenen schaffen.

Projekte für Jugendliche, aber auch für ältere Menschen müssen immer auch Integrationsprojekte sein. Umgekehrt müssen Projekte wie das Wohnen am Grimmelsiepen auch offen für die Mehrheitsgesellschaft sein. Projektpartnerschaften mit dem Istanbuler Stadtteil Beyoğlu und Trabzon, die wir unterstützen, werden dazu beitragen, das Verständnis für die Kultur der DortmunderInnen mit türkischem Hintergrund zu fördern (siehe auch Migrationskultur – Projekte aus unterschiedlichen Herkunftsländern, S. 38).

Homosexuelle Menschen in Dortmund

Schwule und Lesben sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft, dennoch ist Toleranz gegenüber Homosexuellen immer noch keine Selbstverständlichkeit. Zwar wurde, vorangetrieben durch die GRÜNEN auf Bundesebene, mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung getan, trotzdem sind noch viele Anstrengungen nötig auf dem Weg zur Integration und zur Akzeptanz von Homosexuellen.

Diese müssen vor Ort, auf kommunaler Ebene, unternommen werden. Schwulen- und Lesbenpolitik ist für uns GRÜNE eine Querschnittaufga-

be in der Kommunalpolitik, die sich jedoch insbesondere in den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit widerspiegeln muss.

Wir treten für die Interessen von Schwulen und Lesben ein und wollen in unserer Stadt alles daran setzen, bestehende Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen zu verhindern. Wir wollen Verständnis und Austausch fördern und ein friedliches bereicherndes Miteinander ermöglichen.

Wir GRÜNE werden deshalb:

- ▶ das gerade neu eingerichtete schwul-lesbische Jugendzentrum „Sunrise“ fördern, das heißt für uns GRÜNE, dass Fachkräfte (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen usw.) als Ganztagskräfte eingestellt werden
- ▶ dafür eintreten, dass Lesben und Schwule im Alter in den Senioren- und Pflegeheimen auf geschultes Personal treffen, das für die homosexuelle Problematik sensibilisiert wurde
- ▶ lesbische und schwule Altersprojekte wie ein AltenpflegeGayHeim aktiv unterstützen
- ▶ ein schwul-lesbisches Mehrgenerationenwohnprojekt unterstützen
- ▶ weiterhin am Runden Tisch teilnehmen, der die aktuellen Probleme direkt aufgreifen kann
- ▶ die bestehenden schwul-lesbischen Einrichtungen wie das KCR, den SLADO usw. unterstützen
- ▶ das schwul-lesbische Straßenfest durch aktive Teilnahme begleiten
- ▶ die Schaffung eines schwul-lesbischen MigrantInnenprojekts fördern

2 FÜR MENSCHENRECHTE UND GEWALTFREIHEIT

Was haben wir erreicht?

- Mit dem „Lokalen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ werden auf GRÜNE Initiative erstmals der Rechtsextremismus in Dortmund analysiert sowie bestehende Strukturen und Aktivitäten gegen Rechts effektiv vernetzt, unterstützt und ausgebaut. In den kommenden Monaten wird dazu ein umfassendes städtisches Handlungskonzept für Vielfalt, Demokratie und Toleranz erstellt. Der Akti-

onsplan gegen Rechts ist mit jährlich 100.000 Euro ausgestattet, die überwiegend in Aktionen und Programme fließen. Zur Umsetzung des Aktionsplans ist eine eigene Koordinierungsstelle im Rathaus geschaffen worden.

- Als Gründungsmitglied des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus haben wir einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet. Der Arbeitskreis umfasst zahlreiche Organisationen, u. a. die evangelische und katholische Kirche, den Jugendring, die Fachhochschule Dortmund, den DGB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Darüber hinaus haben Mitglieder der GRÜNEN die Regionalgruppe östliches Ruhrgebiet des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ mit gegründet.
- Die Schließung des Naziladens „Donnerschlag“ in der Rheinischen Straße wurde durch umfassende Recherchen, Aufklärung und Überzeugen vor Ort in Zusammenarbeit mit den Anliegern ermöglicht. Für die Vermieter von Einzelhandelsflächen wurde eine Checkliste zusammengestellt, um sich vor potenziellen Mietern aus dem rechts-extremen Umfeld zu schützen.
- Mit Informationskampagnen und spektakulären Aktionen haben die GRÜNEN über die heuchlerischen Ziele der Nazidemonstrationen aufgeklärt.



Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Wir GRÜNE treten für BürgerInnenrechte ein. Schon immer und überall haben sich die GRÜNEN neofaschistischen und rassistischen Tendenzen entgegengestellt. In Dortmund haben wir uns besonders aktiv an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus be-



teilt. Neonazis müssen auch weiterhin mit unserem Widerstand rechnen, wenn sie in Dortmund auftreten.

Die durch den „Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ geschaffene Koordinierungsstelle werden wir weiter unterstützen und finanzieren.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass VertreterInnen aus unterschiedlichsten Bereichen wie Jugendhilfe, Schule, Polizei, gesellschaftliche Gruppen, Initiativen und Vereine usw. ein gemeinsames antifaschistisches Bündnis eingehen.

Der öffentliche Disput gegen Rechtsextremismus ist auch im Rat der Stadt notwendig. Anträge der DVU und NPD sollten in ihrem rassistischen und völkischen Kern entlarvt und angegriffen werden. Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass es in Zukunft ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen aller demokratischen Parteien und Fraktionen gibt.

Seit Jahren rufen wir GRÜNE zu öffentlichen Kundgebungen gegen rechtsextreme Propaganda und Gewalt auf. Nach der rechtswidrigen Einkesselung und Einschüchterung Hunderter antifaschistischer DemonstrantInnen durch die Dortmunder Polizei im Jahr 2000 haben wir uns für Polizeistrategien eingesetzt, die eine angstfreie Wahrnehmung des Versammlungsrechts auch für Nazigegner gewährleisten. Die Dortmunder GRÜNEN haben zahlreiche Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Rechts begleitet, beobachtet und unter diesem Gesichtspunkt kritisch bewertet. Diese Praxis werden wir fortsetzen.

Wir GRÜNE begrüßen es, dass sich in Dortmund eine lebendige und vielfältige Erinnerungskultur zu den nationalsozialistischen Verbrechen etabliert hat. Die Stolpersteine des Kölner Bildhauers Gunter Demnig und der Zug der Erinnerung sind zwei viel beachtete Beispiele dieses Engagements. In der Bildungsarbeit über die nationalsozialistische Zeit lösen die authentischen Orte der Verbrechen und ihre Geschichten die Berichte und Begegnungen mit Zeitzeugen ab. In Dortmund gilt es, die Steinwache für neue Wege in der Bildungsarbeit auszustatten (siehe auch Erinnerungskultur, S. 38).



BEZIRKSVERBAND RUHR – POSITIONSPAPIER: UMBAU 2010

Wirtschaftsstandort Ruhr: Ökonomische Stärke in Arbeitsplätze umwandeln. Soziale Spaltung verhindern.

In den letzten Jahrzehnten hat das Ruhrgebiet einen tief greifenden wirtschaftlichen Wandel durchlaufen. Klassische Industriearbeitsplätze in der Montan- oder Stahlindustrie gingen verloren. Mit dem bevorstehenden Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus wird die Lösung aus der Schwerindustrie weitgehend beendet sein. Heute ist das Ruhrgebiet eine starke Wirtschaftsregion mit Schattenseiten. Einerseits gibt es nirgendwo so viele DAX-Konzernzentralen auf einem Raum wie hier. Andererseits erreicht die Region mit einer Durchschnittsarbeitslosigkeit von fast 12 Prozent einen Negativrekord in NRW. Auch wenn hier lokal erhebliche Unterschiede bestehen, so verharrt die Arbeitslosigkeit überall auf hohem Niveau.

Das Ruhrgebiet braucht daher Investitionen und Innovationen mittelständischer Betriebe, denn diese bilden das Rückgrat für neue Arbeitsplätze. Heute sind Dienstleistungen und Wissen die Basis der Wirtschaftsmetropole Ruhr. Allerdings bleibt das Revier auch weiterhin eine potente Industrieregion. Ein Grund für das scheinbare Schrumpfen industrieller Produktionen liegt auch darin, dass viele begleitende Tätigkeiten heute als ausgegliederte Dienstleistungen verrichtet und erfasst werden. Aber das Ruhrgebiet braucht beides: Neue Dienstleistungen und umweltverträgliche Industrie, denn nur in dieser Kombination schaffen wir neue Arbeitsplätze!

Aktive Wirtschaftsförderung ist für uns eine Kernaufgabe intelligenter Regionalpolitik. Dafür ist es unerlässlich, zukunftssträchtige Cluster, insbesondere mit natürlichen Wurzeln im Revier, zu fördern, solange ihre regelmäßige Evaluierung dies rechtfertigt. Clusterpolitik ist aber in erster Linie zukunftsgerichtet. Der Erhalt nicht überlebensfähiger Branchen ist eine nicht zu rechtfertigende Subvention auf Kosten des Steuerzahlers und wird von uns strikt abgelehnt.

Mit der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft „metropoleruhr GmbH“ besitzt die Region ein hierfür geeignetes Instrument. Sie muss dort unterstützen, wo städtische Gesellschaften allein nicht weiterkommen. Sie muss Konzepte für die Gesamtregion entwickeln, denn nur so kann sie den nationalen und internationalen Auftritt der Metropole Ruhr organisieren.

Regenerative Energien, Logistik, Informatik und Gesundheitswirtschaft stehen angesichts der klimatischen und soziodemografischen Entwicklung und insbesondere auch angesichts der Verankerung in der Region ganz vorn auf der Agenda. Aber auch Kulturwirtschaft und Tourismus bilden, gerade vor dem Hintergrund der einzigartigen Geschichte des Ruhrgebiets und der einmaligen Melange der Bevölkerung, ein Potenzial, das mit verhältnismäßig wenig Geld erschlossen werden kann und erschlossen werden muss.

Das Ruhrgebiet insgesamt hat in den letzten Jahrzehnten von milliardenschweren Subventionen aus den europäischen Förderprogrammen profitiert. Hierbei war es hilfreich, dass die ehemalige Kohle- und Stahlregion als einziger Landesteil die Fördermittel beanspruchen konnte. Dieser Geldsegen war für das Ruhrgebiet Fluch und Segen zugleich. Fehlende regionale Zusammenarbeit führte dazu, dass nach dem Gießkannenprinzip nahezu in jeder Stadt des Ruhrgebiets die gleichen Projekte gefördert wurden. Musterbeispiele hierfür sind die Technologiezentren, die in jeder Stadt durch die Fördermittel aus dem Boden geschossen sind, ohne jedoch auf eine inhaltliche Profilierung und Schwerpunktsetzung zu achten.

Mit der neuen Förderperiode für die Jahre 2007 bis 2013 hat sich dies insofern geändert, als dass auch Regionen außerhalb des Ruhrgebiets europäische Fördermittel beantragen können. Die Konzentration auf die lokalen Stärken muss somit für die Städte in der Metropole Ruhr bei

den Projekten zur Stadtentwicklung absolute Priorität erlangen. Die notwendige Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit zur Überwindung der Krise auf dem Arbeitsmarkt ist für die Metropole Ruhr somit mehr denn je von einer gut koordinierten und intensiven regionalen Zusammenarbeit abhängig.



Bei der Entwicklung von Flächen zur Ansiedlung neuer Unternehmen steht für uns weiterhin die Revitalisierung von Industriebrachen, insbesondere aus der Montanvergangenheit des Ruhrgebiets, im Vordergrund. In zahlreichen Städten wurden und werden hier zukunftssträchtige Arbeitsplätze geschaffen. Die Ausweisung neuer großflächiger Industriegebiete in den ohnehin spärlichen Freiräumen unserer dicht besiedelten Region betrachten wir hingegen kritisch. Projekte wie „newPark“ im Norden der Metropole Ruhr, die große Mengen an Fördermitteln binden, welche andernorts zur Wiederherstellung ehemaliger Industriebrachen fehlen, lehnen wir aus ökologischen und wirtschaftlichen Überlegungen ab.

Vom Strukturwandel und der Krise auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen, MigrantInnen sowie Menschen mit geringem oder gar ohne Bildungsabschluss besonders betroffen. Unter diesen Bedingungen sind die Kürzungen der Landeszuschüsse für die Regionalstellen Frau und Beruf oder die Arbeitslosenberatungsstellen kontraproduktiv und verschärfen die Situation in unzumutbarer Weise.

Die Existenz eines zweiten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkts ist auch in den kommenden Jahren als Flankierung der strukturellen Anpassung unabdingbar. Dieses Erfordernis wollen wir mit den zahlreichen Aufgaben, die der Umbau weiter Teile der Metropole Ruhr in den kommenden Jahren bereithalten wird, verknüpfen.

Wissensregion Ruhr: Mehr Bildung ist der Schlüssel. Chancen von MigrantInnen verbessern.

Durch beispielhafte Investitionen ist im Ruhrgebiet in den 1960er- und 1970er-Jahren eine neue Hochschullandschaft entstanden, die Bildung und beruflichen Erfolg – verbunden mit sozialem Aufstieg für viele – gebracht hat. Zurzeit sind knapp 145.000 Studentinnen und Studenten an den Hochschulen der Metropole Ruhr eingeschrieben. Trotz abschreckender Studiengebühren steigen aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge an fast allen Hochschulen die Erstsemesterzahlen. Es ist daher an der Zeit, dieser jetzt jungen Generation statt überfüllter und maroder Hörsäle und Studiengebühren ein hervorragendes System von Universitäten zur Verfügung zu stellen. Dadurch kann das Ruhrgebiet eine mit anderen Regionen vergleichbare Startposition bekommen und dem absehbaren Mangel an exzellenten Fachkräften entgegenwirken. Wir fordern die Landesregierung auf, nicht in Leuchtturmprojekte zu investieren, sondern einen personell und technisch gut ausgestatteten Verbund aus allen Unis und Fachhochschulen im Revier zu bilden und so in der Breite eine gute Ausbildung zu ermöglichen anstatt Wenige zu bevorzugen.

Auch um unsere Schulen steht es nicht zum Besten. Leider wird noch viel zu oft für eine nur noch imaginierte Zielgruppe unterrichtet. Bedürfnisse vieler Kinder mit nicht deutscher Muttersprache spielen eine untergeordnete Rolle, obwohl in vielen Stadtteilen im Revier die Hälfte und mehr der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Damit deren Schullaufbahn nicht absehbar ohne berufliche Perspektiven bleibt, muss bereits vor Eintritt in die Schule mit der Aufarbeitung sprachlicher Defizite begonnen werden. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien werden nicht ausreichend gefördert, weil unser Schulsystem im Kern eine Bildungsinstitution ohne ausreichende Handreichung zur Erziehung ist. Aber auch besonders begabten Kindern fehlt eine auf sie zugeschnittene Förderung.

Wir halten das Ruhrgebiet für besonders gut geeignet, um hier zu erproben, was die Landesregierung scheut, aber alle BildungsexpertInnen und die Wirtschaft fordern: einen Ausbau der U3-Betreuungsplätze sowie eine Schule für alle mit individueller Förderung für jeden. Uns ist bewusst, dass beide Vorhaben mit einem höheren Personalaufwand verbunden sind. Die dafür eingesetzten Mittel werden sich aber in wenigen

Jahren auszahlen, wenn Jugendliche mit gutem Schulabschluss und hoher sozialer Kompetenz Erfolg in Gesellschaft und Beruf haben werden.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben es oft schwerer als gleichaltrige deutsche Jugendliche, einen Ausbildungsplatz zu finden. Weniger als jeder vierte aller 18- bis 21-jährigen MigrantInnen befindet sich in einer Berufsausbildung oder hat eine solche erfolgreich abgeschlossen. Unter gleichaltrigen Deutschen sind es mehr als doppelt so viele. Aber auch hochwertige Bildungsabschlüsse sind für diese Gruppe keine Garantie auf einen Job. Unter den 25- bis 35-Jährigen mit Abitur oder Fachhochschulreife sind beispielsweise Türkischstämmige doppelt so oft arbeitslos wie Deutsche. Neben bewusster oder unbewusster Diskriminierung ist oft das fehlende Netzwerk der Grund für Probleme beim Einstieg in die Berufswelt. Das betrifft nicht nur Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Während etwa deutsche Studentinnen über Netzwerke an begehrte Praktika kommen, ist das für MigrantInnen schwierig. Die Lösung kann nur in besseren Bildungsangeboten speziell für sie liegen, denn Teilhabe ist Voraussetzung und nicht Folge der Integration.



Wohnstandort Metropole Ruhr: Urbane Kulturlandschaften aufbauen. Gesunde Umweltbedingungen schaffen.

Um die Lebensbedingungen der Menschen insbesondere in der Emscherzone entscheidend zu verbessern, werden wir das ehrgeizige Projekt „Emscherumbau“ weiter vorantreiben. Die Sanierung und der naturnahe Umbau des Flusssystemes werden dabei durch einen viele Kilometer umfassenden Ost-West-Park ergänzt, der zusammen mit den bestehenden regionalen Grünzügen die Lebensbedingungen in der Emscherzone erheblich verbessern wird. Ziel ist, die Flüsse Ruhr, Emscher und Lippe wieder zu zentralen Erholungsräumen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Metropole Ruhr zu machen.

Der begonnene Stadtumbau West muss in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Anhaltender Bevölkerungsrückgang diktiert hierbei das Tempo. Viele Wohngebiete sind in den 1950er- bis 1970er-Jahren entstanden und heute reichlich heruntergekommen. Sie müssen umfassenden Sanierungen unterzogen werden und den veränderten Anforderungen von Familien, Mehrgenerationenwohnen, kinder- und altengerechtem Wohnen angepasst werden. Bei großem Anteil von Leerständen muss hier und dort auch ein Abriss in Betracht gezogen werden. So gewonnener Stadtraum kann für neue Parks und Grüngebiete genutzt werden und helfen, die Wohnqualität in den Kernstädten zu erhöhen.

Der Regionalverband Ruhr erbringt seit vielen Jahren unverzichtbare Leistungen für eine lebenswerte Metropole Ruhr. Die über 15.000 Hektar eigener Wald- und Grünflächen stellen attraktive und abwechslungsreiche Naherholungsgebiete für die BürgerInnen der Metropole Ruhr dar. Zu den Leistungen des Regionalverbandes zählen darüber hinaus auch die Planung und der Bau von Rad- und Wanderwegen. Der neu geschaffene Ruhrtal-Radweg ist bereits nach zweijährigem Bestehen einer der beliebtesten Radwanderwege Deutschlands.

In der Metropole Ruhr gibt es über 20 Spaß-, Freizeit- und Wellnessbäder mit regionaler Bedeutung, von denen allein der RVR sieben betreibt. Hinzu kommen zahllose Bäder und Saunanlagen von lokaler Bedeutung. Wir wollen das flächendeckende Angebot solcher Einrichtungen, die der Gesundheit und Erholung der Menschen in der Metropole Ruhr zuträglich und zugleich wichtige weiche Standortfaktoren sind, erhalten. Allerdings bedarf es eines abgestimmten regionalen und lokalen Angebots, denn es ist nicht hilfreich, wenn sich lokale und regionale öffentliche Betreiber gegenseitig „kannibalisieren“.

Um die Lebensqualität in der Metropole Ruhr zu verbessern, haben die Grünen im RVR gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner bereits 2005 einen Masterplan „Saubere Luft im Ruhrgebiet“ auf den Weg gebracht. Aus diesem entstand das Konzept zur Schaffung einer „Umweltzone Ruhr“. Wir sind gemeinsam mit vielen ExpertInnen der Auffassung, dass nur die Realisierung eines solch umfassenden Programms zu messbarer Verbesserung der Luftqualität führen wird. Leider verweigert sich die Landesregierung zurzeit einer solchen Lösung und bevorzugt planearisches Flickwerk ohne Konsequenzen.

Wir unterstützen auch die zahlreichen örtlichen Widerstände gegen die geplanten Bauprojekte mehrerer neuer Kohlekraftwerke in und um das Ruhrgebiet. Dies ist ein klimapolitisch fataler Weg und beeinträchtigt zudem die Lebensqualität an den Standorten erheblich.



Umweltfreundlich mobil in der Metropole Ruhr: Öffentlichen Nahverkehr stärken. Verkehrskollaps beseitigen.

Tagtäglich erleben die Menschen im Ruhrgebiet die Staus auf den Autobahnen und in den Innenstädten. Wer ausweichen will und stattdessen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen will, sieht sich mit verstopften, maroden Zügen, Bussen und Straßenbahnen konfrontiert und muss zudem in aller Regelmäßigkeit Verspätungen und ein ausgedünntes Angebot bei steigenden Fahrpreisen hinnehmen. Besonders schwer erwischt es denjenigen, der umweltbewusst seine täglichen Besorgungen und Arbeitswege mit dem Fahrrad erledigen will. Der ständig wiederkehrende Verkehrskollaps des Ruhrgebietes ist hausgemacht, denn der größte Teil des Verkehrs wird innerhalb der Städte abgewickelt. So werden in Großstädten wie Dortmund, Duisburg, Essen oder Gelsenkirchen vier Fünftel, in kleineren Städten drei Viertel aller Wege innerhalb der jeweiligen Stadtgrenzen zurückgelegt. Lediglich ein Viertel der Fahrten wird für Wege zur Arbeitsstätte unternommen. Fast die Hälfte aller Fahrten werden für Einkaufs- und Freizeitaktivitäten durchgeführt.

Die Diskussionen zu den vom Auto- und Lkw-Verkehr ausgelösten Feinstaub-, Stickstoffoxid- und Lärmbelastungen in den städtischen Wohn- und Lebensquartieren machen deutlich, dass nur mit einer konsequenten Verkehrswende in Richtung Bus, Bahn und Fahrrad die Verkehrsprobleme gelöst werden können. Stattdessen setzt die schwarz-gelbe Landesregierung ihren Schwerpunkt auf einen weiteren Ausbau des Landes-, Bundesstraßen- und Autobahnnetzes und stellt gleichzeitig weniger Geld für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung.

Der Bund hat die sogenannten Regionalisierungsmittel für den Schienennahverkehr seit 2006 drastisch reduziert. Weitere Verschlechterungen mussten durch Mittelstreichungen beim Schülerverkehr, bei der Schwerstbehindertenbeförderung und der Fahrzeugförderung hingenommen werden. Während die Bundesländer Hessen und Bayern die entfallenden ÖPNV-Finanzierungsmittel durch die erhöhte Mehrwertsteuereinnahme teilweise kompensiert haben, war die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hierzu nicht bereit. Stattdessen lauten die diesbezüglichen Antworten von SPD und CDU in der Verbandsversammlung des VRR: Ausdünnung des Angebotes bei gleichzeitiger Erhöhung der Fahrpreise! So wurde insbesondere in ländlich orientierten Randlagen des Ruhrgebiets das Angebot im Regionalverkehr entweder ausgedünnt und oder gänzlich gestrichen. Weitere massive Einschränkungen sind in den kommenden Jahren für den Regionalverkehr zu erwarten. Demgegenüber wurde der Fahrpreis eines Einzelfahrscheins in den letzten fünf Jahren um 25 bis 36 Prozent erhöht.

Gleichzeitig wird der Börsengang der Bahn (DB) auf dem Rücken des Regionalverkehrs ausgetragen. Baufällige Bahnhöfe, defekte, überalterte und verschmutzte Züge sowie ein marodes Streckennetz kennzeichnen das im Ruhrgebiet vorgehaltene Angebot der DB. Im Gegenzug fährt sie im vom VRR finanzierten Regionalverkehr höchste Gewinne ein. Eine Änderung der DB-Geschäftspolitik zulasten des Regionalverkehrs ist nicht erkennbar. Daher unterstützen wir die Herangehensweise des VRR, bei Neuausschreibungen von Regionalstrecken in verstärktem Maße auf private Anbieter wie die Prignitzer Eisenbahn, die Nordwestbahn, Abellio oder die RegioBahn zu setzen. Diese fahren nicht nur günstiger, sondern auch pünktlicher und mit neueren Fahrzeugen.

Die Metropole Ruhr braucht eine ÖPNV-Ausbauoffensive. Wer die Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen will, der muss auch ein attraktives Angebot vorhalten. Dies gilt insbesondere für die ländlich orientierten Kreise und für einen Ausbau der unzureichenden Nord- und Südverbindungen innerhalb des Ruhrgebietes. Dazu gehören die Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express' (RPX) als Schnellverbindung zwischen Dortmund und Köln und der Erhalt und Ausbau der Volmetalbahn und der Emschertalbahn. Außerdem möchten wir mittelfristig die Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der heute nur vom Güterverkehr genutzten Trasse der historischen Hamm-Osterfelder Bahn erreichen. Bei den maroden Stationen besteht ebenfalls akuter Handlungs-

bedarf: Wir brauchen eine Ausweitung der Modernisierungsoffensive für Bahnhöfe und einen mobilitätsgerechten Ausbau der Haltepunkte.

Der öffentliche Personennahverkehr ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Die Bereitschaft mit Bus und Bahn zu fahren, schwindet mit jeder weiteren Preiserhöhung. Angesichts der hohen Fahrpreise können viele Menschen im Hartz-IV- oder im Sozialgeldbezug am öffentlichen Leben nicht mehr teilnehmen. Im Arbeitslosengeld II ist lediglich ein Monatsbetrag von 14,00 Euro für Verkehrsdienstleistungen vorgesehen. Allein ein 4er-Ticket der Preisstufe B Erwachsene kostet nach der jüngsten Fahrpreiserhöhung demgegenüber 15,00 Euro. Daher wollen wir flächendeckend im gesamten Ruhrgebiet ein Sozialticket schaffen, welches die Mobilität von einkommensschwachen Menschen sichert. Mobilität darf nicht am Geldbeutel einkommensschwacher Haushalte scheitern.

Nach dem Kulturhauptstadtjahr: Schwung der RUHR.2010 erhalten. Junge und freie Szene stärken.

Die Kulturhauptstadt Europas hat das Selbstbewusstsein der Region gestärkt. Sie hat bereits im Vorfeld gezeigt, welche enormen Kreativitätspotenziale in unserer Region schlummern. Sie hat mentale Barrieren zwischen den Kulturverwaltungen, dem kulturinteressierten Publikum und teilweise auch den Kulturschaffenden aufgelöst. Sie hat neue Kooperationen über kommunale Grenzen hinweg ermöglicht. Sie macht Mut für eine lebenswerte Zukunft. Nun gilt es, den Schwung zu bewahren und die Möglichkeiten für weitere Erfolgserlebnisse zu erweitern. Denn freiwillige Kooperationen über kommunale Grenzen hinweg sind in der Kulturpolitik eine Bereicherung, erst recht in der dichten Kulturlandschaft des Ruhrgebietes.

Der Regionalverband Ruhr hat in unserem Verständnis die Aufgabe, kommunale Selbstbestimmung in kulturpolitischen Entscheidungen zu schützen, ohne dabei Separatismus zu fördern. Mit der von den Grünen forcierten Erstellung eines Masterplans Kultur spürt der RVR gemeinsam mit den Kommunen die wichtigsten Handlungsfelder für erfolgreiche Kooperationen auf. Auf dieser Basis soll der RVR Plattformen entwickeln und betreiben, um den mit der Kulturhauptstadt begonnenen Weg nachhaltig verankern.

Die kommunale Kulturpolitik mit ihren autarken Entscheidungen bis hin zur Stadtteilebene verstehen wir als echte Stärke. In ihrer Dichte im Ruhrgebiet erzeugt sie eine kulturelle Vielfalt, die es zu schützen gilt. Ein Problem für die kommunale Kulturpolitik ist jedoch, dass gerade finanzschwache Kommunen kaum kulturpolitische Spielräume haben. So dürfen diese Kommunen aufgrund von Haushaltssicherungsvorgaben des Landes nur noch Kulturinstitutionen im Rahmen bestehender Verträge fördern. Für neue Entwicklungen gibt es oft keinerlei finanzielle Spielräume. Damit wird die Kulturlandschaft kaputt gespart: Um das grundsätzlich zu ändern, müssen auch Land und Bund faire finanzielle Rahmenbedingungen für die Ruhrkommunen schaffen. Ein starkes kulturelles Engagement der Wirtschaft darf keine Kompensation für fehlende öffentliche Kulturpolitik sein.



Für die kommende Legislaturperiode werden wir uns daher auch für die Einrichtung eines „Venture Cultural Fonds Ruhr“ einsetzen. Dieser soll ausschließlich für Projekte Kulturschaffender im Ruhrgebiet eingerichtet werden, die keine andere institutionelle Förderung erhalten. Damit wollen wir insbesondere jungen und ungewöhnlichen Kulturansätzen mit hohen Risiken und großen Chancen die Möglichkeit bieten, sich um verschieden gestückelte Kulturetats zu bewerben, ohne gegen institutionelle, etablierte Konkurrenz antreten zu müssen. Die Auswahl wird von einer unabhängigen Jury getroffen werden.

Solidarische Metropolregion Ruhrgebiet: Wider das Kirchturmdenken. Krise gemeinsam überwinden.

Die Herausforderungen, die in den kommenden Jahren vor der Metropole Ruhr liegen, übersteigen die Kräfte einzelner Städte und sind mit dem traditionellen Kirchturmdenken nicht zu bewältigen. Hier muss das Ruhrgebiet als Ganzes handeln können. Daher ist eine weitere Stärkung des Regionalverbandes Ruhr als Klammer der 11 kreisfreien sowie 42

kreisangehörigen Städte in vier Landkreisen notwendig. Wir wollen den Regionalverband Ruhr zur Region Ruhr weiterentwickeln, die dort, wo es sinnvoll ist, staatliche sowie kommunale Aufgaben bündelt und durch direkte Wahlen legitimiert wird. Die BürgerInnen sollen diejenigen Parteien und PolitikerInnen wählen können, die mit klarem Profil für eine Stärkung der Regionalpolitik eintreten. Die Metropole Ruhr braucht endlich die gleichen Strukturen wie dies in erfolgreichen Regionen wie Hannover, Frankfurt und Stuttgart bereits seit Jahren der Fall ist.

Der Regionalverband Ruhr und die Verbandsversammlung sollen in allen Feldern der Regionalpolitik durch eine Erweiterung der Kompetenzen gestärkt werden. Ein erster wichtiger Schritt hierzu ist die Übertragung der Kompetenz für die Regionalplanung, die zum 1. Oktober 2009 wirksam wird. Die Fachplanungen wie zum Beispiel für die Abfallwirtschaft, die Umwelt- und Freiflächen oder die Wasserwirtschaft sind jedoch in der Zuständigkeit der Bezirksregierungen in Arnsberg, Düsseldorf und Münster verblieben. Dies produziert überflüssige Bürokratie und sollte als nächster Reformschritt folgen.

Der RVR muss sich auch als erste Anlaufstelle bei sämtlichen Fragestellungen für die Region etablieren. Mit der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „metropoleruhr GmbH“ ist hierfür ein wichtiger Baustein gelegt worden. Zu stärken ist dies noch bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Und gerade für die Jugendlichen und jüngeren Generationen ist heute die städteübergreifende Mobilität und Nutzung der Freizeitangebote in der gesamten Region eine tägliche Selbstverständlichkeit geworden.

Wir wollen außerdem die Beteiligungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ausbauen. Analog zu den kommunalen Räten sollte der RVR für Anregungen und Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern klare rechtliche Grundlagen schaffen.

AutorInnen:

Börje Wichert, Thomas Rommelspacher, Mario Krüger, Martin Tönnies, Sabine von der Beck

UNSER TEAM FÜR DEN RAT DER STADT DORTMUND



Uta Schütte-Haermeyer, Saziye Köse, Ulrich Langhorst, Ulrike Märkel, Benjamin Beckmann, Birgit Pohlmann-Rohr, Sebastian Neumann, Ingrid Reuter, Barbara Blotenberg, Wolfram Frebel, Mario Krüger, Helga Hilbert-Zamfirescu, Martina Stackelbeck, Jürgen Brunsing, Martin Tönnies (von links)

1. Ingrid Reuter, Redakteurin, 52 Jahre
2. Mario Krüger, Dipl.-Ing. Techn. Gebäudeausrüstung, 51 Jahre
3. Ulrike Märkel, Dipl.-Designerin, 40 Jahre
4. Wolfram Frebel, Kriminalbeamter, 51 Jahre
5. Barbara Blotenberg, Familienmanagerin, 48 Jahre
6. Martin Tönnies, Wiss. Mitarbeiter, 49 Jahre
7. Helga Hilbert-Zamfirescu, Hausfrau, 53 Jahre
8. Ulrich Langhorst, Dipl.-Geograf, 41 Jahre
9. Birgit Pohlmann-Rohr, Dipl.-Ing. Stadtplanung, 51 Jahre
10. Sebastian Neumann, Zivildienstleistender, 23 Jahre
11. Saziye Köse, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, 40 Jahre
12. Jürgen Brunsing, Dr.-Ing. Raumplanung, 49 Jahre
13. Martina Stackelbeck, Dipl.-Volkswirtin, 49 Jahre
14. Benjamin Beckmann, Statistiker, 28 Jahre
15. Uta Schütte-Haermeyer, Dipl.-Erziehungswissenschaftlerin, 43 J.
16. Friedrich A. Roesner, Regisseur, 56 Jahre
17. Svenja Noltemeyer, Dipl.-Ing. Raumplanung, 28 Jahre
18. Mathias Wittmann, Kaufmann, 23 Jahre
19. Dagmar Greskamp, Wiss. Mitarbeiterin, 32 Jahre
20. Axel Kunstmann, Gymnasiallehrer, 55 Jahre
21. Ursula Hawighorst-Rüßler, Dipl.-Sozialpädagogin, 50 Jahre
22. Hans-Georg Schwinn, Dipl.-Informatiker, 46 Jahre
23. Barbara Brunsing, Geografin, 48 Jahre
24. Vlado Plaga, Grundschulreferendar, 28 Jahre
25. Gisela Sichelschmidt, Dipl.-Ing. Raumplanung, 47 Jahre
26. Matthias Dudde, Historiker, 42 Jahre
27. Katja Bender, Dipl.-Päd./akad. Sprachtherapeutin, 36 Jahre
28. Fritz Goersmeyer, Hausmann, 50 Jahre
29. Isabella Knappmann, Dipl.-Pädagogin, 52 Jahre
30. Wilfried Rupflin, Wiss. Angestellter, 59 Jahre
31. Birgit Unger, Geschäftsführerin, 52 Jahre
32. Klaus Tillmann, Hausmann, 51 Jahre
33. Jutta Fuchs, Lehrerin i.R. , 64 Jahre
34. Ulrich Begemann, Selbständig, 54 Jahre
35. Rita-Maria Schwalgin, Dipl.-Ing. Architektur, Designerin, 57 J.
36. Manfred Jockheck, Dipl.-Designer, 60 Jahre



SO KÖNNEN SIE UNS ERREICHEN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund

Ruhrallee 44
44139 Dortmund
Fon 0231 121171
Fax 0231 121164
info@gruene-dortmund.de
www.gruene-dortmund.de
www.mario-krueger.com

Kreisgeschäftsführerin:

Martina Müller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Fon 0231 5022078
Fax 0231 5022094
fraktion@gruene-do.de
www.gruene-dortmund.de

GeschäftsführerInnen:

Petra Kesper
Fachbereiche: Ökologie, Wirtschaft und Stadtplanung
Stefan Neuhaus
Fachbereiche: Sozialpolitik, Schule, Kinder, Jugend und Kultur

Büromanagement:

Manuela Meyer

Grüne Jugend Dortmund

Ruhrallee 44
44139 Dortmund
info@gjdo.de
www.gjdo.de

Sprecher: Enno Wiesner
Fon 0171 8465881
enno@gjdo.de



Grüne Jugend
Dortmund

Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor Ort

Aplerbeck	Walther Heuner, Fon 0231 443948 aplerbeck@gruene-dortmund.de
Brackel	Ulrich Begemann, Fon 0231 271688 brackel@gruene-dortmund.de
Eving	Ellen Heilmann, Fon 0231 851647 eving@gruene-dortmund.de
Hörde	Klaus Tillmann, Fon 0231 437413 hoerde@gruene-dortmund.de
Hombruch	Barbara Brunsing, Fon 0231 756328 hombruch@gruene-dortmund.de
Huckarde	Ursula Hawighorst-Rüßler, Fon 0231 393820 huckarde@gruene-dortmund.de
Innenstadt-Nord	Hans-Georg Schwinn, Fon 0231 823618 innenstadt-nord@gruene-dortmund.de
Innenstadt-Ost	Ingrid Reuter, Fon 0231 524831 innenstadt-ost@gruene-dortmund.de
Innenstadt-West	Vlado Plaga, Fon 0231 9999303 innenstadt-west@gruene-dortmund.de
Lütgendortmund	Frank Meyer, Fon 0231 693377 luetgendortmund@gruene-dortmund.de
Mengede	Axel Kunstmann, Fon 0231 357332 mengede@gruene-dortmund.de
Scharnhorst	Wolfram Frebel, Fon 0179 4395683 scharnhorst@gruene-dortmund.de

STICHWORTREGISTER

- A** AGARD 43, 44
 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus 98, 100
 „Aktionsplan Soziale Stadt“ 13, 15, 55, 57
 Altbausanierung 66
 Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte 67, 68
 Arbeitslosenberatung 10, 103
 Arbeitslosengeld II 11, 14, 15
 Arbeitslosenzentrum 10, 103
 Arbeitslosigkeit 12, 101
 Arbeitsmarkt, sozialer 10, 12
 Armut auch▷ Kinderarmut 11, 12, 13, 14
 Auftragsvergabe, soziale Kriterien 77, 84
 Ausbildungsplätze 77, 96, 105
 AusländerInnenbeirat 97
- B** Bäderkonzept 39
 Ballett 34
 Barrierefreiheit 16, 24, 26, 37, 63, 68, 69
 Behinderte▷ Menschen mit Behinderung
 Behindertenbeauftragte 10, 15
 Behindertenfahrdienst 16
 Behindertenpolitisches Netzwerk 10, 15
 „Bericht zur sozialen Lage“ 11, 13, 21, 22, 28, 29
 Berufskollegs 32, 33
 Beschäftigungsförderung 75, 77, 84
 Betriebszeiten▷ Flughafen
 Beyoğlu 34, 97
 BezirksschülerInnenvertretung 28
 Bibliotheken 34, 38
 Bildungsbericht, kommunaler 27, 28, 29
 Biologische Station 44, 80
 Boulevard Kampstraße 60
 Breitensport 40
 Buddenacker 55, 73
 Budget, persönliches▷ Persönliches Budget für Arbeit
 „Bündnis für Gute Arbeit“ 76, 77
 BYPAD 71
- C** Carsharing 67
 Cityentwicklung 59
 Citymaut 69
- D** CO₂-Minderung 50, 51, 52, 54, 69, 92
 Dachflächenpool 43, 51
 demografischer Wandel▷ Wandel, demografischer
 DEW21 54, 84, 86
- DEW21, Rekommunalisierung 86
 DO-Forum 27
 DOGEWO 63, 64, 85
 Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus 99
 Dortmund-Pass 15
 Drogenhilfe 19
 Drogenkonsumraum 19
 DSW21 68, 69, 84, 85
 ECE 59, 60
- E** Einzelhandelsentwicklung auch▷ Nahversorgung 59, 60
 Elterncafés 34, 96
 Emscherumbau 44, 105
 Energie, regenerative 43, 50, 51, 53, 73, 78, 86, 102
 Energieberatung 53
 Energieeinsparung 43, 52, 53, 66
 Energiepass 66
 Energieplushaus 53, 54
 Energiesanierung 43, 50, 52, 53, 73, 74, 76
 Energiestandards für Wohngebäude 54, 65
 Energieversorgung 86
 Energieversorgungskonzepte für Neubauviertel 43, 51, 55, 59, 65
 Erinnerungskultur 38, 100
- F** Fachkräftemangel 77
 Fahrradhäuser 67
 Feinstaubbelastung 45, 46, 67, 68, 69, 107
 Fernwärmeversorgung 86
 Finanz- und Wirtschaftskrise 71, 76, 87
 Flüchtlinge 26, 97
 Flughafen 90, 91, 92
 Fluglärm 47, 90, 91, 92
 Fotovoltaik 43, 51
 Frauenförderung auch▷ Gleichstellungspolitik 93, 94
 Freie Träger 15
 Freizeitsport 39
 Freizeitzentrum West 20, 26
 Froschloch, Naturbad 39
- G** Ganztagsbetreuung auch▷ Kinderbetreuung 42, 94, 104
 Ganztagschulen 27, 30
 Gedenkstätte Steinwache 38, 100
 GEKKO-Steinkohlekraftwerk 54, 55
 Gemeindefinanzreform 79, 80, 83
 Gemeindeordnung 83
 Gemeinsamer Unterricht▷ Unterricht, gemeinsamer

- Gender Mainstreaming 93, 94
 „Generationenübergreifende Spielplätze“ 24
 Gesamtschulen 32
 Geschlechtergerechtigkeit 93, 94
 Gewerbe- und Wirtschaftsflächen 55, 59, 60, 74, 75, 103
 Gewerbegebiete, interkommunale 76
 Gleichstellungspolitik 17, 83, 93, 94
 Groppenbruch 55, 73, 74, 76
 GRÜNER Bezirksverband Ruhr 101
 GRÜNER New Deal 71, 72, 73
- H**
 Handwerksunternehmen 76
 Hartz IV▷Arbeitslosengeld II
 Hauptbahnhof 59, 69
 Hauptschulen 31
 „Haus des Lernens“ 30
 Haushaltsdefizit 80
 Haushaltskonsolidierung 80, 81, 83
 Haushaltspolitik, kommunale 79
 Hippiehaus 34, 36
 Hochschulen 104
 Hohenbuschei 55, 59, 65, 85
 Homosexuelle 97, 98
 „Housing Improvement District“ 65
- I**
 Integration auch▷MigrantInnen 93, 95, 96, 97
 „Integration durch Sport“ 41
 Integrationsrat 97
- J**
 Jugendbusse 25
 Jugendfreizeit 25, 26
 Jugendhilfedienste 20, 25
 Jugendkultur 20, 26
 Jugendkulturzentrum 37
 Jugendliche 20, 98
- K**
 „Kein Kind ohne Mahlzeit“ 28, 30
 KiBiz▷Kinderbildungsgesetz
 Kinder 20
 Kinder- und Jugendtheater 34, 37
 Kinderarmut 13, 21
 Kinderbetreuung auch▷Ganztagsbetreuung 20, 21, 22
 Kinderbildungsgesetz 22, 32
 Kindergartengebühren 20, 21, 23
 Kinderschutz 20, 24
 „Kinderstuben“ 21
 Klimabündnis 50
 Klimaschutzprogramm, kommunales 50, 51, 52, 53, 73
 Klinikum 80, 88, 89, 90
- Kompetenzzentrum Sonderpädagogische Förderung Dortmund-West 33
 Konjunkturprogramm II 53, 73
 Kosten der Unterkunft 10, 14, 53
 Kraftwärmekopplung 51, 53
 Kulturhauptstadt 2010 36 61 109
 Kulturszene, freie 35, 109
 Kulturwirtschaft 39, 102
 Kunstrasenplätze 39, 41
- Landebahnverlängerung▷Flughafen **L**
 Landschaftspflege 43, 44
 Lärmbelastung auch▷Fluglärm 46, 47, 68, 107
 Lärmschutzpläne 47
 Lernmittelfonds, kommunaler 11, 21, 28
 Lesben 97, 98
 Lokaler Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus 98, 100
- M**
 Masterplan für Integration 93, 95
 Masterplan Mobilität 67, 68
 Menschen mit Behinderung auch▷Barrierefreiheit 15, 16, 17, 33
 Menschen ohne Papiere 97
 Menschen, ältere 17, 18, 24, 55, 56, 57, 63
 Mieterschutz ▷Wohnungsverkäufe
 MigrantInnen auch▷Integration 17, 18, 26, 27, 34, 38, 41, 56, 78, 96, 105
 MigrantInnenselbstorganisationen 96
 Migrationskultur 38
 Minijobs 76
 Mobilfunkkataster 49
 Mobilfunkstrahlung 48, 49
 Mobilität 53, 67, 68
 Mobilitätsmanagement 43
 Mondo Mio 37
 Museum am Ostwall 37
 Museumslandschaft 37
- N**
 Nachhaltigkeitsindikatoren 57, 58
 Nahversorgung 57, 58
 Naturschutz 43, 44, 65
 Naturwaldzellen 45
 NERES 92
 New Deal, GRÜNER 71, 72, 73
 newPark 103
- O**
 Öffentlicher Personennahverkehr 68, 70, 84, 85, 107, 108, 109
 Öko-Cluster 78
 Ökonomie, ethnische 78, 96



Ökostrom▷Energie, regenerative
OW III a 67

- P.Q** Parklizenzierung 69
Passivhaus 53, 54
Personaldezernat 83
Personalentwicklung und Qualifizierung 82
Personalpolitik, kommunale 82, 83
Persönliches Budget für Arbeit 17
Phoenix-Ost und -West 44, 55, 59, 65, 73, 74, 85, 92
Popakademie 39
POPschool 39
Prostitution 19
- Q** Quartiersmanagement 63, 64
- R** Radverkehr 67, 68, 70, 71
Rechtsextremismus 98, 99, 100
regionale Zusammenarbeit 56, 60, 61, 75, 80, 81, 102, 110, 111
Regionales Bildungsbüro 27
Regionalstelle Frau und Wirtschaft 94
Regionalverband Ruhr 39, 61, 106, 111
RWE-Aktien 84, 85, 86
- S** Schienennahverkehr 108
Schulentwicklungsfonds 27
SchülerInnenzahlen 31
Schulsanierung 27, 31, 33
Schulsozialarbeit 27, 28
Schulsystem 28, 29
Schwule 97, 98
Sekundarstufe II 32
Senioren▷Menschen, ältere
Seniorenbeirat 18
Seniorenbüros 18
Seniorenheime 18
„Shared Space“ 70
Solarsiedlungen 51
Solarthermie 51
Sozialpolitik, kommunale 11, 12, 13
Sozialticket 10, 13, 109
Sparkasse Dortmund 87
Spiel- und Bolzplätze 24, 40
Spilleitplanung 23
Spielplätze, generationenübergreifende 24
Sporthallen 39, 41
Sportschule Goethegymnasium 39
Sportvereine 40
Sprachförderung 20, 21, 23, 27, 28, 34, 96, 104
Stadtumbau West 106
Steinkohlekraftwerke 54, 55, 107

Steinwache 38, 100
Steueraufkommen 79, 80, 81
„Stolpersteine“ 38, 100
Straßenstrich 19
Strukturwandel 74, 102
Suchtkranke 19
Tageseltern 22, 23
Thiergelände 59, 60
Trabzon 34, 97
Trägerkapital 87
Übergang von der Schule in den Beruf 28
Umwelttechnologie 78
Umweltwirtschaft 72
Umweltzone, regionale 46, 68, 106
Unternehmen, kommunale 83
Unterricht, gemeinsamer 33
U-Turm 37, 55, 58
Verbraucherzentrale 80
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 73, 93, 94
Vergabe öffentlicher Aufträge, soziale Kriterien 77, 84
Verkehrsverband Rhein-Ruhr (VRR) 108
Verspätungsregelung▷Flughafen
Verwaltungsmodernisierung 82, 83
Wahlrecht, kommunales 97
Walking Bus 70
Wandel, demografischer 17, 24, 55, 56, 57, 63, 66, 76
Westfalenhütte 73, 74, 85
Wirtschaftsförderung 73, 74, 75, 101, 102, 103
Wirtschaftskrise ▷Finanz- und Wirtschaftskrise
Wohnbauflächen 62, 63, 65
Wohnberatung 18
Wohnformen, alternative 62
Wohnformen, nachbarschaftliche 62, 66
Wohnprojekte, generationenübergreifende 18, 98, 106
Wohnungslosigkeit 10, 14
Wohnungsmarktbeobachtung 62, 64, 65
Wohnungsverkäufe 62, 63, 64, 85
„Zeitgewinn“ 28
Zusammenarbeit, regionale 56, 60, 61, 75, 80, 81, 102, 110, 111

T

U

V

W

X.Y.Z



BEITRITTSERKLÄRUNG



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtigem Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich,

den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

WÄHLEN GEHEN

~~☒~~ ALLE KREUZE
FÜR GRÜN

FÜR GRÜN.

